BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Juni 1962 DM 2,–
Postverlagsort Köln - G 1800 E

INHALT

- Chronik des Monats Mai 1962 S. 401
- Kommentare S. 404

- Die Lage
  Karl Graf von Westphalen:
  Die volle Wahrheit sagen S. 414

- Dr. Adam Rapacki, Warschau:
  Zur Kritik an den polnischen Plänen
  für eine atomwaffenfreie Zone S. 424
- Dr. Rudolf Hilf:
  Entspannung in Zentraleuropa S. 428
- Hans W. Goldschmidt:
  Genfer Zwischenbilanz S. 438
- Kurt Hirsch:
  SPD und Wiederaufrüstung S. 448
- Heinz Abosch:
  Im Zeichen des Nihilismus S. 455

- Anmerkungen, Glossen, Zuschriften S. 463

- Buchbesprechungen S. 471

- Dokumente zum Zeitgeschehen S. 478

HERAUSGEBER:

Hilde Bentele
Franz Beyer
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Manfred Pahl-Rugenstein
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

VII. Jahrgang Heft 6

Vorgesehen sind u. a.:

Vikar Albrecht Bausch:
Politische Predigt
in der evangelischen Kirche

Prof. Elie van Bogaert, Senator (Gent):
Mitteleuropa und die Bipolarität der Welt

Dr. Achim von Borries:
Zur Kritik bundesdeutscher Ideologien

Dr. Ernst Schwarz:
Sperrklausel und Grundgesetz

Dr. med. Klaus Wattenberg:
Wissen und Gewissen
der Naturwissenschaftler

Anton Zischka:
Verdummt die Menschheit?

In den letzten Heften u. a.:

Prof. Dr. Geoffrey Barraclough:
Das Ende einer Illusionspolitik (9/61)

Prof. Dr. Linus Pauling:
Dringender denn je: Allgemeine und totale Abrüstung (11/61)

Prof. Dr. Anton Neuhäusler:
Der Papst und das christliche Gewissen (12/61)

Albert J. Luthuli, Friedensnobelpreisträger:
Afrika und die Freiheit (1/62)

Dr. Hermann Rauschning:
Das erste Jahr John F. Kennedy's (2/62)

Prof. Dr. Albert Rasker:
Erwägungen zur deutschen Frage (5/62)

Prof. D. Helmut Gollwitzer:
Die Kirche in der deutschen Situation (5/62)

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf von Westphalen.

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim. Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, Barbarossaplatz 2, Tel. 21 53 36; Postscheckkonto: Köln 65 14; Bankverbindung: Deutsche Bank Köln.

Erscheinungsweise: Um den 10. jeden Monats. Preis DM 2,—, zuzüglich DM —,15 Porto oder DM —,03 Postzustellgebühr.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Druck: Franz W. Wesel, Druckhaus, Baden-Baden. Printed in Germany.

BLÄTTER

FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

HERAUSGEBER: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf v. Westphalen

VII. Jahrgang | **Juni 1962** | **Heft 6**

Chronik des Monats Mai 1962

1. 5. — Kernwaffen. In der südlichen Sahara unternimmt Frankreich eine unterirdische Atombombenexplosion. Der Versuch, der ursprünglich geheim bleiben sollte, wurde von amerikanischen Beobachtungsstationen registriert und bekanntgegeben.

2. 5. — Burma. Das Regierungsprogramm des Anfang Mai gebildeten Revolutionären Rates („Burmesischer Weg zum Sozialismus") sieht eine Nationalisierung „aller Mittel der Produktion, der Verteilung, des Transport- und Verkehrswesens und des Außenhandels" vor.

— Algerien. 104 Muselmanen und 6 Europäer kommen bei Terroranschlägen ums Leben. Die Polizei verzeichnet damit die höchste Zahl von Toten an einem Tage seit Beginn des algerischen Krieges im Jahre 1954.

3. 5. — Belgien. Die Regierung sehe keinen Anlaß für die Verlängerung der zwölfmonatigen Wehrpflicht, teilt Ministerpräsident Lefevre mit.

— Ost-West-Kontakte. Im Weißen Haus empfängt Präsident Kennedy den sowjetischen Astronauten Major Titow zusammen mit dessen amerikanischem Kollegen Oberst Glenn.

4. 5. — Neu-Guinea. Indonesische Streitkräfte errichten einen Brückenkopf in der Nähe des Hafens Fakfak im Süden der holländischen Kolonie.

4.—6. 5 — Venezuela. Von der Stadt Carupano geht ein Aufstandsversuch oppositioneller Militärs aus. Die Regierung muß Truppen, unterstützt von Kampfflugzeugen, einsetzen.

4.—6. 5. — NATO. Die Außenminister der Mitgliedsstaaten billigen auf ihrer Frühjahrstagung in Athen die Fortführung der Sondierungsgespräche zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über Berlin und die Deutschland-Frage. Großbritannien und die USA lehnen die Übergabe atomarer Waffen in die Verfügungsgewalt der NATO — wie sie auch der deutsche Verteidigungsminister häufig gefordert hat — ab.

5. 5. — Spanien. Die seit April andauernden Streiks der Metallarbeiter und Bergleute dehnen sich aus, obwohl die Polizei mehr als 200 Personen verhaftet hatte, in denen die Organisatoren des Ausstandes vermutet wurden. Madrid verhängt in drei Provinzen den Ausnahmezustand.

— Laos. Streitkräfte der Pathet-Lao-Bewegung besetzen die Stadt Nam Tha und kontrollieren seitdem den ganzen Nordwesten des Landes.

6. 5. — Italien. Erst im neunten Wahlgang gelingt den 854 Abgeordneten, Senatoren und Regionaldelegierten die Wahl des neuen Staatsoberhauptes. Nachfolger von Präsident Gronchi wird der christlich-demokratische Politiker Segni.

7. 5. — Deutschlandfrage. Äußerungen des Bundeskanzlers in Westberlin über die amerikanisch-sowjetischen Gespräche („Ich habe nicht die leiseste Hoffnung, daß es bei den Ost-West-Verhandlungen zu einem Ergebnis kommen wird.") lassen erneut die Meinungsverschiedenheiten zwischen Bonn und Washington erkennen. Adenauer spricht sich gegen die amerikanischen Pläne für eine Kontrolle des Zugangs nach Berlin unter Einschaltung der DDR und drei neutraler Staaten aus und provoziert damit eine Erklärung des State Departments, das die Bundesregierung auf das Fehlen eigener Vorschläge zur Lösung des Berlin-Konflikts hinweist. — Prof. Grewe wird von seinem Posten als Botschafter in Washington abberufen.

— Kongo. Nachträglich hebt das Zentral-Parlament die Immunität des stellvertretenden Ministerpräsidenten Gizenga auf, der sich bereits seit Monaten auf der Insel Bana-Bemba in Haft befindet.

8. 5. — Berlin. General Clay verläßt die Stadt, um seinen Direktorenposten in der amerikanischen Industrie wieder zu übernehmen.

9. 5. — Kernwaffen. Im Namen der acht neutralen Länder auf der Abrüstungskonferenz fordert der indische Delegierte Lall von den Atommächten, endlich „ernsthafte Verhandlungen" über den Vorschlag für die Kontrolle eines Kernwaffenversuchsstop vom 16. April zu beginnen und den „Interpretationsstreit" einzustellen. Grundgedanke des gemeinsamen Vorschlags der „Blockfreien" — so wiederholt der schwedische Vertreter — sei eine Überwachung durch nationale Kontrollposten und ein „nicht-politisches" internationales Wissenschaftler-Gremium. — UN-Generalsekretär U Thant bezeichnet in Kopenhagen die Einrichtung atomwaffenfreier Zonen als einen „guten Anfang für die Abrüstung".

— Deutschlandfrage. Die „Erkundungsgespräche" mit der Sowjetunion werden trotz der Einwendungen aus Bonn fortgesetzt, erklärte Präsident Kennedy auf seiner Pressekonferenz. Aus dem State Department verlautet, es sei ebenfalls nicht an eine Änderung der ausgearbeiteten Berlin-Pläne gedacht. — Bundesaußenminister Schröder empfängt den in der Bundeshauptstadt weilenden Pressechef des Weißen Hauses, Pierre Salinger.

— Spanien. 24 Persönlichkeiten des kulturellen Lebens fordern die spanischen Intellektuellen auf, von ihrem Petitionsrecht Gebrauch zu machen und für Gewerkschafts- und Presse-Freiheit einzutreten.

11. 5. — Algerien. Die Provisorische Exekutive setzt die Volksabstimmung über die Unabhängigkeit auf den 1. Juli und die Wahl zur ersten allgemeinen Nationalversammlung auf den 22. Juli fest.

12. 5. — Laos. Einheiten der 7. US-Flotte laufen auf Befehl des Präsidenten den Golf von Siam an. Am Mekong bezieht auf thailändischem Boden amerikanische Infanterie Stellung. — Die laotische Regierung verhängt den Ausnahmezustand.

— Ost-West-Kontakte. Kennedys Pressechef Salinger besucht Moskau und wird von Ministerpräsident Chrustschow zu mehrstündigen Gesprächen empfangen.

14.—19. 5. — DDR. Während seines Besuchs in der Tschechoslowakei wiederholt der Staatsrats-Vorsitzende Ulbricht seine Vorstellungen einer Berlin-Lösung: Freier Zugang nur bei Respektierung der Souveränität der DDR; Entmilitarisierung und Abschaffung der Besatzungsrechte in Westberlin; Friedensvertrag mit Deutschland.

14.—20. 5. — Bulgarien. Seine erste Auslandsreise seit der Begegnung mit Präsident Kennedy in Wien führt den sowjetischen Ministerpräsidenten Chrustschow nach Bulgarien. In verschiedenen Reden polemisiert er gegen die amerikanische Abrüstungs- und Deutschlandpolitik.

15. 5. — Frankreich. Staatspräsident de Gaulle wendet sich auf seiner Pressekonferenz gegen Pläne für ein „supranationales Europa" und beharrt auf der „nationalen Atomwaffe" für Frankreich. Verhandlungen über die deutsche Frage seien gegenwärtig „nutzlos" und „gefahrdrohend". Wegen der Europa-Politik des Generals erklären daraufhin die fünf Minister der katholischen MRP im Kabinett Pompidou ihren Rücktritt. — Der Prozeß gegen den OAS-Chef Salan beginnt.

16. 5. — Spanien. Die Streikbewegung dehnt sich auf weitere Landesteile aus.

18. 5. — Laos. Via London kehrt der in Frankreich lebende neutralistische Politiker Souvanna Phouma nach Vietnam zurück, um dort die Verhandlungen über eine Koalitions-Regierung wieder aufzunehmen, der sich vor allem das pro-westliche Kabinett Boun Oum bisher widersetzte.

19. 5. — Argentinien. Das Parlament wird aufgelöst und die Parteien unter Regierungsaufsicht gestellt. Eine „Wiederholung" der Wahlen wird auf den 31. März 1963 angesetzt.

20. 5. — Bundeswehr. Aus dem Verteidigungsministerium verlautet, daß die westdeutschen Streitkräfte „in nächster Zeit" von bisher 390 000 Mann auf den Stand von 500 000 gebracht werden, um damit ihre „Sollstärke" zu erreichen.

22. 5. — Preise. Nach heftigem Tauziehen im Kabinett, den Parlamentsausschüssen und der CDU-Fraktion beschließt der Bundestag, die Zölle für Kleinwagen aus den EWG-Ländern um 50 % zu senken, um damit einen „Druck auf die Autopreise" auszuüben. — Zugleich wird das „Baustopgesetz" verabschiedet, das die Einschränkung öffentlicher Bauten, darunter auch des Straßenbaus, vorsieht.

22. 5. — Deutschlandfrage. Die Bundesregierung übermittelt dem amerikanischen Botschafter ein Memorandum über die Berlin-Frage und den Zugang nach Westberlin.

— Spanien. Zugleich mit der Erhöhung der Löhne für die streikenden Bergarbeiter setzt die Regierung den Kohlepreis um 75 Peseten pro Tonne herauf.

23. 5. — Frankreich. Zu lebenslänglicher Haft verurteilt ein Militärtribunal den Chef der OAS, General Salan. Ein gleiches Gericht hatte über General Jouhaud — Salans Untergebenen — die Todesstrafe verhängt. Jouhauds Anwälte verlangen eine Revision für ihren Mandanten.

— EWG. Gegen die Diskriminierung durch den Gemeinsamen Markt protestieren die lateinamerikanischen Staaten und drohen mit Abwehrmaßnahmen.

23.—25. 5. — FDP-Parteitag. Die Freien Demokraten beschließen, ihren Koalitionskurs mit der CDU fortzusetzen.

24. 5. — Weltraum. Dem amerikanischen Astronauten Major Carpenter gelingt ein mehrstündiger Flug.

26. 5. — Abrüstung. Die beiden Co-Präsidenten der Genfer Konferenz Dean (USA) und Sorin (UdSSR) stellen ihren Arbeitsbericht an die Vereinten Nationen fertig. — Am 29. 5. verlangt die sowjetische Delegation Änderungen an einem zunächst gemeinsam mit den Vereinigten Staaten vorgelegten Antrag über das Verbot der Kriegspropaganda. (Vergl. den Textteil dieses Heftes.)

26.—30. 5. — SPD-Parteitag. Vor den Delegierten setzen sich mehrere Vorstandsmitglieder für die Annahme der Notstandsgesetzgebung ein. Bürgermeister Brandt — der zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wird —, läßt den Wunsch nach einer „großen Koalition" durchblicken.

28. 5. — Börsenkrach. Als „schwarzen Montag" bezeichnen Beobachter die Kursstürze an der New Yorker Börse, die zu Panikverkäufen auch in den europäischen Wirtschaftszentren führen. Die Frankfurter Börse verzeichnet die stärksten Kurseinbrüche seit der DM-Aufwertung.

30. 5. — Deutschlandfrage. Außenminister Rusk nimmt seine Gespräche mit Sowjetbotschafter Dobrynin über Berlin wieder auf.

31. 5. — Eichmann. Wenige Stunden nach der Ablehnung der Gnadengesuche durch den israelischen Staatspräsidenten, Ben Zwi, wird der ehemalige „Judenreferent" im Reichssicherheitshauptamt hingerichtet.

Kommentare

Das große Vakuum

Die für den „Neuen Kurs" der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands — wie sie sich vorläufig noch nennt — verantwortliche Führungsgruppe der SPD gab sich auf dem Kölner Parteitag Ende Mai betont selbstzufrieden und zuversichtlich. Von ihrem parteitaktischen Standpunkt aus vielleicht zu Recht. Dieser Parteitag verlief in ihrem Sinne sozusagen „störungsfrei", ohne Grundsatz-Diskussionen. Und nach langen mageren Zeiten in der Opposition glauben die Wehner, Erler und Brandt nun endlich fette Chancen auf Bonner Regierungsbänke zu wittern.

Nicht als ob die SPD sich anschickte, in Bonn „die Macht" zu übernehmen: die Parteimanager waren eifrig bemüht, auch den geringsten Verdacht zu vermeiden, sie hätten noch solche Ambitionen. Bescheiden sind sie geworden und wollen nur mehr, dies aber um jeden Preis, endlich „mit-regieren". Oder, wie Karl Gerold, der Herausgeber der Frankfurter Rundschau, schrieb: „Sie haschen nach einem Zipfelchen der Macht."

Die SPD hat sich in Köln aufdringlicher denn je als Partner einer „Großen Koalition" empfohlen, zu jedem weiteren Zugeständnis in Grundsatz- und Sachfragen bereit, wenn man sie nur als solchen akzeptiert. Konzessionen in Grundsatz-Fragen sind allerdings kaum mehr möglich: das „Soll" ist bereits übererfüllt ... Auf dem Wege zu den Ministersesseln sehen Wehner, Brandt und Erler nur noch e i n Hindernis: die P e r s o n — und n i c h t etwa die P o l i t i k ! — Konrad Adenauers. Und auch das nur, weil er sie nun einmal partout nicht will, nicht umgekehrt. In der spürbaren Hinfälligkeit des nun siebenundachtzigjährigen bisherigen Bundeskanzlers aber, den auch die CDU mehr und mehr als Belastung empfinden muß, erkennen die SPD-Führer ihre große Chance, endlich zur Regierungspartei zu avancieren. Sie haben in Köln deutlich zu verstehen gegeben, daß sie einen neuen CDU-Kanzler sehr wohl in Kauf nehmen werden, wenn er nur sie als „Partner" in Kauf nimmt. An der Frage der politischen Konzeption soll die ersehnte Liaison nicht mehr scheitern.

Die SPD drängt auf einen Personen-, nicht auf einen Kurswechsel in Bonn. Sie spricht von der Hinfälligkeit Konrad Adenauers, mitnichten von der seiner Politik. Ganz im Gegenteil, sie nimmt gewissermaßen diese Politik heute gegen Adenauer selbst in Schutz und gibt der CDU zu erkennen, daß sie das auf Sand gelaufene Schiff des bisherigen Bonner Kurses nicht etwa abzuwracken und durch ein anderes, seetüchtigeres zu ersetzen gedenkt, sondern es „in gemeinsamer Verantwortung" noch einmal flott machen möchte; nur der altersschwache Kapitän müsse ausgewechselt werden.

Wer glaubt, eine solche, allerdings vernichtende Beurteilung der SPD nach dem Kölner Parteitag sei allzu einseitig und absichtsvoll, der möge sich an die Kommentare dreier großer unabhängiger Zeitungen halten, die parteipolitischer Befangenheit gewiß nicht verdächtig sind und aus ihrem blanken Entsetzen über die für das politische Schicksal der Bundesrepublik folgenschwere Selbstaufgabe der SPD kein Hehl machen. In der Süddeutschen Zeitung vom 1. Juni schrieb der Leitartikler Günter Gauss unter der Überschrift „Die Opposition dankt ab" u. a.: „Westdeutschlands Sozialdemokraten haben offensichtlich endgültig die Lust am Opponieren verloren; sie machen sich — verkürzt gesagt — nicht länger anheischig, anders als die CDU regieren zu wollen, sondern versprechen die Fortsetzung des bisherigen Regierungs-

kurses, was von der CDU wegen Alterserscheinungen des Steuermanns Adenauer künftig nicht mehr garantiert werden könne. Der verständliche, legitime und sogar pflichtgemäße Drang einer Oppositionspartei, durch einen Regierungswechsel eine Veränderung herbeizuführen, ist von der SPD dahin denaturiert worden, durch einen Regierungswechsel jede größere Veränderung vermeiden zu wollen." — Im Leitartikel der Nürnberger Nachrichten vom selben Tage hieß es: „Sie will zum Programm der Regierung nicht ein Gegenprogramm, vielmehr will sie der Öffentlichkeit die Überzeugung beibringen, daß sie die nämlichen Ziele verfolge, mit dem Unterschied freilich, daß sie in der politischen Praxis alles besser handhaben werde." — Und in dem schon einmal zitierten Aufsatz Karl Gerolds in der Frankfurter Rundschau vom 2. Juni war zu lesen: „Alle Pauken und Trompeten und Feuerwerkskörper können nicht die Tatsache verwischen, daß die SPD nicht nur in der Abdankung begriffen ist, sondern schon heute als Opposition — ohne vernünftige Alternative — abgedankt hat."

Das ist nun freilich ein dreifach-einstimmig Urteil, eine staatspolitische Bilanz des Kölner SPD-Parteitages, die sich mit der von den SPD-Führern demonstrativ zur Schau gestellten parteipolitischen Selbstgefälligkeit nicht verträgt. Und dies Urteil ist bei aller Schärfe doch noch relativ mild. Es trifft noch nicht die ganze politische Tragweite der Besiegelung des „Neuen Kurses" der Sozialdemokraten, die Köln gebracht hat. Es deutet sie nur an.

Man mag es aus grundsätzlichen Erwägungen heraus bedauern, daß die SPD auf die Rolle als parlamentarisch-politische Opposition verzichtet; denn die Funktionsfähigkeit einer parlamentarischen Demokratie beruht nicht zuletzt auf der Existenz einer starken, fruchtbaren Opposition, die ihr Amt als Wächter, Korrektiv und Alternative zur regierenden Partei ernst nimmt. So gefährdet die Selbstausschaltung der Opposition als Opposition die ohnehin nicht gerade lebendige bundesdeutsche Demokratie. — Aber wie verhängnisvoll und folgenschwer der in Köln bestätigte programmatische Konformismus und Pragmatismus der heutigen deutschen Sozialdemokratie ist, das läßt sich erst ganz ermessen, wenn diese fortschreitende vorsätzliche Anpassung der SPD an die politischen Grundvorstellungen, Methoden und Gewohnheiten des Regimes Adenauer in Beziehung gesetzt wird zur weltpolitischen und nationalpolitischen Wirklichkeit. Man muß sich vergegenwärtigen, in welchem Augenblick, unter welchen Umständen die SPD sich mit allzu leichtem Gepäck den Regierungsbänken in Bonn nähert. Mehr denn je in den vergangenen dreizehn Jahren bedarf die Bundesrepublik Deutschland in diesen Monaten — nicht irgendeiner „Opposition überhaupt", sondern einer eindeutigen, mit Energie und Leidenschaft vertretenen politischen Alternative. Und weniger denn je ist die SPD in diesem Augenblick der Repräsentant dieser Alternative, weniger denn je will sie es sein. Vor diesem Mißverhältnis zwischen dem, was die Stunde fordert — und was, richtig verstanden, auch die große geschichtliche Chance der deutschen Sozialdemokratie wäre — und dem, was die einstige Opposition als politisches Konzept zu bieten hat, steht man fassungslos.

Nie war die ganze Unsinnigkeit, Gefährlichkeit, Unhaltbarkeit der Bonner Außen- und Militärpolitik so offenbar wie heute, eine entschiedene Abkehr von diesem verhängnisvollen Kurs niemals notwendiger. Die SPD aber tut so, als gelte es nur einige „technische Störungen" bei der Praktizierung dieser Politik zu vermeiden. Sie sanktioniert im Grundsätzlichen wie — weitgehend — im Detail gerade in diesem Augenblick all das, was sie vor Jahren mit Recht bekämpft hat und heute mit unvergleichlich viel mehr

Recht bekämpfen müßte. Ausschließlicher denn je bekennt sie sich zur NATO, vorbehaltloser denn je zu einem strikt amerikanischen Kurs in der Außen- und Militärpolitik, unter bewußtem Verzicht auf jede wirkliche deutsche Entspannungs- und Wiedervereinigungs-Initiative. Sie hat sich der Denunzierung jeder solchen Initiative angeschlossen, wie sie seit Jahren von der CDU praktiziert wird. — Nie zuvor war die entschlossene Verteidigung der demokratischen Freiheiten in der Bundesrepublik notwendiger als heute; unter dem Vorwande des „Schutzes der Freiheit vor dem Kommunismus" greifen autoritäre Tendenzen mehr und mehr um sich. Die SPD-Führung hatte in der so entscheidenden Notstands-Frage schon lange Konzession um Konzession an die CDU/CSU gemacht. Sie ist nun in Köln über alle diese Zugeständnisse noch weit hinausgegangen. Die FAZ berichtete am 1. Juni von der Schlußsitzung des Parteitages, Fritz Erler habe angedeutet, „daß ein Einsatz der Bundeswehr bei inneren Notständen nicht unbedingt ausgeschlossen werden könne." — Offener und stärker denn je sind heute in der Bundesrepublik die konfessionalistisch-klerikalen Tendenzen; doch das hindert die SPD-Führer nicht, gerade in diesem Augenblick in der unwürdigsten Art um die Gunst vor allem der katholischen Hierarchie zu buhlen. — Und schließlich die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik: gerade in den letzten Wochen hat sich die Relativität und Widersprüchlichkeit der sogenannten „Sozialen Marktwirtschaft" gezeigt, die allzu lange mit dem „Wirtschaftswunder" identifiziert worden ist. Eine gründliche Analyse und Überprüfung dieser keineswegs krisenfesten und keineswegs sozialen wirtschaftlichen Ordnung ist heute geboten; anderenfalls wird die Bundesrepublik mehr oder weniger schnell in den Strudel der Krise dieses Wirtschaftssystems geraten, mit allen katastrophalen Folgen eines solchen wirtschaftlichen Rückschlages. Die SPD aber hat ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt ihr „marktwirtschaftliches" Herz entdeckt! Mit noch etwas ungläubigem Staunen konnte die großbürgerliche Frankfurter Allgemeine in einer Betrachtung über das wirtschaftspolitische Grundsatzreferat des Dr. Deist auf dem Kölner Parteitag feststellen: „Auf keinem Parteitag fehlten bisher Anträge, die Verstaatlichungen, Überführungen von Industrie in Gemeineigentum, Preiskontrollen und andere dirigistische Maßnahmen verlangten. Nichts davon in Köln. Alle offiziellen Verlautbarungen des Parteivorstandes halten sich streng an die marktwirtschaftliche Linie ... Die marktwirtschaftliche Linie scheint nun in dieser Partei unbestritten zu sein." (FAZ v. 30. 5. 62.) Das Großkapital hat allen Grund, mit einer SPD zufrieden zu sein, die sich nun geradezu als — Helfer in der Not anbietet, nein anbiedert, in der Wirtschaftspolitik wie in der Außen- und Militärpolitik. Aber als sollte den so selbstvergessenen wie mutwillig wirklichkeitsblinden Sozialdemokraten die ganze Problematik jenes privat- und monopolkapitalistischen Systems in rechter Stunde doch einmal sehr drastisch demonstriert werden, dem sie sich immer mehr angepaßt haben, kam es gerade während des Kölner Parteitages zum größten Kurzsturz an der New Yorker Börse seit 1929, mit den bekannten unmittelbaren Auswirkungen auf alle Börsen in der kapitalistischen „Freien Welt", nicht zuletzt in der Bundesrepublik.

So hat das mehr oder weniger bedingungslose Einschwenken der SPD auf die Linie Bonns ein lebensgefährliches politisches Vakuum in der Bundesrepublik geschaffen. Wer im stillen noch gehofft haben mochte, das sei eben doch alles oder fast alles „nur Taktik", der mußte sich als Augen- und Ohrenzeuge dieses Kölner Parteitages eines Schlimmeren belehren lassen. Das Mißverhältnis zwischen dem Anspruch der „neuen" SPD und ihrer politischen

Substanz trat kraß zutage. Die trostlose geistige Leere, die Spannungs- und Inhaltslosigkeit dieser Tage ließen erkennen, in welchem Maße der „Neue Kurs" die Partei bereits ausgehöhlt hat. Nicht ungestraft verzichtet man derart konsequent auf offene Diskussion der entscheidenden politischen Probleme. Wer allzu lange das Denken unterläßt, dem fällt am Ende wirklich nichts mehr ein. Das pseudo-moderne wohlgefällige Gebaren eines Willy Brandt konnte die Leere nicht überdecken, es machte sie offenbar. Dieselbe Partei, die sich so beflissen als Partei der modernen „Bildung" aufspielt, pflegt in ihren eigenen Reihen heute einen Konformismus, ein Schlagwortdenken, eine Phraseologie, die ihrer bedeutenden intellektuellen Tradition unwürdig, für die politische Entwicklung der Bundesrepublik von katastrophalen Folgen sind. Einst war die deutsche Sozialdemokratie eine außerordentlich erzieherische Macht für Generationen einfacher Menschen. Einst zeichneten sich gerade die sozialistischen Parteien durch die außerordentliche Höhe und Konsequenz ihres der Praxis verbundenen, in die Zukunft weisenden theoretischen Bewußtseins aus. All das ist bedenkenlos verschleudert. Die SPD hat einen kaum mehr unterbietbaren Tiefstand des politischen Bewußtseins erreicht — und ihre Führer sind noch stolz darauf. Sie fördern heute die allgemeine politische Verdummung, mit denselben Phrasen, deren sich Adenauer, Mende usw. bedienen. Und sie übernehmen damit einen entscheidenden Teil Schuld an der fortschreitenden Verkümmerung des politischen Denkens in diesem Lande, die in einem erschreckenden Mißverhältnis steht zu der ständig wachsenden Größe der von uns zu lösenden Probleme.

Grund zur „Zuversicht" und „Selbstzufriedenheit" für die SPD-Führer? Da sie angesichts des „Zipfelchens Macht", das ihnen winkt, solcher Erinnerungen sich entäußert haben, die allein noch vor dem vermessenen wie beschämenden letzten Schritt sie zurückhalten könnten, sei an dieser Stelle zum Schluß mit allem Nachdruck die SPD erinnert an i h r e Mitverantwortung für die deutschen und Welt-Katastrophen von 1914—1918 und 1933 bis 1945: an ihr Mitmachen 1914, an ihre folgenschwere Halbherzigkeit 1918, an ihre Versäumnisse 1919/20, an ihr Paktieren mit dem reaktionären Militär nach dem Ersten Weltkrieg und an ihre Kapitulation 1933.

A. B.

Bonner Politik — eine Stilfrage?

Ein Wunder bleibt selten allein. Seit Wochen spürt man es überall: Zum ersten Mal seit Bestehen der Bundesrepublik ist die „Stabilität" der Bonner Politik deutlich ins Wanken geraten. In Deutschland reagiert man hemdsärmelig, wenn man sich unsicher fühlt, und so ist denn auch der Stil Bonns in jüngster Zeit immer mehr zum Freistil geworden. (Freilich: es gibt Ausnahmen. Darüber wird noch zu sprechen sein.) Indiskretionen, Dementis, Ausfälligkeiten, Prozesse (solche, die stattfinden, und solche, die stattfinden müßten) häufen sich. Was man im Falle Kroll noch für die Ausnahme hatte halten wollen, erwies sich seit der FIBAG-Affäre mitsamt ihren Begleitaffären, seit den Auftritten Nordhoff—Erhard, seit des Bundeskanzlers Husarenritten gegen Kennedy und McMillan und den anschließenden Rückzugsgefechten seines Pressechefs, seit von Brentanos Tätigkeit als Nebenaußenminister (und anderem mehr) als die Bonner Regel. Unbehagen über diesen Spätstil der Regierung Adenauer äußern nicht nur die Amerikaner („Wie sollen wir mit solchen Partnern überhaupt auskommen?"), Unbehagen äußert längst auch die regierungstreue Presse in der Bundesrepublik, Unbehagen emp-

findet inzwischen auch ein Teil der Fraktionen der CDU/CSU, und das will, nach langen Jahren äußersten Wohlbehagens, schon etwas heißen. Bei kritischen Beobachtern bundesdeutscher Politik in der Welt draußen, die alles andere als Freunde der Sowjets sind, verstärkt sich das Gefühl, daß mit Konrad Adenauer die Rolle doch nicht viel besser besetzt sei als mit Syngman Rhee. Kein Zweifel, das zweite Wunder ist geschehen, der Mythos Adenauer versinkt; dies zunächst wegen eben jenes Stils der Bonner Politik.

Daß es bei der Kritik des Stils auch bleiben möge — das ist der Wunsch all derer, die das Konzept der Adenauerschen Politik über den politischen Abstieg der Person Adenauer hinwegretten möchten. Es gibt aufschlußreiche Hinweise hierfür. DIE WELT, seit langem in der Sache bedingungslose Verfechterin der Regierungspolitik Bonns, veröffentlichte nach dem Berliner Auftritt des Bundeskanzlers einen Leitartikel ihres politischen Redakteurs, der, mit gebührendem Respekt, meinte: „Selbst seine glühendsten Anhänger muß Konrad Adenauer mit seinen Berliner Erklärungen auf das tiefste verwirrt haben. Was geht in dem alten Herrn vor, daß er sein erstes öffentliches Auftreten nach seinem Urlaub dazu benutzte, um seine eigene Politik völlig diffus erscheinen zu lassen, seinen Außenminister zu desavouieren und die Amerikaner vor ein unbegreifliches Phänomen zu stellen?"

Ja, was mag in dem alten Herrn vorgehen? In der Weltpolitik geht einiges vor; die Regierung der USA sieht sich um ihrer eigenen, vernünftigen Interessen willen gezwungen, einige Spannungsfelder in ihrem Verhältnis zur UdSSR zu entschärfen. Hierbei enthüllt sich die Grundlinie der bisherigen Bonner Politik („Wiedervereinigung durch Westintegration und Politik der Stärke") als unehrlich oder illusionär; es wird sichtbar, daß diese Politik die Teilung Deutschlands stabilisiert hat, daß die DDR der NATO offenbar nicht einzuverleiben ist, daß die Oder-Neiße-Grenze Bestand hat, — gar nicht zu reden von der „Neuordnung Europas bis zum Ural". Daß all diese Fakten nicht anders als durch Krieg zu revidieren sind, dürfte dem Bundeskanzler seit langem bewußt sein; was ihn verwirrt, ist, daß dies nun gerade durch die Politik der USA auch dem Volk bewußt wird und — nach Meinung der Kennedy-Administration — bewußt gemacht und bestätigt werden muß, wenn nicht die Gefahr einer kriegerischen Explosion weiterbestehen soll.

Und deshalb stellt sich der Bundeskanzler gegen die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen, deshalb wird er böse, deshalb wird sein Stil, ohnehin nicht allzu „pingelig", noch hemdsärmeliger. DIE WELT freilich ist cleverer als „der alte Herr". Sie sagt ihm, wie er's hätte machen sollen: „Daß in der Substanz des amerikanischen Vorschlags unerträgliche Bestandteile enthalten sind, ist unbestreitbar. In erster Linie sind das die verklausulierten und schrittweisen Annäherungen an die östliche Zweistaatentheorie und an eine ‚Respektierung' der Sowjetzone, wie es schamhaft umschrieben wird. Der Kanzler wird kaum jemanden finden, der ihm da nicht folgt ... Wir haben es bisher aber ja nur mit dem amerikanischen Vorschlag zu tun ... Trotz Chrustschow und Gromyko, die von einem Hoffnungsschimmer sprachen, sieht dergleichen niemand im Westen. Die Chancen eines Ausgleichs werden nicht überschätzt ... Keine Nation der freien Welt aber wird diese risikoreiche Gratwanderung fortsetzen und sogar weitere Kraftanstrengungen unternehmen können, wenn sich ihre politische Führung nicht zumindest durch den Versuch eines erträglichen Ausgleichs die moralische Legitimation beschafft für weitere Opfer, die den Völkern abverlangt werden müßten ..."

Deutlicher kann man nicht formulieren, worum es jenen politischen Kräften in der Bundesrepublik geht, die Kri-

tik an der Bonner Politik auf Stilkritik beschränkt wissen möchten: das Konzept der Amerikaner ist zwar falsch, es gilt, im Gegenteil, die Rüstung noch zu forcieren, weitere „Opfer" zu verlangen — dies alles jedoch nicht auf plumpe Weise, sondern so, daß man sagen kann, man hätte es ja mit dem Ausgleich versucht, man sei also moralisch legitimiert ...

DIE ZEIT sieht in Außenminister Schröder den Mann, der eine solche Politik repräsentiert: Einen Leitartikel zum Thema „Schröders neue Sachlichkeit" präzisiert sie durch den Untertitel „Der Stil der deutschen Außenpolitik hat sich gewandelt."

Unbehagen am Inhalt der Bonner Außenpolitik wird so abgebogen in das Unbehagen am törichten Auftreten des Bundeskanzlers, das Fiasko der Politik wird umgefälscht in das Versagen einer Person, selbst der Wechsel der Person wird hier und dort bereits mehr oder weniger offen gefordert, damit die Sache nicht geändert zu werden braucht.

Schröders „weicher Stil", Adenauers „härterer" Stil sind bisher lediglich taktische Varianten des gleichen politischen Spiels. Sollte sich freilich herausstellen, daß die Kennedy-Regierung weder durch geschmeidige, noch durch starre Taktik Bonns von ihren Entspannungsbemühungen abzubringen ist, dann hält Bonn, wie in den letzten Wochen immer deutlicher wurde, auch eine Variante in der Sache bereit: Stärkung des Bündnisses mit dem Frankreich de Gaulles, schrittweise Abwendung von den USA. Auch diese politische Wendung ist bereits vorbereitet. Militärpolitische Ansätze hierfür sind u. a. die Absicht des Bundesverteidigungsministeriums, zusätzliche 40 000 Mann Soldaten aufzustellen, die „in nationaler Zuständigkeit verbleiben sollen", ferner der französische Vorschlag, zwischen Frankreich, der Bundesrepublik und Italien eine eigene europäische Atomrüstung zu vereinbaren, ein Vorschlag, der laut dmt „in Bonn auf fruchtbaren Boden fiel, bei den USA auf entschlossene Ablehnung stieß." Auch die Gegenvorschläge Bonns zum Berlin-Plan der USA, die vom US-Außenministerium als „unrealistisch" bezeichnet wurden und die überdies von Bonn der Presse übergeben wurden, obwohl derartige Noten üblicherweise als internes Material behandelt werden, waren offenbar mehr als propagandistische Absage an die USA denn als sachlicher Korrekturversuch gedacht. In der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik wird die Abwendung von den USA ebenfalls „für alle Fälle" bereits vorbereitet: Da schreiben renommierte Leute, es sei „noch nicht ausgemacht, ob Mr. Kennedy nicht ein anderer Dehler" sei, — da sprechen Vertriebenenverbände und „Deutsche Soldaten-Zeitung" vom „Verrat der deutschen Interessen", da verbreiten der Bundesregierung und insbesondere dem Bundesverteidigungsminister nahestehende Blätter (eines davon im Besitze des Dr. Kapfinger) die Version, Kennedy sei wie einst Roosevelt von den Russen gegen die Deutschen eingenommen worden, und das „Werden wir verkauft?" der BILD-Zeitung hat millionenfache Wirkung.

In Bonn sieht die Alternative offenbar so aus: entweder bringt ein Doppelspiel von „weichem" und „hartem" Stil der Bundesregierung die Amerikaner dazu, die westdeutsche Außenpolitik in ihren Illusionen oder Unehrlichkeiten zu belassen, um den Preis einer Verschärfung der Spannungen in Mitteleuropa, um den Preis eines erheblich höheren Kriegsrisikos, — oder aber die Bundesrepublik lockert die politischen Bindungen zu den USA und läßt sich darauf ein, zusammen mit de Gaulle westeuropäische Politik der nuklearen Erpressung zu betreiben.

Über die Zweckmäßigkeit, sich schon jetzt für den einen oder anderen Weg zu entscheiden, gibt es offenbar im Lager der Regierung Meinungsverschiedenheiten. Der SPD-Abgeordnete Dr. G. W. Heinemann schrieb kürzlich:

„Meinungsverschiedenheiten innerhalb der CDU/CSU sind heute größer als zwischen Regierung und Opposition, — ein Prozeß der Klärung und Auseinandersetzung, den die Opposition ... bis auf weiteres mit großer Aufmerksamkeit verfolgen kann ..."

Hier, meinen wir, irrt Heinemann. Die Auseinandersetzung über die eine oder andere taktische Variante der bisherigen Bonner Politik ist nutzlos, unter Umständen gar gefährlich — wenn sie nämlich eine „neue" Politik Bonns vortäuscht —, notwendig ist vielmehr die Auseinandersetzung über den Inhalt dieser Politik, notwendig ist es, so breit wie möglich das Illusionäre der bisherigen Bonner Politik ins Bewußtsein zu bringen und die von den USA der Bundesrepublik nahegelegte „Verzichtpolitik" als den Verzicht auf katastrophale Illusionen einsichtig zu machen. Einen s o l c h e n Prozeß der Klärung und Auseinandersetzung kann man freilich nicht „verfolgen", man muß ihn betreiben. A. Kl.

De Gaulle sollte sich nicht wundern...

Die Gegner der Todesstrafe — deren es in der Welt gottlob viele gibt — sahen sich in diesen Tagen zweifach vor die harte Erkenntnis gestellt, daß es auch von ihrer, ebenso edlen wie vernunftmäßig zwingenden, Regel Ausnahmen gibt, ja offenbar doch geben muß, und zwar dort, wo das Delikt das Kriminelle und Politische im engeren Sinne überschreitet und im Unmaß der Übeltat an die Wurzeln der menschlichen Gesellschaft und deren unerläßlichen Glauben an den humanitären Fortschritt rührt. In den Fällen Adolf Eichmann und Raoul Salan kann selbst derjenige seine Stimme nicht gegen die verwirkte Todesstrafe erheben, der diese ansonsten sogar für Mord an seinem eigenen Kinde ablehnen würde.

Während nun aber der „Endlöser der Judenfrage" seinen auf Tod lautenden Urteilsspruch von seinen obersten irdischen Richtern erhärtet bekam (und nach der Abweisung des Gnadengesuches überraschend schnell gerichtet wurde), ist der ebenfalls schon zum Tod verurteilt gewesene „Endlöser der Algerienfrage" unerwartet zu lebenslänglicher Haft „begnadigt" worden, was unter den obwaltenden Umständen fast einem Freispruch gleichkommt.

Es sind diese Umstände, die das Salan-Urteil doppelt schwerwiegend machen. In der Mitte des 20. Jahrhunderts, da der Mensch in den Weltraum vordringt, da die farbigen, die jungen Völker dabei sind, sich in den Vereinten Nationen einen immer größeren Stimmenanteil zu erringen, da ganze Kontinente ihre Verbundenheit und wechselseitige Abhängigkeit manifestieren, da die Welt widerhallt vom jahrhundertelang zurückgedämmten Emanzipationsanspruch der Zurückgebliebenen, der Armen, der Hungernden, — in einer solchen Zeit kommt es einem Rückfall in vergangene Epochen gleich, wenn eine Gesellschaft es versäumt, konsequent und rechtzeitig die Steine aus dem Weg zu räumen, die ihren Weg in die Zukunft blockieren. Salan und seine faschistische OAS sind solche Steine auf dem Weg — nicht nur der französischen, sondern auch der europäischen, ja der Welt-Gesellschaft überhaupt, und es ist bisher versäumt worden, sie aus dem Weg zu räumen.

Mag der hochdekorierte soignierte Fünf-Sterne-General es noch so stolz von sich weisen, der Chef einer „Bande" zu sein: im Verlaufe seiner romantischen Auflehnung gegen die Gesetze unseres Jahrhunderts mußte er ganz zwangsläufig immer tiefer sinken, bis von ihm nichts übrig geblieben war als das Oberhaupt einer Bande, und zwar einer Bande im trübsten Sinne. Sein Beispiel zeigt der ganzen Welt, wie

verschlissen die abstrahierten Ehrbegriffe der Offizierskaste sind und wie eng Schwärmerei und reaktionäre Gesinnung beieinander liegen können; ein Schritt nur weiter, und man rutscht sogar ins Verbrechen ab, wie Figura zeigt.

Das Unheil, das die OAS anrichtet, geht über Morden, Sprengen, Brandstiften weit hinaus: Hier verhindert eine von wahnwitziger Ehrpusseligkeit besessene Minderheit, daß sich Alteuropas große Kulturnation Frankreich noch einigermaßen würdig aus einem nie zu gewinnen gewesenen siebenjährigen Krieg zurückzieht, als Besiegter zwar, aber doch nicht zugleich auch als Angeklagter der Geschichte, oder wenn schon auch dies noch dazu, dann doch mit Aussicht auf mildernde Umstände. Die militärische Niederlage hätte im Laufe der Zeit geistig-zivilisatorisch überspielt werden können — und es ist keine Frage, daß gerade das französische Volk noch über Potenzen verfügt, die das leisten könnten —, doch diese komplette Katastrophe nun, diese Apokalypse, in die die OAS Frankreichs algerisches Finale hineinzwingt, wird auch dann kaum noch zu tilgen sein, wenn der Terror längst aufgehört haben wird. Nun wird es nicht nur kein französisches Algerien mehr geben, sondern auch kein algerisches Algerien mit einer stillen, aber bleibenden französischen Komponente. Nun ist nur noch ein frei gewordenes Kolonialland mehr übriggeblieben, in dem sich der christliche Abendländer, diesmal repräsentiert vom Franzosen, eine ganze Zeitlang nicht wird sehen lassen können.

Präsident de Gaulle wollte das nicht. Er wollte wohl ein algerisches Algerien mit jener stillen, bleibenden französischen Komponente. Doch ist er, das muß man klar sehen, nicht nur allein Angriffsziel der OAS, sondern letzten Endes auch deren Nährgrund. Er gehört der gleichen Offizierskaste an wie Salan, er spricht die gleiche pathetische Sprache voll dunkler Symbolik, er hat die gleichen antiquierten Auffassungen von nationaler Größe und von den Mitteln, sie zu erhalten. Unter seinem Regiment hat das Land des kritischen Verstandes — zu schweigen davon, daß es aufgehört hat, eine Demokratie zu sein — beängstigende Züge rauschhafter Emotionalität angenommen. Seine Maßnahmen, autoritär zwar, doch immer merkwürdig halb, bilden einen erheblichen Teil der Antwort auf die Frage, wieso eine OAS überhaupt entstehen konnte. Er hat es zwar verstanden, sich vom Volk huldigen zu lassen, doch hat er es immer vermieden, dieses Volk (das Algerien aus Frankreich zu entlassen längst bereit ist), auch mitwirken, mitherrschen zu lassen. Seine konstitutionelle Unfähigkeit, sich rechtzeitig von seiner eigenen Kaste zu lösen und sich, wenn schon, denn schon, im Namen derer ganz stark zu machen, deren Akklamation ihm so wichtig ist, mußte die Extremisten in alle Versuchungen führen. Gerade er sollte sich eigentlich über nichts wundern, was in Algerien und im Mutterland heute geschieht. Als belesener Mann hätte er wissen müssen, daß man die Rechte nicht mit Hilfe der Rechten in Schach halten kann.

J. W.

Iberische Götterdämmerung

Die Streiks, die von asturischen Bergarbeitern eröffnet wurden, in andere Landesteile übersprangen und schließlich hunderttausend Menschen umfaßten, stellen mit ihrer zweimonatigen Dauer das bisher wichtigste politische Ereignis im Dasein der Franco-Diktatur dar. Nachdem vor noch nicht langer Zeit mit Pomp ihr zwanzigjähriges Jubiläum gefeiert wurde, kündigen sich die Umrisse des Niedergangs deutlicher an. Drei Momente sind aus dem Geschehen besonders festzuhalten: Erstens setzten sich die Streiks trotz des scharfen gesetzlichen

Verbots durch; zweitens zog die Regierung Verhandlungen mit den Arbeitern einer gewaltsamen Niederschlagung vor; drittens zeigten sich schwere Risse innerhalb des herrschenden Systems. Jeder einzelne dieser Fakten stellt das Regime selbst in Frage. Diese zweimonatige Probe ist bereits ein Symptom der vor sich gehenden Wandlung und läßt weitere tiefgreifende Ereignisse erwarten.

Die asturischen Bergleute, mit alter revolutionärer Tradition, protestierten gegen unerträgliches Elend. Ihr Monatslohn liegt zwischen 160 und 200 DM, einschließlich von Überstunden, bei einem 11½stündigen Arbeitstag. Ein ungelernter Arbeiter verdient nur 120 DM. Dabei liegt das Preisniveau kaum unter dem der Bundesrepublik, da ein Kilo Brot 60 Pfennig, 1 Kilo Fleisch 5 DM kostet. Die Forderungen liefen auf Lohnerhöhung und Festsetzung von Minimallohnsätzen hinaus. Wichtig ist die Ausbreitung des Bergarbeiterstreiks, das Ausbrechen von Solidaritätskundgebungen im baskischen Bilbao, wo 20 000 Werftarbeiter in den Ausstand traten, in Barcelona mit 20 000 Metallarbeitern, im südlichen Andalusien, wo Bergleute sich unter Tage einschlossen.

Das Regime war überrascht und verlegen. Die Kirche, bisher einer seiner Grundpfeiler, erklärte durch ihr offizielles Organ „Ecclesia" den Streik für ein „soziales, von der katholischen Kirche anerkanntes Recht". Verschiedene katholische Organisationen, Jungarbeiterverbände und Pax Christi machten sich diesen Standpunkt zu eigen und bekundeten den Streikenden ihre Sympathie. Zahlreiche Priester, insbesondere im Baskenland, wo es seit altersher eine enge Verbundenheit zwischen Kirche und Volk gibt, stellten sich auf die Seite der Arbeiter. Das Aufkommen abtrünniger Strömungen im Schoß des spanischen Katholizismus ist etwas Neues und lähmt das Regime. Sozialreformerische Ideen, von Frankreich und Italien eindringend, verwandeln das alte konservative Bollwerk immer stärker. Je mehr sie sich durchsetzen, um so zurückhaltender ist die Kirche gegenüber Franco. Vielleicht wirkt auch der jetzt amtierende Papst in ähnlichem Sinne und hält verschiedene Reformen für angebracht. Nicht zuletzt werden die amtlichen Syndikate, eine Art von Arbeitsfront, zu Sammelbecken der Unzufriedenheit. So behauptet selbst die Regierung, Reformen auf die Tagesordnung setzen zu wollen. Sie scheint eine bedingte Legalisierung des Streikrechts zu beabsichtigen. Verschiedene Methoden von Gewinnbeteiligung, Aktienausgabe, kurz eine Art sozialer Marktwirtschaft werden diskutiert.

Die Reformen sollen die gröbsten Antiquiertheiten, die härtesten sozialen Mißbildungen beseitigen, um Wesentliches zu retten. Diese Debatte verbindet sich mit dem schon seit langem behandelten Thema der Nachfolge Francos, wobei heute jedem einleuchtet, daß es kein Nachfolgeproblem im klassischen Sinn gibt, weil die zu lösenden Aufgaben ungleich schwieriger sind. Keine personelle Veränderung an der Spitze kann die Gebrechlichkeit der Diktatur aus der Welt schaffen. Mit der Macht der Arbeiterklasse — zum erstenmal seit 23 Jahren! — solidarisierten sich führende Intellektuelle; mit dem Präsidenten der Akademie, Menendez Pidal, an der Spitze kritisierten sie die Haltung der zensierten Presse, die die wichtigen Ereignisse verschwieg.

Die innere Reform des Regimes kann heute nur unter Druck, unter den Augen der Opposition vor sich gehen. Damit ist die Frage nach ihrer Durchführbarkeit aufgeworfen. In der Tat werden die Streiks das Selbstbewußtsein der Opposition gewaltig steigern. Nichts wird mehr so sein wie vorher. Trotz der Schwäche, die die Diktatur enthüllte, wurden Hunderte von Verhaftungen, darunter Mitglieder kirchlicher Bewegungen, vorgenommen. Entgegen den Worten Professor Erhards ist General Franco alles andere als liberal. Niemand kann über seinen Schatten

springen. Seine jetzige Mäßigung ist eine aus Schwäche, nicht aus Prinzip. Die illegalen politischen Organisationen zeigten sich äußerst aktiv; vom Hintergrund aus lenkend, war ihr Einfluß, vor allem in Asturien und im baskischen Gebiet, bedeutend. Zeitungen und Flugblätter zirkulieren, Kommuniqués wurden herausgegeben. Zeitweilig schien es, als sei eine Halblegalität erreicht. Auch das wird niemand vergessen. Das Schlagwort der Diktatur, um sich der Streiks und der politischen Opposition zu erwehren, ist — ganz wie in der Bundesrepublik — vor allem das von der „kommunistischen Gefahr". Aber es vermag ihr kein Glück mehr zu bringen, es ist verschlissen und hat während zwei Jahrzehnten seine Lügenhaftigkeit reichlich unter Beweis stellen können. Es kompromittiert nicht mehr die Gegner, sondern die Träger des Systems.

Eine sehr ähnliche Erfahrung wird gegenwärtig im benachbarten Portugal gemacht, wo Salazars Lage derjenigen Francos gleicht. Nachdem er am 1. Mai die Arbeiter zusammenschießen ließ, geriet er in einen scharfen Konflikt mit den Studenten, die seit Wochen die Vorlesungen boykottieren. Salazars zusätzliche Schwäche ist der andauernde Kolonialkrieg in Angola, der das bereits arme Land ausblutet. Die Völker der iberischen Halbinsel sind dabei, Herrn Erhard und seinen Freunden Lektionen in Sachen Liberalismus, Herrn Jaeger und seinesgleichen in Sachen „Christliches Abendland" zu erteilen, die nicht nur für sie, sondern für ganz Europa von Bedeutung sein werden.

H. A.

Karl Graf von Westphalen

Die ganze Wahrheit sagen

Man horcht auf in der Bundesrepublik. Wollen die Amerikaner eine neue Politik? Ist man sich in Bonn nicht mehr einig? Wohin treibt die Entwicklung? — Kritische, besorgte, ängstliche, aber auch durch nichts gerechtfertigte frohlockende Fragen dieser Art werden in diesen Wochen überall im Lande gestellt.

Die weltpolitische Lage zwingt zu Lösungen

Die USA und die Sowjetunion sind im Gespräch miteinander. Der Meinungsaustausch zwischen den beiden Weltmächten hat Ansätze für Lösungsmöglichkeiten erkennen lassen. Präsident Kennedy scheint überzeugt zu sein von dem Zwang zu einer auszuhandelnden Neuregelung des Status von Westberlin. In Washington weiß man offenbar, daß es höchst gefährliche Folgen haben kann, wenn die Lösung von Problemen, an denen sich jederzeit die Flamme des Krieges entzünden kann, weiter verschleppt wird. Kennedy scheint zu sehen, daß die Machtverhältnisse, wie sie sich entwickelt haben, der amerikanischen Politik eine Beschränkung auf das Mögliche nahelegen.

Das alles heißt nicht, daß sich die Amerikaner nunmehr schon zur Koexistenzpolitik bekennen. Selbst maßgebliche amerikanische Stimmen weisen darauf hin, die Schwenkung sei nur zu verstehen, weil Kennedy sich bessere Ausgangspositionen für künftige Auseinandersetzungen mit dem Osten sichern wolle. Nicht übersehen werden dürfen auch der gegenwärtige amerikanische Rüstungshaushalt — der größte in der Geschichte der USA überhaupt —, die amerikanische Süd-Ost-Asienpolitik sowie das Angebot des US-Außenministers auf der NATO-Tagung in Athen, den NATO-Verbündeten atomgetriebene U-Boote mit Polaris-Ausrüstung zur Verfügung zu stellen.

Das alles erlaubt die Feststellung, daß wir es — nach dem Scheitern der Dulles-Politik — zwar mit einer Besinnung Amerikas auf die weltpolitische Wirklichkeit, aber bisher nur mit der Respektierung eines Teils der Realitäten in der Welt zu tun haben, mit der Bereitschaft, gewissen gefährlichen Konflikten die Spitze zu nehmen. Nicht anders ist die veränderte amerikanische Haltung in der Berlin-Frage, und damit freiwillig oder unfreiwillig eingeschlossen, in der Deutschland-Frage zu verstehen. An den gefährlichen Spannungszuständen in Berlin und Deutschland sind die Vereinigten Staaten unmittelbar beteiligt, hier ist die Gefahr einer Explosion am größten. Der amerikanischen Regierung geht es hier deshalb darum, an diesem Abschnitt der Weltpolitik eine unhaltbar gewordene Lage auf ein für die USA erträgliches Maß zu reduzieren. Mit einem Wort: gemäß der Logik der machtpolitischen Tatsachen und der großen Gefahren für den Frieden ist eine andere Politik für die Vereinigten Staaten hier nicht mehr möglich, es sei denn die des Krieges. — Ob aus dem Zwang zu Kompromissen jemals mehr als ein taktisches Manöver wird, wird in großem Maße von der internationalen Entwicklung abhängen, nicht zuletzt davon, ob es in der Bundesrepublik den Kräften der Vernunft gelingt, den neuen Weg einer verantwortungsbewußten deutschen Politik zu finden und durchzusetzen. So wie die deutsche Politik der letzten Jahre

den weltpolitischen Kurs Washingtons im negativen Sinne beeinflußt hat, so muß und kann jetzt eine solche neue Politik als positiver Faktor auf die USA einwirken.

*

In welchem Maße sich die Machtverhältnisse in der Welt verschoben haben, in welchem Umfang und in welcher Richtung neue Tendenzen und Faktoren beginnen in der Weltpolitik eine Rolle zu spielen, läßt sich am bisherigen Verlauf der 18-Mächte-Abrüstungskonferenz in Genf erkennen. In welchem Grade die Gespräche zwischen Rusk und Dobrynin in Washington und die Abrüstungsverhandlungen in Genf ineinandergreifen, inwieweit die Themen dieser Konferenzen die gleichen sind, inwieweit vor allem der moralische Druck der Neutralen in den Fragen Abrüstung und Entspannung einen Einfluß auf den west-östlichen Dialog zu nehmen beginnt, läßt sich auch daran ermessen, daß die Vereinigten Staaten das bekannte Vier-Punkte-Arbeitspapier nicht zuletzt im Hinblick auf die Haltung der Neutralen in Genf formulierten.

In der Tat muß es als Fortschritt angesehen werden, wenn heute, siebzehn Jahre nach Kriegsende, die großen Mächte und eine Reihe gewichtiger neutraler Staaten über die Abrüstung beraten. Es ist zwar nicht die erste Abrüstungskonferenz, die in Genf stattfindet. Aber es ist eine mit früheren Versuchen zur Abrüstung nicht zu vergleichende Konferenz, denn der Zwang zur Abrüstung lastet auf den gegenwärtigen Verhandlungen wie auf keiner Abrüstungskonferenz zuvor. Es ist nicht nur die ständige Bedrohung der ganzen Erde durch einen atomaren Krieg, es ist vor allem die Aussichtslosigkeit des Wettrüstens, das die Völker und vor allem die jungen neutralen Nationen auf den Plan ruft. Waren noch bei den letzten Konferenzen die Großmächte unter sich, bestand vorher noch die Möglichkeit, Abrüstungskonferenzen scheitern zu lassen, ohne daß in der ganzen Welt die Völker fragten: Wer trägt die Schuld? — so drängt dieses Mal die akut gewordene Gefahrensituation alle Völker zu einer Aufmerksamkeit, wie wir sie bisher nicht kannten.

Die Abrüstung ist heute in doppeltem Sinn zu einer Menschheitsaufgabe geworden: zur Aufgabe, unsere Erde zu retten vor der drohenden atomaren Verwüstung, und zur Aufgabe, sie zu befreien aus menschenunwürdiger Not und schlimmstem Elend. Es ist ein Anachronismus ohnegleichen, wenn heute noch immer zwei Drittel der Menschheit hungern, aber gewisse Staaten die Hälfte und mehr ihres Budgets für die Rüstung vergeuden. Der Druck, der von diesen beiden Menschheitsbedürfnissen ausgeht, ist in den vergangenen Jahren gewachsen, und die waffentragenden Großmächte müssen sich diesem Druck der jungen Staaten heute schon sichtbar anpassen.

Es ist daher kein Zufall, daß die alten Methoden, Verhandlungsergebnisse durch groß aufgebauschte Scheinforderungen zu verhindern, bei den neutralen Delegationen kaum noch verfangen. Erinnert sei an das Auftreten des brasilianischen Außenministers Dantas, der das ganze Propagandagespinst der angeblich so schwierigen Kontrollfrage mit dem schlichten Nachweis zerriß, daß die Registrierung nuklearer Explosionen dank der wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten unserer Zeit ohne weiteres zuverlässig vorgenommen werden kann. Peinlich für die USA war das Angebot Krishna Menons, rund um die Sowjetunion auf dem Gebiet neutraler Staaten ein zuverlässiges Kontrollsystem zu errichten. Der Westen mußte zugeben, daß er gar kein Interesse daran habe, weil ein derartig wirkungsvolles System von Kontrollstationen rund um die UdSSR längst errrichtet sei. Interessant ist eine Äußerung der Wochenzeitung „Die Zeit" vom 27. April 1962 zu diesem Thema: „In dem sowjetischen Argument, Kontrolle sei

gleich Spionage, steckt unter den gegenwärtigen Umständen ja tatsächlich ein Stück Wahrheit."

Statt sich lange mit derartigen Scheingefechten abzugeben, drängten die Neutralen denn auch bald sehr zielstrebig auf die Behandlung eines Kernproblems: die Einrichtung atomwaffenfreier Zonen und auf ein Verbot der Weitergabe von Kernwaffen an dritte Mächte. Der Undèn-Plan, der Rapacki-Plan sind zum Gesprächsthema geworden — jene Konzeptionen, die nach dem ursprünglichen Willen Washingtons und nach dem festen Willen Bonns nicht erörtert werden sollen. Zwar weigert sich die amerikanische Regierung nach wie vor, dem Plan einer atomwaffenfreien Zone in Zentraleuropa zuzustimmen; aber unter dem Druck der weltpolitischen Umstände, dem wachsenden Einfluß der Neutralen und nicht zuletzt der Gefahr der Isolierung formulierte Kennedy dann jenes, durch Bonner Indiskretion bekanntgewordene und vorhin schon erwähnte Vierpunktepapier, in dem u. a. mit besonderer Bezugnahme auf die Bundesrepublik eine Ausdehnung des Atomklubs verhindert werden soll.

„Helfer", „Anpasser" und „offene Kritiker"

Das Fiasko, in das die Bundesregierung und in gleichem Maße die Parteien des Bundestages durch die Eröffnung der Amerikaner und infolge der veränderten Kräftesituation in der Welt geraten sind, ist groß. Denn jede Abkehr, jede nur taktische Schwenkung, jeder Abstrich, den die Amerikaner von den bisher gemeinsam vertretenen Maximen vornehmen, muß sich nach Lage der Dinge auf die Bundesregierung und auf die im Bundestag vertretenen Parteien katastrophal auswirken.

Die nervösen, einander widersprechenden Erklärungen, die Dementis und Proteste, die Intrigen und Querschüsse von Regierung und den „Parteien in gemeinsamer Verantwortung" gegen die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen bestätigen nur, daß man in Bonn weiß, was die Stunde geschlagen hat. Die Bundesregierung war und ist vor die unausweichliche Wahl gestellt, sich dem Kennedy-Kurs anzuschließen oder sich schon jenem halbwegs realistischen Vorschlag der USA zu widersetzen, auf die Gefahr hin, neben der Isolierung durch die neutrale Welt eine Isolierung auch durch die NATO-Verbündeten in Kauf zu nehmen. Oder soll sie versuchen, durch eine Scheinanpassung das Wohlwollen Washingtons zu bewahren, um auf die neuen Tendenzen im Sinne einer Abschwächung Einfluß nehmen zu können?

Die in den letzten Wochen aufgebrochenen und noch keineswegs beigelegten Meinungsverschiedenheiten über die für Bonn zweckmäßigste Reaktion dürfen auf keinen Fall überschätzt oder falsch interpretiert werden. Denn die prinzipielle Grundauffassung der extrem harten Gruppe um Adenauer, Strauß, Brentano und Krone und der anderen, ebenso extremen, jedoch weicher taktierenden Gruppe um Schröder und Gerstenmaier ist nach wie vor dieselbe. Es ist dies die Auffassung von der Aufrüstung um jeden Preis, der Verfügungsgewalt deutscher Generale und Politiker über Atomwaffen, der Nicht-Anerkennung der Nachkriegsgrenzen, der Ablehnung jeder Verständigung mit dem anderen deutschen Staat, der Härte und Schärfe nach außen und innen, des militanten Anti-Kommunismus als Pflicht-Haltung für jeden Bürger.

Allein von hier aus läßt sich das anpassungsfähigere Verhalten der Gruppe um Schröder beurteilen, nämlich als Versuch, durch eine gewisse Nachgiebigkeit die Möglichkeit zu erhalten, die Kennedy-Politik Zug um Zug „zurückzurollen", oder, was dasselbe ist, den Amerikanern „zu helfen", wie Wehner meint, zumindest aber so viel wie möglich von der Substanz der alten Politik zu retten.

Die andere, die extrem harte Gruppe dagegen, greift die amerikanische Politik frontal an. Wir haben es also mit einer gewollten oder nicht-gewollten Arbeitsteilung zur Verhinderung eines west-östlichen Übereinkommens in der Berlin- und Deutschlandfrage und ganz besonders in der Atomrüstung zu tun. Nichts wäre daher falscher, als in der Linie der „Helfer" und „Anpasser" und der Linie der „offenen Kritiker" zwei verschiedene Linien sehen zu wollen. In beiden Fällen haben wir es nicht mit dem Anfang einer längst fälligen Neuorientierung unserer Politik zu tun, wie sie um des Friedens und der Wiedervereinigung willen unerläßlich geworden ist, sondern bestenfalls mit dem Versuch, den alten Wein in neue Schläuche umzufüllen.

Warum ist nun der Inhalt des amerikanischen Arbeitspapiers für Bonn nicht akzeptabel? Einmal, so heißt es, sei auch nur die geringste Einschaltung der DDR in die Abwicklung und Kontrolle des Berlin-Verkehrs, das geringste Mit- oder Nebeneinander von Bundesrepublik und DDR ein Schritt mehr zur Anerkennung des anderen deutschen Staates. Jede „Gemeinsamkeit" wiederum sei der Wiedervereinigung abträglich. Für ebenfalls gefährdet erklärt Bonn den Gedanken einer Nichtangriffsvereinbarung zwischen NATO und Warschauer Pakt, denn auch dadurch werde die Existenz zweier deutscher Staaten bestätigt. (Sicherlich ist das nicht der einzige Grund, denn jede Nichtangriffsvereinbarung würde sich positiv auf die Abrüstung und psychologisch störend auf die Bonner Aufrüstungspläne auswirken.) Und schließlich würde nach Bonner Behauptung eine amerikanisch-sowjetische Vereinbarung, auf eine Weitergabe von Atomwaffen an noch nicht atomar ausgerüstete Mächte zu verzichten, die Grundprinzipien der westlichen Sicherheitspolitik in Frage stellen.

Die Bonner Reaktion ist also eindeutig negativ. Es war nicht schwer, diese Entwicklung vorauszusehen und vorauszusagen. In diesen „Blättern" ist seit langem und von vielen Seiten vor den Folgen und vor der Fortsetzung einer Politik gewarnt worden, die im Grunde vom Tage ihrer Fixierung an eine Politik ohne Chancen war. Das Dilemma und die Aussichtslosigkeit dieses gefährlichen und überheblichen Kurses, mindestens seit der „Lektion vom 13. August" („Die Zeit") sichtbar, läßt sich nun nicht mehr länger verschweigen. Vor den Augen der Weltöffentlichkeit ist der Bankrott dieser bundesdeutschen Politik offenbar geworden. Jeder Versuch, den unwiderruflich gescheiterten Kurs kaschieren zu wollen, macht unsere Lage nur noch schlimmer. Für alle, die sehen wollen, ist jetzt klar, daß diese Politik keine unserer Lebensfragen lösen konnte. Es bleibt daher nur die völlige Abkehr von der alten illusionistischen und die Orientierung auf eine neue, realistische Politik.

Die Neuorientierung unserer Politik ist unumgänglich geworden

Die Politik der hemmungslosen Aufrüstung und der einseitigen Westorientierung hat den Frieden gefährdet und die Wiedervereinigung in weite Ferne gerückt. Dennoch läßt sie — so widerspruchsvoll das klingt — die Wiedervereinigung Deutschlands nicht aus den Augen; doch soll sie nach Bonner Vorstellungen auf andere Weise als durch Verhandlungen realisiert werden. Für diesen Kurs fehlen nach Auffassung der Bundesregierung nur zwei Voraussetzungen: erstens muß die Bundesrepublik die Verfügungsgewalt über atomare Waffen bekommen, zweitens muß diese Politik nach innen durch Notstandsgesetze „zur Wahrung des inneren Friedens" und für den „Ernstfall" abgeschirmt werden.

Diese Politik ist zwar nicht mehr zu verstehen, sie entbehrt jeder Vernunft, aber dennoch wird sie mit dem Hinweis auf „unverrückbare Ziele" fortgesetzt. In Bonn

will man auch nach dem 13. August einfach nicht wahrhaben, daß sich das Kräfteverhältnis in der Welt geändert hat. Die Bundesregierung will nicht sehen, daß die amerikanische Bereitschaft zu gewissen Konzessionen nichts anderes als ein Symptom und Beispiel für diese Verschiebung des Kräfteverhältnisses ist. Noch immer jagt man Illusionen nach, die da heißen „Befreiung", „Anschluß" und „Neuordnung". Noch immer glaubt man, an der einzig möglichen Form der Auseinandersetzung zwischen West und Ost, der friedlichen Koexistenz, vorbeikommen zu können. Aber je länger und intensiver die Bundesregierung dieser Konzeption der Aussichtslosigkeit folgt, desto weiter entfernt sie sich von der weltpolitischen und deutschen Wirklichkeit.

Wie die Dinge bei uns nun einmal liegen, ist von Bundesregierung und Bundestag eine Besinnung nicht zu erwarten. Von dieser Seite kann die Öffentlichkeit eine konstruktive Behandlung der Lebensfragen unseres Volkes nicht erhoffen. In einer Zeit, in der die Welt über Möglichkeiten zur Abrüstung und Entspannung berät und einen deutschen Anstoß und Beitrag hierzu erwartet, erklärt der Bundeskanzler den Gedanken einer atomwaffenfreien Zone für ein „Hirngespinst". In einer Stunde, da alles auf die nationale Selbstbesinnung ankommt, ruft Strauß erneut nach Atomwaffen. In einer Stunde, da nur ein Punkt auf der Tagesordnung steht, nämlich Abkehr vom bisherigen Kurs, fordern die Herren Wehner und Brandt „gemeinsame Verantwortung". Zwar geben SPD und FDP gleichzeitig die Parole von der „Anpassung" an die amerikanische Politik aus, ohne jedoch auch nur einen konkreten Vorschlag zur Entspannung zu machen. Statt dessen erklärt Herr Erler wörtlich: „Abrüstungsdiskussionen sind noch keine Entschuldigung für das Unterlassen von Verteidigungsbemühungen." („Die Welt" vom 31. 5./1. 6. 62.) Wer aber von „Anpassung" redet und zugleich die Bundesregierung in ihrer Politik unterstützt, ja mit in die „gemeinsame Verantwortung" gehen will, der will keine andere Politik, der strebt lediglich Ministersessel zur Rettung des bankrotten Kurses an. Denn schließlich ist der Zusammenbruch der Adenauerschen Außenpolitik zugleich der Zusammenbruch des „neuen Kurses" der SPD. Wer wie Wehner, Brandt und Mende von „Anpassung" redet, aber nicht bereit ist, auch nur einen Schritt zur innerdeutschen Verständigung zu tun, der will im Grunde nichts anderes als Strauß und seine Generale.

Für die deutsche Politik kann es nicht um „Anpassung" gehen, nicht um eine „moderne" alte Politik; für die deutsche Politik geht es um den ganzen Schritt in die weltpolitische und deutsche Realität. Der Zwang für die Vereinigten Staaten, mit der Sowjetunion eine Neuregelung des Status von Berlin auszuhandeln, ist kein Ersatz für deutsche Politik. Das amerikanische Interesse an einem neuen Übereinkommen über Berlin kann das weiterreichende deutsche Interesse an einer grundlegenden Wandlung zum Frieden und zur Wiedervereinigung nicht kompensieren.

Man begegnet hier und da der Sorge, daß eine Änderung unserer Politik Nachteile mit sich bringen könnte. Aber haben wir auch nur das Geringste aufzugeben oder zu verlieren, wenn die gefährliche und fiktive Politik der Bundesregierung durch eine neue Politik abgelöst wird? Effektiv tauschen wir ein großes, ja ein lebensgefährliches Risiko gegen ein geringeres ein. Nach Lage der Dinge brauchen wir nichts anderes aufzugeben als Illusionen. Eine Politik des Friedens und der guten Nachbarschaft nach Ost und West ist in unserer Lage lebensnotwendig. Eine Politik, die uns aus dem Magnetfeld des Krieges herausführt, liegt im Interesse der ganzen Nation. Eine Politik, die Milliarden aus dem Rüstungshaushalt freisetzt, würde die schleichende Inflation beseitigen und die soziale und wirtschaftliche Lage für alle Kreise des Volkes ver-

bessern. Wir brauchten nicht mehr zu „opfern" und „maßzuhalten". Eine Neuorientierung unserer Politik würde lediglich zu Lasten jener Ewig-Blinden und Unverbesserlichen gehen, die nunmehr zum drittenmal in diesem Jahrhundert, diesmal auf amerikanische Unterstützung hoffend, die Zeiger der Uhr zurückdrehen wollen. Wir glauben daher, daß es besser ist, jetzt und heute eine Wandlung zur Vernunft herbeizuführen, als auch nur einen Tag länger die alte selbstzerstörerische Politik fortzusetzen.

Wir sollten auch sehen, daß es die Weltöffentlichkeit nicht versteht, daß bei uns wieder jene Kreise am Werk sind, die seit 50 Jahren und mehr in kaltem und heißem Krieg machen. Sie versteht nicht, daß jene Kreise bei uns noch den Ton angeben, die unserem Volk vorgestern erzählten, das „perfide Albion" müsse vernichtet werden, die gestern erklärten, unsere „Zukunft" liege im Osten, und die heute mit dem „Fall Rot" agitieren. Sie versteht nicht, daß bei uns noch immer jene kleinen Cliquen und ihr Anhang die Szene beherrschen, durch deren Schuld unser Land in den Ersten Weltkrieg und in den Zweiten Weltkrieg gestürzt wurde; sie tragen letzten Endes die Verantwortung für die Einengung und Spaltung unseres Vaterlandes infolge zweier Krieg. Sie versteht nicht, daß jene, die von der Geschichte längst gewogen und als zu leicht und zu gefährlich befunden wurden, erneut das Zepter in der Hand haben. Ausländische Zeitungen und Kommentatoren fordern daher in letzter Zeit immer nachdrücklicher, daß der Bundesrepublik die Notwendigkeit des Endes der Ära Adenauer klargemacht werden müsse. „Wir wollen nicht in Rauch aufgehen, Herr Adenauer!" heißt es im „Daily Telegraph". Der „Guardian" schreibt: „Adenauer selbst hat keine Alternativpolitik anzubieten. Zehn Jahre hat er argumentiert, daß der Weg zur deutschen Einheit lautet, das ostdeutsche Regime isoliert zu halten, bis es von selbst zusammenbricht. Alles was damit erreicht wurde, ist eine ständige Verstärkung Ostdeutschlands durch die Sowjets und eine Versteifung der Teilung zwischen Ost und West. Adenauers Standpunkt ist abgedroschen und gefährlich."

Während im westlichen Ausland in zunehmendem Maße von der nötigen Änderung unserer Politik die Rede ist, sprechen SPD und FDP von der „persönlichen Tragödie eines alten Mannes", dessen Alter „neue Männer" erforderlich mache. Hier zeigt sich wieder einmal mehr, daß die deutsche Öffentlichkeit über den Bankrott einer dreizehnjährigen Ära getäuscht werden soll. Indem eine politische Pleite als „persönliche Tragik" kaschiert wird, wird im Grunde zugegeben, daß es diesen Leuten nicht um die Ablösung einer Ära, sondern lediglich um die Auswechslung eines alten Mannes durch „neue Leute" geht. Zur Diskussion steht aber n i c h t die Person Adenauer, zur Diskussion steht allein die Ablösung der Politik Adenauers durch eine unmißverständliche Koexistenzpolitik.

Deutsche Koexistenzpolitik aber heißt vor allem: wie gestalten wir unser Verhältnis zum anderen deutschen Staat? Diese Frage ist in der Tat zu einer Kernfrage für die deutsche Gegenwart und Zukunft geworden. Schlicht und einfach geht es um die Frage: sollen die beiden deutschen Staaten weiterhin in Feindschaft miteinander leben oder sollen sie in friedliche Koexistenz zueinander treten? Eigentlich hätte es nicht des 13. August bedurft, um Bonn das Illusorische seines gesamtdeutschen Anspruchs bewußt zu machen. Eigentlich hätte es nicht erst der Aufnahme eines offiziellen Abrüstungsvorschlages der DDR in ein UNO-Dokument bedurft, um Bonn den Widersinn und die Erfolglosigkeit seiner Politik vor Augen zu führen. Auch hätte der bundesdeutsche Steuerzahler -zig Millionen DM sparen können, die Bonn in den vergangenen Jahren und auch heute noch an Staaten zahlt, damit diese keine diplomatischen Beziehungen mit dem anderen deutschen Staat aufnehmen. Die amerikanische Politik scheint zu wissen, daß es so lange keinen Friedenszustand in Deutschland und Mitteleuropa geben wird,

als durch eine intransigente Nichtanerkennungspolitik kundgetan wird, daß man nicht gewillt ist, auf expansive Pläne zu verzichten. Es ist daher verständlich, daß die Frage der Anerkennung des anderen deutschen Staates zu einer bedeutenden Frage für die internationale Politik geworden ist, denn in entscheidendem Maße hängt davon der Frieden in Deutschland und Europa ab. Für uns kann es nicht darum gehen, ob uns das System in dem anderen deutschen Staat gefällt oder nicht; für uns geht es einzig und allein um die Frage: ob die beiden deutschen Staaten, deren Zusammenkommen ein langer Prozeß sein wird, in Frieden zueinanderfinden oder in einem Bruderkrieg gemeinsam untergehen. Für uns spielt eine Rolle, ob sich die beiden deutschen Staaten auf ein Programm nationaler Sicherheit durch Abrüstung, auf ein Minimalprogramm nationaler Gemeinsamkeit auf möglichst vielen Gebieten des Lebens einigen, oder ob sie weiterhin in Haß und Unversöhnlichkeit, sozusagen in kriegerischer Antiexistenz sich feindlich gegenüberstehen.

Änderungen mit wem?

Die Zeit ist weitergelaufen. Wir sind nicht mitgegangen. Die Wunschträume der vergangenen Jahre sind zerplatzt. Das Warten auf günstige Gelegenheiten hat sich nicht nur nicht bezahlt gemacht, es hat uns nahe genug an den Rand des Krieges geführt. Heute hilft uns weder das bloße Nein zur Bonner Politik weiter, noch ein nur „halbrichtiges Weitertaumeln von Improvisation zu Improvisation". Zu glauben, wir könnten Zeit gewinnen, uns der Verantwortung entziehen, uns mit halben Maßnahmen begnügen, würde unsere Situation nur noch verfahrener machen. Auch der Wunsch und die Hoffnung auf Änderung von selber nutzen uns nichts. Sie wird niemals kommen, wenn wir nicht mutig anpacken. Es nutzt uns auch nichts die „Philosophie", daß sich ja ruhig etwas ändern könnte, wenn sich nur nichts ändert.

Es nutzt auch nichts, sich lediglich zur Koexistenz mit Rußland zu bekennen, sie aber für Deutschland, für unser eigenes Land, abzulehnen. Es ist zwar entscheidend, ob man Frieden mit der führenden Macht des Ostens will oder nicht, aber für uns als Deutsche ist es ebenso entscheidend, ob wir Frieden mit dem anderen deutschen Staat wollen oder nicht. Dies müssen wir leider auch jenen Männern sagen, die in den letzten Monaten den Mut gehabt haben, manches entscheidende Tabu der Bonner Politik zu durchbrechen, die Verleumdung und Rufmord auf sich genommen haben, um das Volk vor den Gefahren einer Politik der Blindheit und des Hasses zu bewahren. Es genügt heute jedoch nicht mehr, lediglich Sektoren der Bonner Politik zu kritisieren, vielmehr kommt es darauf an, die ganze Wahrheit über die Gefährlichkeit dieser Politik rückhaltlos aufzudecken und den Weg zu einer Neuorientierung unserer Politik ohne Illusionen und in voller Klarheit aufzuzeigen und einzuschlagen.

In unserem Volk erkennen zwar viele, daß es so nicht weitergehen kann, aber ihnen fehlt der Mut zur Umkehr und zur Tat. Allzuviele hoffen auch immer noch, zwar nicht mit militärischer Gewalt, aber mit einer gewissen Stärke im Rücken die Sowjetunion durch Verhandlungen über den militärischen Status Deutschlands zu einer Wiedervereinigung unter Preisgabe der DDR veranlassen zu können. Lange bestanden Chancen in dieser Hinsicht. Heute aber sind sie vertan. Es ist daher vergebliche Liebesmüh, solchen oder ähnlichen Phantomen nachzujagen.

•

Alle Schichten unseres Volkes müssen daher jetzt aktiv werden gegen diese Politik der Bundesregierung. Wichtig wird sein, daß wir uns dabei einig sind. Wir

haben aus unserer Vergangenheit die Lehren zu ziehen. Als Hitler an die Macht kam, da standen wir nicht gemeinsam gegen ihn auf. Auch damals schon stritten wir uns, ob wir uns gegenseitig genehm seien, ob wir uns miteinander sehen lassen könnten. Wir differenzierten und zerstritten uns auf weltanschaulichen und politischen Gebieten, während es einzig und allein darum gehen mußte, Hitler und seine Politik zu bekämpfen — aber gerade das unterließen wir. Wir sollten aus diesem Versäumnis lernen, denn heute steht allein zur Debatte: gemeinsam und über alle weltanschauliche und soziale Unterschiede hinweg die Bonner Rüstungspolitik zu bekämpfen. Wem nutzt es, wenn wir uns weiter über Fragen von morgen zerstreiten, wenn heute die Frage Krieg oder Frieden, Untergang oder Koexistenz zur Entscheidung steht? Wer das Morgen erleben will, muß daher mithelfen, im Bündnis mit allen einen neuen Weg durchzusetzen.

Wie bereitete sich das Unheil von 1933 vor? Es begann schon vor 1933, indem die demokratischen, anständigen und vernünftigen Kräfte in Deutschland es nicht schafften, sich zusammenzuschließen gegen die Weltgefahr Hitler. Dann kam das Ermächtigungsgesetz, das Hitler ein legales Alibi verschaffte. Jetzt stehen wir vor einem neuen „Ermächtigungsgesetz", vor den Notstandsgesetzen, die wiederum, ähnlich wie damals, nichts anderes sind als die innenpolitische Begleiterscheinung der Aufrüstungspolitik. Hitler erklärte sein Ermächtigungsgesetz als eine Maßnahme zur Rettung der Nation aus akutem Notstand. In Wirklichkeit war es nichts anderes als der Freibrief für die Unterdrückung der demokratischen Kräfte und als der Freifahrtschein in den Krieg. Nach dem Ermächtigungsgesetz und vollzogener Aufrüstung berief Hitler sich dann auf § 1 des NS-Parteiprogramms, der Forderung nach „Selbstbestimmung", und ließ die deutschen Truppen in die Tschechoslowakei und dann in Polen einrücken. Alles das sollten wir heute weniger denn je vergessen!

Es hat sich eine Lage herausgebildet, in der nur die Gemeinsamkeit aller nationalen Kräfte imstande ist, Deutschland zu retten. In weiten Schichten unserer Bevölkerung, in den Parteien, Gewerkschaftsverbänden, in den Kirchen und Jugendorganisationen hat eine ernste Sorge über den herrschenden politischen Kurs um sich gegriffen. Ein Prozeß der Überprüfung der bundesdeutschen Nachkriegspolitik hat begonnen und ergreift einen immer größeren Teil der verantwortungsbewußten, denkenden Öffentlichkeit. Da es unvermeidlich ist, daß die Bonner Politik immer mehr in Widerspruch zu den politischen Realitäten in Deutschland und in der Welt gerät und in immer größerem Maße in Gegensatz zu den Interessen fast aller Schichten der Bevölkerung kommt, wachsen damit auch die Chancen zu der erstrebten Wende des politischen Kurses der Bundesrepublik. „Im Gegensatz zu den großen politischen Parteien der Bundesrepublik befürworteten bei einer Repräsentativerhebung, die das DIVO-Institut in Frankfurt/Main vornahm, vierzig Prozent der Befragten eine Wiedervereinigung Deutschlands ‚durch Verhandlungen mit der DDR'. Nach Mitteilung des DIVO-Instituts sprachen sich 40 Prozent für und 25 Prozent gegen Verhandlungen mit der Sowjetzone aus, 35 Prozent nahmen zu der Frage keine Stellung. 40 Prozent der Befragten im Bundesgebiet und 34 Prozent in Westberlin erklärten, sie hielten die Wiedervereinigung für das wichtigste Problem, dem die Bundesrepublik gegenüberstehe." (Neue Rhein-Zeitung vom 21. 5. 62).

Mit Hoffnung und Genugtuung sollte besonders die mutige Haltung unserer Jugend zur Kenntnis genommen werden, die in den letzten Monaten auf zahlreichen Tagungen und Konferenzen ihre Kritik am Kurs der Bundesregierung zum Ausdruck gebracht hat. Es sei erinnert an den Ostermarsch, der in diesem Jahr einen Umfang und eine Breite erreicht hat wie nie zuvor. Es sei erinnert an die

jungen Menschen des DGB-Jugendkongresses in Westberlin, die entgegen dem Willen der Veranstalter und Referenten die atomare Bewaffnung, die Notstandsgesetzgebung und eine Verlängerung der Wehrpflicht abgelehnt haben. Bedeutsam ist auch die Tagung der Delegierten von 300 000 jungen Metallarbeitern, die auf ihrer Konferenz am 14. Mai in Stuttgart den Beschluß faßten, an jedem 1. September einen Anti-Kriegstag durchzuführen. Wir denken auch an die Frauenkonferenz des DGB, die auf ihrem diesjährigen Gewerkschaftstag in Nürnberg die Notstands- und Dienstleistungsgesetze zur Beschämung von SPD- und DGB-Führung verworfen haben. Diese Beispiele mögen zeigen, daß es trotz jahrelanger Propaganda nicht gelungen ist, die Vernunft und die Wahrheit zu ersticken. Wir denken dabei auch an die acht evangelischen Theologen und Laien, die sich in einem Memorandum gegen eine Ausweitung des Atomklubs ausgesprochen haben. Wir begrüßen ebenfalls die „Handreichung" des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. In diesem Dokument wird die Existenz von zwei deutschen Staaten anerkannt und die Notwendigkeit der Koexistenz zwischen Bundesrepublik und DDR hervorgehoben. Wir begrüßen auch die Haltung von Th. Dehler, G. Bucerius und H. Kroll, die das Schlimmste für unser Volk verhindern wollen und für eine friedliche Politik nach Ost und West eintreten. Wir begrüßen die aufschlußreiche Stellungnahme des Generalsekretärs des Rates der Juden in Deutschland, van Dam, der in einem soeben erschienenen Artikel in der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland" gegen die Neugründung der Deutschnationalen Volkspartei schreibt: „Viele glaubten, daß der Zusammenbruch des Reiches 1945 die Kenntnis und Erkenntnis von dem Phantom eines Regimes, das zum Amoklauf in das Nichts angetreten war, eine langjährige, wenn nicht bleibende Wirkung hatte. Es stellt sich immer mehr heraus, daß man derartige Erwartungen nicht zu hoch spannen darf und in der Analyse vorsichtig sein muß. Liest man manche Erzeugnisse der rechtsradikalen Presse, so erhält man den Eindruck, daß das „Gott strafe England" aus der Zeit des Ersten Weltkrieges durch ein „Gott strafe Amerika" abgelöst wird, wobei das Stichwort „Morgenthau" wieder mühelos die Brücke zum Antisemitismus herstellt . . . Man mag mit Fug bezweifeln, ob es ein guter Tag für die Bundesrepublik wäre, wenn die jüdische Gemeinschaft in Deutschland die Konsequenz aus soviel Stupidität zöge und das Experiment einer jüdischen Existenz in Deutschland für gescheitert und beendet erklären würde. Hieraus wären dann allerdings auch zwingende Schlüsse für den Bestand der Demokratie abzuleiten . . . Das Schicksal gibt Menschen und Völkern einmal oder zweimal eine Chance, jedoch nicht am laufenden Band."

Das alles mag zeigen, daß das, was in diesen „Blättern" seit Jahr und Tag an Gedanken und Vorschlägen vertreten wird, heute in weite Kreise des Volkes Eingang gefunden hat. Hatte man unsere Gedanken nicht schon mehrmals für tot erklärt? Täuschen wir uns aber nicht, denn noch sind die Kräfte der Unvernunft stark. Es gilt daher, auch weiterhin keine Ruhe zu geben und solange unbequem zu bleiben, bis aus unserem Staat wieder eine lebendige, funktionierende parlamentarische Demokratie im Geiste des Grundgesetzes geworden ist, eine Demokratie, in der der Wunsch unseres Volkes nach Frieden und Sicherheit, nach Demokratie und Freiheit, nach Wohlstand und gesicherter Zukunft voll zur Geltung kommt. Das Gebot der Stunde lautet daher: Im Bündnis mit allen verantwortungsbereiten, demokratisch und freiheitlich gesinnten Kräften die Unbelehrbaren zurückzudrängen und die Bundesrepublik zu einem Staat zu machen, der sich zu einer unbahängigen und friedlichen Politik gegenüber Ost und West bekennt.

Was heißt deutsche Politik?

- Deutsche Politik kann nur sein, für Frieden und Entspannung, für Ausgleich und Verständigung zwischen West und Ost einzutreten; sich zur friedlichen Koexistenz zwischen den unterschiedlichen Systemen in West und Ost und in Deutschland zu bekennen.
- Deutsche Politik kann nur sein, aktiv für die Wiedervereinigung einzutreten. Da eine Wiedervereinigung nur in Frieden möglich ist, müssen beide deutsche Staaten sich bereit erklären, auf jede Gewaltanwendung zu verzichten. Damit eine politische Entspannung in Deutschland eintritt, müssen die beiden deutschen Regierungen über eine Verminderung der Rüstung, über die Normalisierung der Beziehungen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet sowie über die Wiederherstellung eines normalen Reiseverkehrs verhandeln;
- Deutsche Politik kann nur sein, auf die atomare Bewaffnung zu verzichten. Darum muß auch die Bundesrepublik in aller Form sich bereit erklären, auf Besitz, Herstellung, Lagerung von Atomwaffen auch in fremdem Auftrag zu verzichten. Sie muß sich bereit erklären, einer atomwaffenfreien Zone beizutreten. Der Verzicht beider deutscher Staaten auf Atomwaffen wäre ein entscheidender deutscher Beitrag zur allgemeinen Abrüstung, zur deutschen und europäischen Sicherheit und zum Frieden der Welt;
- Deutsche Politik kann nur sein, für eine Regelung der Westberlinfrage durch ein Abkommen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion über den Status von Westberlin einzutreten. Ein solches Abkommen muß der Bevölkerung von Westberlin die freie Wahl ihrer Lebensform sichern. Es sollte Westberlin aus der Unsicherheit des „Frontstadtdaseins" herausführen und bis zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands gelten. Die wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Beziehungen zwischen Westberlin und der Bundesrepublik müssen dabei gesichert werden. Berlin könnte Sitz gesamtdeutscher Gremien sein;
- Deutsche Politik kann nur sein, die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu allen Ländern des Ostblocks zu normalisieren und gleichzeitig gute Beziehungen zum Westen aufrechtzuerhalten;
- Deutsche Politik kann nur sein, daß sich beide deutsche Staaten zur militärischen Neutralität bekennen und eine schrittweise Loslösung aus NATO und Warschauer Pakt vereinbaren;
- Deutsche Politik kann nur sein, siebzehn Jahre nach Kriegsende auf den Abschluß eines Friedensvertrages zu drängen, der Deutschland das Recht auf Wiedervereinigung einräumt, die Grenzen bestätigt, die allmähliche Herauslösung Deutschlands aus den Blocksystemen vorsieht und die militärische Neutralität Deutschlands unter internationaler Sicherheitsgarantie vertraglich festlegt;
- Deutsche Politik kann nur sein, die Demokratie uneingeschränkt zu sichern und alle Angriffe auf die demokratischen Grundrechte entschieden zu bekämpfen. Die Notstands- und Dienstleistungsgesetze sind daher abzulehnen;
- Deutsche Politik kann nur sein, unsere Wirtschaft, unsere Finanzen, unsere Sozialpolitik von den hohen Ausgaben der Rüstungspolitik zu befreien; sich einzusetzen für die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung und die Verwendung der durch die Abrüstung freiwerdenden Mittel für die soziale und kulturelle Besserstellung aller Schichten.

Dr. Adam Rapacki, Warschau

Zur Kritik an den polnischen Plänen für eine atomwaffenfreie Zone

Prof. Gerhard Gollwitzer, einer der Herausgeber der „Blätter", hat vor einigen Wochen in einem persönlichen Schreiben fünf Fragen an den Außenminister der Volksrepublik Polen, Dr. Adam Rapacki, gerichtet. Diese Fragen lauteten:

1. Halten Sie Ihren Plan noch für so aktuell wie zur Zeit der ersten Bekanntgabe? 2. Sind Sie der Meinung, daß Ihr Plan mit Rücksicht auf eine veränderte strategische Lage in Europa in wesentlichen Punkten abgeändert oder ergänzt werden müßte? 3. Wenn ja — welche Veränderungen würden Sie vorschlagen? 4. In den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik Deutschland wurde in den letzten Monaten der Einwand erhoben, Ihr Plan sei nicht geeignet, die volle Gegenleistung zu gewährleisten. Halten Sie die Besorgnis, daß die Bildung einer Zone mit beschränkter Rüstung für die Staaten der NATO größere Nachteile mit sich bringen würde als für die Staaten des Warschauer Paktes, für begründet? 5. Sehen Sie trotz der erneuten Ablehnung Ihres Planes durch die Regierung der Vereinigten Staaten und die Bundesregierung Ansatzpunkte, die seine Verwirklichung in absehbarer Zeit als möglich oder sogar als wahrscheinlich erscheinen lassen?

Nachstehend veröffentlichen wir die Antwort des polnischen Außenministers, die uns unmittelbar vor Redaktionsschluß erreicht hat. Angesichts der nicht zuletzt von einer neuen Initiative Rapackis und intensiven Bemühungen der Neutralen bestimmten Genfer Verhandlungen über Abrüstung und Disengagement kommt dieser offiziellen polnischen Stellungnahme besondere Bedeutung zu.

D. Red.

Der Minister für auswärtige Angelegenheiten

Warschau, 22. 5. 1962

Sehr geehrter Herr Professor!

Ich bitte Sie noch einmal um Entschuldigung, daß ich Ihren Brief erst heute beantworte. Eine Krankheit, die Reise nach Genf zur Abrüstungskonferenz und andere dringliche Aufgaben gestatteten mir leider nicht, es früher zu tun.

Ich glaube jedoch, daß diese Verzögerung keine nachteiligen Folgen nach sich gezogen hat. In der Zwischenzeit wurde das uns interessierende Problem in so mancher Hinsicht geklärt, was mir erlaubt, mich bei der Beantwortung Ihres Briefes auf neue Tatsachen zu berufen.

So enthält das von der polnischen Delegation dem Genfer 18-Mächte-Ausschuß am 28. März unterbreitete Memorandum eine ausführliche und präzise Antwort auf die ersten drei der in Ihrem Briefe aufgeworfenen Fragen *). Ich kann also gleich zur vierten Frage übergehen.

In den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik wurden gegen unseren Vorschlag für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa zahlreiche Einwendungen erhoben, die des öfteren miteinander in Widerspruch stehen.

Erste Gruppe dieser Einwendungen: die Entwicklung der modernen Mittel zur Beförderung von Kernwaffen auf langen Strecken — interkontinentale Raketen, von U-Booten abgeschossene Raketen — habe zur Folge, daß eine so begrenzte Zone, wie wir sie vorschlagen, einen nuklearen Krieg nicht verhindern könne.

*) Vergleiche Heft 5/62 der Blätter, „Dokumente", S. 394 (D. Red.)

Raketen seien imstande, eine derartige Zone zu überfliegen. Der Plan sei demnach militärisch bedeutungslos, es sei zweifelhaft, ob es sich überhaupt lohne, sich für ihn zu interessieren.

In dieser Richtung bewegten sich im allgemeinen die Bedenken des Präsidenten der USA, denen er auf seiner Pressekonferenz vom 7. März, also kurz vor Beginn der Genfer Abrüstungskonferenz, Ausdruck verlieh.

Zweite Gruppe der Einwände: Durch die Bildung einer atomwaffenfreien Zone würde das allgemeine militärische Gleichgewicht zwischen den zwei Mächtegruppen zuungunsten der NATO gestört werden. Daraus gehe hervor, daß der polnische Plan eine große, ja zu weitgehende militärische Bedeutung habe.

Diese Gedankengänge sind in der Erklärung des amerikanischen Staatsdepartments zu finden, die am 3. April, also schon während der Genfer Abrüstungskonferenz, kaum einen Monat nach der erwähnten Äußerung des Präsidenten der Vereinigten Staaten, veröffentlicht wurde.

Wie Sie sehen, bringt die Regierung der Vereinigten Staaten gegen unseren Plan im Widerspruch zueinander stehende Einwendungen vor und springt von einer Argumentation auf eine diametral entgegengesetzte über.

Ich glaube, daß unser Genfer Memorandum über die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone und Rüstungsbegrenzungen in Mitteleuropa allen jenen eine Antwort erteilt, die um die Aufrechterhaltung des bestehenden Gleichgewichts zwischen den zwei Allianzblöcken besorgt sind.

Wir schlagen vor, eine solche Zone in zwei Stufen zu errichten.

Kurz gesagt: wer bereits innerhalb der Zone Kernwaffen und Vorrichtungen zu ihrem Abschuß oder ihrer Beförderung besitzt, behält sie auf der ersten Stufe. Aber jeder Ausbau dieser Waffen und Vorrichtungen wird unterlassen. Wer keine Kernwaffen oder zu ihrem Einsatz erforderliche Vorrichtungen besitzt, verzichtet auf sie für die Zukunft.

Bedeutet das eine Störung des bestehenden Gleichgewichts? Bestimmt nicht. Es bedeutet, daß man das bestehende Gleichgewicht einfrieren läßt.

Die zweite Stufe nimmt auf die Befürchtungen gewisser Kreise des Westens Rücksicht, die Beseitigung der Kernwaffen in dieser Zone könnte die Streitkräfte der NATO vor eine Übermacht der konventionellen Streitkräfte des Warschauer Paktes stellen.

Wir schlagen vor, uns über eine entsprechende Verminderung der konventionellen Streitkräfte zu verständigen und in der atomwaffenfreien Zone eine Herabsetzung dieser Streitkräfte zugleich mit der völligen Liquidierung der Kernwaffen und der zu ihrem Einsatz erforderlichen Vorrichtungen durchzuführen.

Auf Grund eines derartigen Übereinkommens zwischen den Parteien würde also auch auf der zweiten Stufe die Möglichkeit einer Störung des bestehenden militärischen Gleichgewichts entfallen.

Wenn man trotz allem noch von gewissen nachteiligen Folgen sprechen kann, die sich aus der Errichtung einer atomwaffenfreien Zone für die Wehrhaftigkeit einer Ländergruppe ergeben, so wären von ihnen nur die Länder des Warschauer Pakts betroffen.

Es ist Tatsache, daß die Länder des Warschauer Paktes ihre nuklearen Kampfmittel und bedeutende konventionelle Streitkräfte um etwa 800 km, die NATO-Staaten hingegen nur um etwa 200 km nach rückwärts verlegen müßten. Es ist ferner Tatsache, daß die Sowjetunion dem Rhein näher liegt als die Vereinigten Staaten dem Bug. Es ist auch Tatsache, daß die nuklearen Kampfmittel des Atlantikpakts — ja gerade seine gefährlichsten nuklearen Kampfmittel — weiterhin auf dem Gebiet europäischer NATO-Staaten bleiben würden. Es ist schließlich Tatsache, daß die Sowjetunion, da sie dem Rhein näher liegt als die USA dem

Bug, von gewissen nuklearen Kampfmitteln in höherem Grade gefährdet ist als die USA von gleichartigen nuklearen Kampfmitteln des Warschauer Paktes.

Aus einem Gewirr von Zahlen und anderen Anhaltspunkten ergibt sich folgendes: niemand ist imstande, zu beweisen, daß die atomwaffenfreie Zone den Westen benachteiligen könnte. Es kann dagegen sehr leicht bewiesen werden, daß ein Krieg für beide Teile unheilvoll sein würde. Ebenso kann unschwer bewiesen werden, daß die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa das Risiko des Ausbruchs eines nuklearen Weltkrieges weitgehend verringern würde.

Darauf beruht das Wesen und der Sinn unseres Planes: die Gefahr eines Kriegsausbruches in Mitteleuropa, diesem Raume hochgefährlicher Reibungen und angeschwollener Probleme, soll verringert und dadurch auch die Gefahr des Ausbruchs eines die ganze Welt umfassenden nuklearen Raketenkrieges bedeutend eingeschränkt werden.

Verringern oder bedeutend einschränken heißt natürlich noch nicht jegliche Kriegsgefahr bannen. Dieses Ergebnis kann nur durch eine allgemeine und vollkommene Abrüstung erzielt werden.

Die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa würde zweifellos als ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Entspannung und zur Eindämmung des Rüstungswettlaufs, als ein Experiment einer kontrollierten Abrüstung die allgemeine und vollkommene Abrüstung erleichtern.

Wenn dies der tiefste Sinn unseres Planes ist, erübrigt es sich wohl, sich mit der zweiten Gruppe der Argumente auseinanderzusetzen, die in gewissen Kreisen des Westens geltend gemacht werden: der Plan sei im Kriegsfalle militärisch bedeutungslos.

Um so besser. Es ist also leichter, diesen Plan anzunehmen. Sein Hauptzweck — die Gefahr eines Kriegsausbruches zu verringern — wird durch dieses Argument keinesfalls beeinträchtigt.

Ich möchte jetzt noch die letzte Frage beantworten — ob ich trotz Ablehnung des Planes für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa Ansatzpunkte sehe, die die Verwirklichung dieses Planes in absehbarer Zeit als möglich erscheinen lassen?

Ich sehe solche Möglichkeiten. Ich erblicke sie vor allem in dem bewußten und immer beharrlicheren Streben der Menschen, eine Atomkatastrophe der Welt zu verhüten. Dieses Streben muß ebenfalls die Haltung der Regierungen beeinflussen, was übrigens auch jetzt schon geschieht.

Das Streben nach atomwaffenfreien Zonen, insbesondere nach einer derartigen Zone in Mitteleuropa, ist eines der Elemente des Kampfes gegen den Atomtod.

Darum macht die Idee atomwaffenfreier Zonen andauernd Fortschritte, unabhängig von der Einstellung der Bundesregierung und der Regierung der USA.

Die Bundesrepublik ist der einzige Staat in der von uns vorgeschlagenen Zone, der sich gegen eine Entatomisierung stemmt. Entspricht dieser Standpunkt den Ansichten der gesamten Bevölkerung der Bundesrepublik? Sie, Herr Professor, wissen am besten, daß dies nicht der Fall ist. Auch ich weiß es. Die Mehrzahl der vielen Briefe, die sich zustimmend und ermutigend zu meinen Vorschlägen äußern, kommt mir aus der Bundesrepublik zu.

Ich bin für alle diese Briefe sehr dankbar. Aber ich bin der Ansicht, daß gerade an ihre Autoren und an alle wie sie denkenden Menschen Worte der Ermunterung und Ermutigung gerichtet werden sollten. Denn von ihnen hängt viel mehr ab, als sie glauben.

Der Gedanke atomwaffenfreier Zonen wird in der öffentlichen Meinung der ganzen Welt immer populärer und erfaßt immer mehr einflußreiche Kreise. Die Unterstützung, die ihm zuteil wird, ist heute bedeutend größer und kraftvoller

als vor vier Jahren, größer und kraftvoller als vor zwei Jahren, ja sogar größer und kraftvoller als vor einem Jahr.

In Europa, Asien, Afrika und Amerika ist der Gedanke atomwaffenfreier Zonen eine universale Idee geworden. Das beweisen neue, unserem Vorschlag ähnliche Anregungen in verschiedenen Teilen der Welt. Das beweist ferner die Bejahung dieser bereits universalen Idee durch viele Regierungen in ihren Antworten auf die im Zusammenhang mit einer Initiative des schwedischen Außenministers, Herrn Undén, an sie gerichtete Rundfrage des geschäftsführenden Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Herrn U Thant. Das beweist auch der bisherige Verlauf der Genfer Beratungen des 18-Mächte-Ausschusses. Das beweist schließlich die voreilige Ablehnung unseres Planes durch das Staatsdepartment der USA. Denn sie entsprang der Befürchtung, daß die Idee atomwaffenfreier Zonen weiter an Boden gewinnen könnte.

Hier kommen wir zu einem breiteren Thema: die Idee atomwaffenfreier Zonen wird von jenen Regierungen abgelehnt, die auf die Karte der Atomstrategie und des Atomwettrüstens gesetzt haben. Atomstrategie und Atomwettrüsten sind aber die größten Gefahren für den Frieden und die Menschheit, die die Geschichte bis jetzt gekannt hat.

Kein Rüstungswettlauf war mit einem so großen Kriegsrisiko verbunden wie das Atomwettrüsten. Unabhängig von allen offenen internationalen Problemen, war die Gefahr eines Kriegsausbruches aus Angst, infolge einer Fehleinschätzung oder durch Zufall nie so groß wie heutzutage.

Entweder gelingt es uns, des Atomwettrüstens Herr zu werden, ihm Einhalt zu gebieten und es rückgängig zu machen, oder es wird schließlich eine Katastrophe herbeiführen.

Darum sind wir in Polen für den Abschluß eines Abkommens über die endgültige Einstellung der Kernwaffenversuche, für ein Verbot der Weitergabe von Kernwaffen an solche Länder, die bisher nicht darüber verfügen, für die Errichtung von atomwaffenfreien Zonen in Regionen, in denen der Frieden besonders stark bedroht ist, für die Einleitung einer allgemeinen und vollkommenen Abrüstung durch die Beseitigung der Möglichkeit eines Überraschungsangriffs, das heißt durch die Liquidierung der Militärstützpunkte sowie der Vorrichtungen zum Abschuß und der Träger von Kernwaffen. Ein derartiger Beschluß würde die Kernwaffen „immobilisieren", würde die Vergrößerung ihrer Zahl, ihre Vervollkommnung und schließlich auch ihre Aufbewahrung jeden Sinnes berauben.

Das ist ein Programm, in dem sich die Gedanken von Vertretern verschiedener Nationen zusammenfinden, von Russen und Franzosen, Polen und Iren, Indern und Vertretern Afrikas.

Die Menschheit wird sich immer mehr darüber klar, daß sie Kräfte der Natur in Bewegung gesetzt hat, die über sie hinauswachsen und sich gegen sie wenden. Ich hoffe, daß sie ihrer rechtzeitig Herr werden wird. Das hängt von uns allen und von jedem einzelnen von uns ab.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Dr. Adam Rapacki

Copyright „Blätter für deutsche und internationale Politik".

Dr. Rudolf Hilf

Entspannung in Zentraleuropa

„Die Ohnmacht äußert sich in einem einzigen Satz: Aufrechterhaltung des Status quo."
Karl Marx im Jahre 1853.

„Ich glaube, es gibt vielleicht ein Terrain, auf dem wir beide (Westen und Osten) zu einem Abkommen gelangen können, das die relative Position beider in jenem Teil Europas (Zentraleuropa) achtet ..."
Präsident Kennedy in einem Interview mit dem Herausgeber von Harpers Magazine.

Siebzehn Jahre nach Beendigung des Krieges hat sich sehr vieles in Deutschland verändert, nur eines ist noch, wie es war: die Demarkationslinie zwischen West und Ost, so wie sie als Zufallsergebnis auf Grund der letzten Bewegungen der Armeen und der darauf basierenden provisorischen Vereinbarungen zum Zeitpunkt des deutschen Zusammenbruchs zustande kam. Daß diese Abgrenzung so lange gehalten hat, liegt nicht etwa an irgendeiner immanenten höheren Weisheit (insofern, als diese Teilungslinie tieferen raum- oder traditionsbedingten Aufgliederungen entsprechen würde), nein, ganz und gar nicht, dieser Zufalls-Status-quo ist lediglich Ausdruck der Ohnmacht von West und von Ost, dem zentraleuropäischen Raum und den dort lebenden Völkern eine wirkliche Friedensordnung zu geben, bzw. Zeichen ihres Unvermögens, sich schiedlich und friedlich daraus zu lösen. Sinnfältigster und prägnantester Hinweis auf die Sinnlosigkeit dieser Linie ist die durch eine Mauer geteilte Stadt Berlin.

An dieser Teilungslinie stehen sich nun die beiden einzigen vollsouveränen Mächte dieser Erde — die USA und die UdSSR — gegenüber. Keine von ihnen ist stark genug, das ganze Deutschland in Besitz zu nehmen, und keine ist schwach genug, dem weltpolitischen Gegner sein Deutschland überlassen zu müssen. An eine Einigung im Sinne eines Wiedervereinigungsprozesses ist nicht zu denken, denn nach der heutigen Lage wäre dieses wiedervereinte Deutschland entweder gesellschaftlich westlich oder östlich strukturiert. In beiden Fällen würde das Weltgleichgewicht zwischen West und Ost in nicht mehr wiedergutzumachender Weise umgestoßen. Ganz Europa steht und fällt mit dem Besitz des ganzen Zentraleuropa und mit der Entscheidung über Deutschland, bzw. der Entscheidung des deutschen Volkes selbst. Trotz allem Auf- und Umbruch in Afrika, Asien und Lateinamerika werden immer noch hier die letzten Würfel über den Ausgang des ungeheuren west-östlichen Weltduells geworfen.

Die einzige Gemeinsamkeit zwischen den beiden Weltmächten, die von sich gegenseitig aufhebenden Wertvorstellungen ausgehen und die deshalb, ob sie wollen oder nicht, um die ganze Erde ringen müssen, hat sich durch die waffentechnische Entwicklung ergeben, die weder die Ideologen noch die Staatsmänner vorhergesehen haben, die aber bewirkt, daß der gesamte Polarisierungsprozeß der Aufteilung der Welt in West und Ost und mit ihm das Ringen um die Herrschaft über diese Welt für beide in einer ausweglosen Sackgasse enden muß. Die Gemeinsamkeit, die noch verblieben ist, ist negativer Art und besteht in der Angst vor der Totalvernichtung, die jede der beiden Mächte über die andere und die ganze Welt bringen kann.

Die Versuche, eine Abrüstung zu vereinbaren, sind angesichts der strukturellen Gegensätze der beiden Polarisierungsmächte und des daraus resultierenden Mangels an Vertrauen von vornherein zur Erfolgslosigkeit verdammt. Sie werden

damit faktisch zu nichts anderem als zu propagandistischen Waffen innerhalb des Kampfes der feindlichen Koexistenz.

Abrüstung würde Frieden voraussetzen. Frieden kann nur dort sein, wo Vertrauen besteht. Vertrauen nur dort, wo man an die gleichen Werte glaubt oder den anderen im Streben nach der Wahrheit wenigstens ernst nimmt. Alles das ist heute nicht der Fall. Während man über Abrüstung spricht, geht gleichzeitig in den Labors und Versuchsstationen ein qualitativer Rüstungswettlauf vor sich, der auch beim besten Willen nicht mehr kontrolliert werden kann und der die bisherige prekäre Sicherheit der gegenseitigen Abschreckung durch mögliche technische Durchbrüche ganz und gar illusorisch machen wird.

In Zentraleuropa, wo diese Polarisierung in West und Ost die Lösung des Deutschlandproblems verhindert, sind nun beide Weltmächte gezwungen, mit dem „letzten Risiko" zu drohen, um ihre von einem progressiven Schrumpfungsprozeß bedrohten Stellungen wenigstens aufrechtzuerhalten, wobei die notwendigen Sicherungen der einen Seite jeweils höchste Gefährdung für die andere bedeuten.

Ursache dieser verfahrenen Situation ist eine im Ansatz verfehlte Deutschlandpolitik der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Zuerst gab man sich der Illusion hin, die 70 Millionen Deutschen möglichst für drei Generationen aus der Gemeinschaft der Völker auszuschalten, ihr Industriepotential zu zerstören und den Kirchhofsfrieden durch eine gemeinsame Politik der Niederhaltung zu gewährleisten. Diese negative gemeinsame Deutschlandpolitik zerfiel wenige Monate, nachdem das einzige reale Bindeglied — der gemeinsame Gegner — verschwunden war. Hätte es damals eine nicht vom Haß verblendete, sondern klarblickende und weitsehende Deutschlandpolitik in Washington und in Moskau gegeben, so hätte man die Besatzungszeit von vornherein begrenzt, man hätte Deutschland im entmilitarisierten Zustand belassen und es neutralisiert. Man hätte dieses Deutschland dann schrittweise in die Gemeinschaft der Völker zurückgeführt; und zwar in dem Maße, wie es bereit gewesen wäre, eine Politik des Friedens nach beiden Seiten zu verwirklichen. Aber das hätte natürlich bereits ein Minimum auch an geistiger Übereinstimmung von West und Ost vorausgesetzt, das einfach nicht vorhanden war.

Man hat also das Gegenteil getan, das naheliegend und bequem war und keinerlei geistige Anstrengungen voraussetzte. Ein jeder nahm sich sein Deutschland und baute es zu einer Bastion seiner Weltfront gegen den anderen aus. Eine grundlegende Fehlkalkulation unterlief dabei sowohl West wie Ost:

Der Osten übersah, daß es auf lange Sicht nicht gut gehen konnte, wenn man nur ein Viertel des deutschen Volkes in seinem Machtbereich hat und auf dieser Basis versucht, einen sozialistischen Staat aufzubauen, der dem psychologischen Druck von drei Vierteln des gleichen Volkes ausgesetzt ist. Eine solche Politik hätte nur dann erfolgreich sein können, wenn sich die behauptete „geschichtliche Gesetzmäßigkeit" durch eine alle Deutschen derart anziehende Innenpolitik des Regimes der DDR hätte ausdrücken können, daß sich die westliche Bundesrepublik gegen ihre eigenen Bürger hinter Stacheldraht und Mauern hätte verbarrikadieren müssen. Im anderen Fall aber war es ganz unausweichlich, daß der östliche deutsche Staat einem inneren Aushöhlungsprozeß unterworfen werden würde, der sich weder durch Betonplatten noch durch Vertragsparagraphen unterbinden läßt, weil er sich in den Herzen und Hirnen der einzelnen Menschen abspielt und weil es hier um Dinge geht, gegen die Gewalt und Zwang gerade das Gegenteil bewirkende Mittel sind.

Der Westen war in der glücklichen Lage, die Mehrheit des deutschen Volkes in seinem Machtbereich zu wissen. Er konnte daher leicht und mit durchschlagen-

dem Erfolg mittels seiner Satellitenregierung dem deutschen Volk erzählen, daß die Politik der Westintegration über die Stärke auch zu der gewünschten Wiedervereinigung führen würde. Über zehn Jahre ging das gut. Einmal aber mußte der Zeitpunkt kommen, wo der Osten sich stark genug fühlen und zur Sicherung der eigenen Deutschlandposition auch gezwungen sein würde, entsprechenden Gegendruck einzusetzen und den Westen zu zwingen, Farbe zu bekennen. Die Politik des Westens in der Deutschlandfrage war: Teilung ohne Teilungsvertrag. Auf diese Weise sollte der Wirtschaftswunderbürger nicht merken, wohin die Fahrt in Wirklichkeit ging. In den dreißiger Jahren hat Winston Churchill einmal mit einer gewissen Erbitterung über sein eigenes Volk, das keinen Warnungen mehr zugänglich schien, gesagt: „Dieses Volk kann nicht mehr geistig geführt werden, sondern nur durch Ereignisse." Genau so war und ist es in Deutschland. Es müssen die Ereignisse wie Keulenschläge fallen, bevor man hier merkt, was die Stunde geschlagen hat. Aber man wird es merken, und dann ist der westlichen Deutschlandpolitik in den Augen der Deutschen die Unschuld genommen. Westintegration und Wiedervereinigung schließen einander aus. Wer das eine will, kann das andere nicht gleichzeitig haben wollen, es sei denn, er ist ein politischer Idiot. Unbegrenz lang aber lassen sich Lügen nicht aufrechterhalten, und man kann nicht auf der Selbsttäuschung eine stabile Politik errichten.

Heute stehen wir auf Grund der enormen Staatskunst unserer Politiker vor der Wahl, entweder offen auf die Wiedervereinigungsfiktion zu verzichten und die Teilung anzuerkennen, oder an dem Punkt kämpfen zu müssen, wo wir am schwächsten sind: am Zugang zur Westberliner Insel.

Damit werden wieder zwölf Jahre deutscher Politik zu Ende gehen, und es wird eine neue Partie um Deutschland beginnen, mit neuen Ausgangspositionen, neuen Zielen und bald auch mit neuen Spielern.

Entspannungskonzepte

Wenn West und Ost nicht die ganze zentraleuropäische „Mitte" haben konnten und nach der machtpolitischen Lage auch nie mehr haben können, ohne atomaren Selbstmord zu riskieren, so gab und gibt es eine Alternative: die Mitte sich selbst zu überlassen, unter der Voraussetzung, daß sie sich weigert, das Gleichgewicht zugunsten der einen oder anderen Weltfront zu verschieben, und ihre raison d'être als Brücke des Friedens begreift. Anscheinend gibt es, wenn man es so nennen will, einen Haushalt der Geschichte, der völlig durcheinanderkommt, wenn ein notwendiger Posten, wie Zentraleuropa, darin annulliert wird. Irgendwie liegt diese Erkenntnis, ob deutlich bewußt oder nicht, am Grunde aller Entspannungskonzepte, und wir möchten zu sagen wagen: selbst dann, wenn ganz andere Motive augenscheinlich Pate gestanden haben.

Entspannung bedeutet (da ein echter Frieden zwischen West und Ost nicht möglich erscheint) im Kern ein Auseinanderrücken der Fronten, um vorhandene Konfliktssituationen zu begrenzen und um das „letzte Risiko", das beide fürchten, zu vermeiden.

Einer der ersten Verfechter einer solchen Alternativpolitik war bereits kurz nach Kriegsende der amerikanische Publizist und Bankier James P. Warburg, der während des Krieges hohe Regierungsämter bekleidete. Er versuchte 1946, den damaligen amerikanischen Staatssekretär Byrnes vor dessen Stuttgarter Rede, die den Kurswechsel der amerikanischen Deutschlandpolitik einleitete, in diesem Sinne zu beeinflussen und die amerikanische Regierung zu veranlassen, Moskau das Angebot einer gemeinsamen Deutschlandpolitik zu machen. Seine Lösung war:

„Eine Neutralisierung Deutschlands durch ein Viermächte-Abkommen mit deutschem Einverständnis, die zeitlich zusammenfällt mit einem Zeitraum der Demilitarisierung, die von den Vereinten Nationen durchgesetzt wird." (Aus dem Vorschlag, der der amerikanischen Regierung in einer detaillierten Planung im Dezember 1952 überreicht wurde.)

Ähnliche Gedankengänge äußerte auch George F. Kennan, der heute Botschafter der USA in Belgrad ist und der in den Monaten November und Dezember 1957 in einer Reihe von Vorträgen, die über den britischen Rundfunk der Weltöffentlichkeit bekannt gemacht wurden, für eine atomwaffenfreie Zone in Zentraleuropa, den graduellen Abzug der alliierten und sowjetischen Truppen aus diesem Raum, die Neutralisierung Deutschlands und einen west-östlichen Sicherheitspakt zur Stabilisierung der Verhältnisse in Mitteleuropa eintrat.

Speziell die britische Politik, die sich selbst gerne als Zünglein an der Waage zwischen West und Ost gesehen hätte, um auf diese Weise Weltmacht zu bleiben, versuchte immer wieder, für einen Ausgleich auf der Basis einer sukzessiven Verdünnung der Fronten in Zentraleuropa vorzustoßen. So hat zum Beispiel Sir Anthony Eden als britischer Premier im Juli 1955 (dem Jahr der Neutralisierung Österreichs) der Viermächte-Konferenz in Genf folgenden Plan unterbreitet:

„Die Delegation des Vereinigten Königreichs schlägt vor, daß als Mittel zur Vermehrung des gegenseitigen Vertrauens in Europa die Schaffung eines Systems einer gemeinsamen Inspektion der Streitkräfte erwogen werden sollte, die sich jetzt in Europa gegenüberstehen. In zu spezifizierenden Gebieten von vereinbartem Ausmaß auf jeder Seite der Linie, die jetzt Ost- und Westeuropa teilt, würden im gegenseitigen Einverständnis gemeinsame Inspektions-Teams wirken. Dieses Projekt würde — in beschränktem Ausmaße — Gelegenheit für die praktische Erprobung einer internationalen Inspektion von vorhandenen Streitkräften bieten und würde auch wertvolle Erfahrungen und Lehren für die künftige Anwendung in einem weiterreichenden Ausmaß ermöglichen. Die Bereitschaft der vier Regierungen, eine solche Inspektion zu akzeptieren, würde darüber hinaus ihre Entschlossenheit demonstrieren, die internationale Spannung in Europa zu vermindern."

In der Konferenz-Direktive wird dann davon gesprochen, daß

„die Außenminister angewiesen sind, in dieser Richtung verschiedene Vorschläge zu prüfen, einschließlich der folgenden Punkte: Sicherheitspakt für das gesamte Europa oder einen Teil Europas ... Errichtung einer Zone zwischen Ost und West, in der nur eine gegenseitig zu vereinbarende Anzahl Streitkräfte stehen darf ..."

Die weitere Verfolgung dieses Planes jedoch fiel einer bundesdeutschen Intervention in London zum Opfer. Der heutige deutsche Botschafter in Washington, damals Leiter der politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Professor Grewe, schrieb dazu im regierungsamtlichen „Bulletin":

„Es ist richtig, daß die Bundesregierung dem Eden-Vorschlag ablehnend gegenüberstand. Das zur britischen Regierung bestehende Vertrauensverhältnis gestattete es ihr ... die britische Regierung um Zurückstellung dieses Vorschlages zu bitten..."

Am 5. März 1959 wagte Macmillan in dieser Frage einen neuen Alleingang. Zusammen mit Chrustschow erklärte er in einem Kommuniqué:

„In diesem Zusammenhang waren sie (die beiden Ministerpräsidenten) sich einig, daß es nützlich sein könnte, auch die Möglichkeiten zur Erhöhung der Sicherheit zu prüfen, und zwar durch irgendwelche Methoden der Begrenzung sowohl der mit klassischen wie auch mit nuklearen Waffen ausgerüsteten Streitkräfte in einem bestimmten Gebiet Europas, parallel mit der Errichtung eines geeigneten Inspektionssystems."

Diese offiziellen britischen Initiativen sprachen nur sehr vorsichtig das Problem einer Verdünnung der Streitkräfte in einem bestimmten Gebiet und das einer Inspektionszone an. Vorstöße einzelner Politiker ohne Regierungsverantwortung gingen bedeutend weiter: So schlug Gaitskell im Januar 1957 einen europäischen

Sicherheitspakt vor, der den stufenweisen Abzug aller ausländischen Truppen aus einer das wiedervereinigte Deutschland, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn und evtl. Rumänien umfassenden Zone vorsah. Ähnlich äußerte sich neun Monate später der Außenminister Irlands, F. Aiken, vor den UN. Im Februar 1958 forderte der britische Luftmarschall Sir John Slessor den Abzug der britischen, amerikanischen und sowjetischen Truppen aus Mitteleuropa und die Schaffung einer atomwaffenfreien und bündnisfreien Zone, bestehend aus Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei. Dem Marschall folgten die Labour-Party und die britischen Gewerkschaften ein Vierteljahr später mit dem gleichen Vorschlag in einer gemeinsamen Erklärung.

Aber auch amerikanische Politiker, so die Senatoren Humphrey und Mansfield, sprachen sich Anfang 1959 für einen stufenweisen Truppenabzug aus Zentraleuropa, für Rüstungsbeschränkungen und eine atomwaffenfreie Zone aus.

Das alles hätte nur akademischen Wert gehabt, wenn der Osten von vornherein entschlossen gewesen wäre, keinerlei Auseinanderrücken in Zentraleuropa zuzulassen. Das war und ist aber nicht der Fall. So hatte die Sowjetunion in einer Note vom 17. 11. 1956 einen Nichtangriffspakt zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt sowie eine 800 km breite Zone beiderseits der Demarkationslinie vorgeschlagen, in der alle ausländischen Stützpunkte innerhalb von zwei Jahren aufgegeben und eine stufenweise kontrollierte Abrüstung, ausgehend von einer kernwaffenfreien Zone, durchgeführt werden sollte.

Am 14. Februar 1957 verdeutlichte dann die polnische Regierung ihren dem Außenminister Rapacki zugeschriebenen Plan. Danach sollten Polen, die Tschechoslowakei und die zwei deutschen Staaten sich verpflichten, auf ihrem Territorium Kernwaffen weder herzustellen noch zu lagern und keine Vorrichtungen zur Bedienung solcher Waffen anzulegen. Weiter sollten die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich dafür Sorge tragen, daß ihre in den Staaten der vorgesehenen Zone stationierten Truppen nicht mit Kernwaffen ausgerüstet und den Regierungen dieser Staaten keine solchen Waffen überlassen werden. Die Atommächte sollten gleichzeitig erklären, keine Atomwaffen gegen diese atomfreie Zone einzusetzen.

Auf Grund verschiedener Einwände aus dem Westen wurde dieser Rapackiplan im November 1958 in einer neuen modifizierten Form vorgelegt, wonach in der ersten Stufe die vorhandene atomare Rüstung „eingefroren" werden sollte, während erst die zweite Stufe die völlige „Entatomisierung" zusammen mit einer Verminderung und Ausbalancierung der konventionellen Rüstung in Zentraleuropa umfassen sollte. Die entsprechenden internationalen Kontrollen waren vorgesehen.

Es fällt auf, daß zwei Staaten durch Abwesenheit glänzen: Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland. Weder aus Paris noch aus Bonn kam bisher auch nur ein offizieller Vorschlag zur Entspannung in Mitteleuropa, wohl aber scharfe Kritik an allen Versuchen, aus dieser immer gefährlicher werdenden Sackgasse herauszukommen. Was Frankreich angeht, so braucht man sich darüber nicht allzu sehr zu wundern. Nicht nur, daß der siebenjährige Krieg in Algerien und die damit zusammenhängenden innenpolitischen Probleme Frankreichs Aktivität in Europa einschränkten (es mag sich dann Verschiedenes ändern, wenn de Gaulle sich stark genug glaubt, nun die Entspannungspolitik zwischen West und Ost in die eigenen Hände zu nehmen), sondern weit wesentlicher war, daß Frankreich erkennen mußte, daß es zwischen den Riesen in Washington und Moskau und dem mit Vorsprung um einen besonderen Platz an der Sonne der Macht kämpfenden Briten nur dann eine Chance hat, eine seiner Geschichte entsprechende

Rolle in der Weltpolitik zu spielen, wenn es als Sprecher des ganzen kontinentalen Westeuropa mit afrikanischem assoziertem Hinterland auftreten kann. Ohne eine möglichst unauflösliche Bindung der Bundesrepublik an die französische Politik ist das nicht zu machen. Logisch mußte man in Paris fürchten, daß ein jedes Disengagement in Zentraleuropa dahin tendiert, der deutschen Politik ihre eigene traditionelle Basis einer „Mitte" zwischen West und Ost zurückzugeben und damit Frankreich auf seine schmale Grundlage im eigentlichen Westeuropa zu verweisen (die für eine weltpolitische Rolle natürlich nicht mehr ausreicht). So wird Frankreich zum in Deutschland viel bewunderten „Kämpfer" für die deutsche Wiedervereinigung und „Einheit in Freiheit", weil es weiß, daß allein maximale Zugeständnisse in der deutschen Frage vom Osten zu verlangen, das beste Mittel ist, alles beim Status quo der Teilung zu belassen und die Deutschen gleichzeitig dabei zu beruhigen und ihre Enttäuschung nur gegen den Osten abzulenken.

Wie gesagt, vom französischen Interesse her ist dies durchaus verständlich und trägt Sinn und Logik in sich. Etwas schwerer zu begreifen ist allerdings die gleiche Einstellung der bundesdeutschen Politik zu dieser Frage. Sie muß wissen, daß ohne eine Entspannung in Zentraleuropa nicht die geringsten Aussichten bestehen, jemals das deutsche Problem im Sinne einer Vereinigung unseres Volkes zu lösen — von den Problemen der Menschen, die man 1945 einfach über die Grenze gejagt hat, ganz abgesehen. Noch schwerer zu verstehen aber ist die deutsche Wählermasse, die sich in dieser Frage eine Wahlperiode nach der anderen ein X für ein U hat vormachen lassen. Wahrlich, das Bündnis von Heuchelei, Feigheit und Dummheit war unerhört wirksam. Die konservative britische Daily Mail sagt dazu:

> „Zwölf Jahre lang verfolgte Adenauer eine Außenpolitik der engen Verbundenheit mit dem Westen und der Integration in ein vereintes Europa. Das war keine geringe Leistung für eine Nation, die immer in beide Richtungen geblickt hat und zu der zwölf Millionen Flüchtlinge aus dem Osten gehören, die ihre Heimat nicht wiedersehen werden, solange Deutschland mit dem Westen verbunden bleibt."

Warum versagt sich die Bundesrepublik jeder Entspannungsinitiative?

Diese Frage findet eine Beantwortung, wenn man versucht, die unmittelbaren Folgen einer Entspannung in Zentraleuropa für die Bonner Politik festzustellen.

Entspannung in Zentraleuropa heißt:

a) daß man von den vorhandenen macht- und staatspolitischen sowie ideologischen Gegebenheiten und ihren Abgrenzungen ausgehen muß;

b) daß man eine verminderte Bewaffnung für einen umgrenzten Raum akzeptieren muß;

c) daß die Bündnisse, die heute diesen Raum teilen, gelockert und schließlich an dieser Stelle aufgehoben und durch einen neuen zentraleuropäischen Sicherheitspakt ersetzt werden würden.

Es ist leicht zu sehen, daß alle drei Folgen die Politik des westdeutschen Teilstaates ihres Fundamentes berauben, denn

der erste Punkt führt zur Anerkennung des östlichen deutschen Staates und entschärft das Grenzproblem gegenüber Polen und der CSSR,

der zweite löst die erste Klammer des Bündnisses und kehrt den militärischen Integrationsprozeß um,

der dritte stößt die Deutschen zurück in ihre geschichtliche Mittelposition, der sie eben mit der Schaffung des westdeutschen Staates und seiner Integration in eine westeuropäische und atlantische Gemeinschaft glaubten entkommen zu sein

(Adenauers Stoßseufzer: „Mein Gott, was soll aus Deutschland werden!" bezieht sich darauf).

Wenn nun die Illusionen, auf denen dieser Staat (der eigentlich nur ein provisorisches Wirtschaftskonglomerat ist) gebaut war, in sich zusammenstürzen, so bedeutet das, daß wir nach einigen, deshalb durchaus ihren Sinn in sich tragenden, Umwegen wieder an den Ausgangspunkt Null unseres Zusammenbruches zurückgeführt werden (nicht materiell, sondern geistig-politisch). Es bedeutet weiter, daß wir der Geschichte noch nicht die richtige Antwort gegeben, vielleicht nicht einmal die Frage, die an uns gestellt wurde, richtig begriffen haben, und es bedeutet schließlich, daß wir in einer zutiefst unbefriedigenden Lage so lange werden verharren müssen, bis wir diese Antwort gefunden und uns zu ihr bekannt haben.

Worin bestanden die falschen Antworten?

Erstens, daß wir uns der Vorbereitung des Krieges statt dem Frieden zur Verfügung stellten, daß wir uns willig in eine Weltfront einreihen ließen, anstatt — und sei es auch nur wegen unserer Landsleute drüben auf der anderen Seite — alles zu versuchen, diese Front zu überwinden oder wenigstens für den zentraleuropäischen Raum zu entschärfen.

Zweitens, daß wir nicht einsehen wollten und wollen, daß 1945 nicht nur das Reich Adolf Hitlers, sondern ein ganzes Jahrhundert, das des deutschen Nationalstaates, zusammengebrochen war und daß wir also versuchten und versuchen, diesen deutschen Nationalstaat, zumindest in der politischen Zielsetzung, zu restaurieren. Der Weg dahin ist aber nicht nur durch die west-östliche Machtlage unaufhebbar verschlossen, er ist auch — wie alles bloß restaurative — falsch. Die deutsche Aufgabe ist, in einer Welt, die auf die Katastrophe zusteuert, nicht sich als Nation da oder dort anzuschließen, auch nicht sich gesamtdeutsch-neutralistisch aus den Händeln dieser Welt zurückzuziehen (das ist eine lächerliche Illusion), sondern auf dem Wege einer übernationalen zentraleuropäischen Gemeinschaft und der Überbrückung der Feindschaften in diesem Raum allgemein der Entspannung, dem Ausgleich, dem Aufbau von Vertrauen und damit dem echten Frieden zwischen West und Ost zu dienen. Die Aufgabe, die hier vor uns liegt, ist ungeheuer, sie ist ein Sprung ins Dunkel und sie wird in anderer Weise, als die Atomstrategen meinen, das letzte Risiko von uns fordern. Hier wächst uns Sinn zu. Diese Aufgabe wird aber auch verlangen, daß wir auf den zentralistischen deutschen Nationalstaat verzichten, und zwar nicht nur zeitweilig und aus taktischen Gründen, sondern ganz und aus einer unsere tiefsten geschichtlichen Wurzeln berührenden Entscheidung heraus. Das ist es, was erst im Tun verstanden werden wird. Eine zentraleuropäische Gemeinschaft mit Polen, Tschechen, Slowaken, Österreichern und Ungarn ist nur dann möglich, wenn das deutsche Volk sich in echter Weise föderativ in seine natürlichen landschaftlichen, stammlichen und wirtschaftlichen Räume aufgliedert und wenn also im Endergebnis beide deutsche Staaten zugunsten dieser Aufgliederung, die nicht in einen deutschen, sondern einen übernationalen zentraleuropäischen Bund mündet, verschwinden. Das ist auch der Weg zur Wiedervereinigung, die als Wiedervereinigung der Menschen des die gleiche Sprache sprechenden Volkes und der offenen Grenzen in Mitteleuropa möglich sein wird, nicht aber durch die Restaurierung eines zentralistischen deutschen Nationalstaates.

Drittens, daß wir die Probleme gegenüber unseren zentraleuropäischen Nachbarn Polen und der Tschechoslowakei falsch angepackt haben. Wir haben sie als Grenzprobleme zwischen diesen Staaten und dem imaginären gesamtdeutschen Nationalstaat behandelt und tun das auch heute noch. Auch hier sind wir restaurativ vorgegangen. Die Betrogenen sind die Millionen Vertriebenen, deren Hoff-

nungen und verletztes Rechtsbewußtsein benützt wurden, um sie in eine Frontpolitik einzuspannen. Vorweg: um Grenzen geht es nicht. Sie sind sekundärer Natur, wenn es gelingt, das Gemeinsame lebendig zu machen, die gemeinsame Aufgabe der Gegenwart zu finden. Es kann zwar keinen Frieden geben ohne den Willen zur Gerechtigkeit jedem einzelnen gegenüber, aber dieser Wille zur Gerechtigkeit kann nicht dort entstehen, wo man nicht aufhören will, sich gegenseitig vieles vorzuwerfen, sondern nur da, wo man bereit ist, sich gegenseitig vieles zu vergeben.

Letzten Endes wird gerade von den Deutschen eine die Geschichte verändernde Umkehr gefordert, die wir weder 1945 noch später vollzogen haben und die nicht davon abhängig ist, ob dieser oder jener in West oder Ost darin eine Gefahr oder eine Chance für seine Pläne sehen mag. Wir müssen tun, was wir für richtig halten, nach unserem Gewissen handeln und nach nichts sonst. Wir werden dadurch einen neuen Prozeß in Bewegung setzen, der notwendig ist, d. h. wörtlich die Not wendend.

Der Zwang zur Entscheidung

„Nicht bevor die breite, glatte Autobahn endet und die Deutschen ins unvermessene offene Gelände rollen, wo die Fahrt rauh und holperig sein wird, werden wir eine Antwort haben." So schließt der ehemalige amerikanische Diplomat Charles W. Thayer sein Buch „The Unquiet Germans" und seine Frage nach dem künftigen politischen Kurs des deutschen Volkes.

Es sieht so aus, als ob wir uns nun diesem Punkt rasch nähern werden. Entscheidungen kommen auf die Deutschen zu, denen nicht mehr wie bisher ausgewichen werden kann.

Seit geraumer Zeit befinden wir uns bereits mitten in einer Deutschlandverhandlung zwischen West und Ost, die nicht so enden wird wie alle bisherigen Konferenzen, Es werden die täuschenden Fassaden fallen und die Alternativen werden unverhüllt und klar vor unserem Volke stehen. An ihm wird es dann liegen, zu entscheiden, denn weder West noch Ost können allein, ohne und gegen die Deutschen, aus ihrer zentraleuropäischen Sackgasse heraus.

Der Osten ist diesmal entschlossen, den Westen vor die Wahl zu stellen: entweder um den Zugang zur Westberliner Insel zu kämpfen und nach den örtlichen Kräfteverhältnissen eine Weltblamage einzustecken, oder auf seine optimale Lösung in der Deutschlandfrage — Teilungspolitik ohne Teilungsvertrag — zu verzichten. Der Osten hofft, auf diese Weise das zerbröckelnde Fundament seines deutschen Staates wieder zu festigen.

Der Westen weiß, daß eine de jure-Anerkennung des Status quo — der deutschen Teilung, der Berliner Mauer, der Ostgrenzen — seiner Politik in Deutschland tödlich werden und die bundesdeutsche Integrationspolitik im Kern treffen kann. Aber was soll er tun? Daß er die Welt wegen des Zugangs nach Westberlin ins atomare Chaos stürzen wird, nimmt ihm niemand ab. Der Osten hat es außerdem in der Hand, die Maßnahmen so zu dosieren, daß es dem Westen überlassen bleibt, jeweils den ersten Schuß, und zwar aus der schwächeren Position heraus, zu tun.

Es rächt sich nun, daß man anderthalb Jahrzehnte glaubte, auf eine mit dem Osten ausgehandelte Regelung des Deutschlandproblems verzichten und sich auf dem Status quo beruhigt schlafen legen können. Es rächt sich auch, daß man den Deutschen vorlog, das Ziel der westlichen Politik sei die Wiedervereinigung Deutschlands.

Wenn man nicht bereit ist, in eine Krise von unabsehbarem Ausmaß zu gehen, wird man bereit sein müssen, die machtpolitischen Abgrenzungen in Zentral-

europa und innerhalb Deutschlands — so sinnlos sie in sich selbst sein mögen — zu legalisieren, d. h. zu vertraglichen Grenzen zwischen Ost und West zu machen.

Für die Deutschen bricht eine Welt zusammen. Es ist zwar vorauszusehen, daß man rasch versuchen wird, sich erneut einzunebeln und zu betrügen, aber die Frage ist, ob dann diese Lügen und diese Selbsttäuschung noch lange beim Volk verfangen. Die Beruhigungspille wurde schon im letzten Herbst von der Times angedeutet, die schrieb:

> „Washington wird jedoch versuchen, in allen künftigen Verhandlungen eine Formel zu entwickeln, die besagt, daß die Wiedervereinigung ein langfristiges Ziel der amerikanischen Außenpolitik trotz allen Interimsabkommen bleibt, die vielleicht abgeschlossen werden müssen."

Und der Le Monde fügt aus dem gleichen Anlaß hinzu:

> „Die deutsch-amerikanische Vertrauenskrise hat einen kritischen Punkt erreicht", aber „... eine feindselige Reaktion der Deutschen sei nicht zu fürchten, da sie keinen anderen Weg als den mit dem Westen gehen könnten."

Stimmt das? Gibt es wirklich keine Alternative? Keine, die für das deutsche Volk so anziehend ist, daß eine neue politische Bewußtseinsbildung und damit echte Kursänderung möglich wäre?

Der Osten hat durch den Mund des polnischen Außenministers auf der in Genf tagenden Abrüstungskonferenz erneut den Plan der Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Zentraleuropa aufgeworfen. Der Außenminister des östlichen deutschen Staates, Lothar Bolz, hat diesen Plan ebenso wie die CSSR unterstützt und die Bereitschaft seiner Regierung erklärt, dementsprechende Verpflichtungen zu übernehmen. Aber auch die Neutralen haben sich in dieser Richtung zu Wort gemeldet. Die schwedische Regierung antwortete auf eine diesbezügliche Umfrage des Generalsekretärs der Vereinten Nationen:

> „Die schwedische Regierung ist der Meinung, daß es einen bedeutenden Beitrag zur Milderung der Spannungen bedeuten würde, wenn internationale Abkommen über eine ausgewogene und schrittweise Abrüstung in bezug auf Kernwaffen als Teil der Bemühungen zur Erreichung einer allgemeinen Abrüstung unter der notwendigen Kontrolle abgeschlossen werden könnten ... Ein solcher Schritt wäre die Schaffung von kernwaffenfreien Zonen dadurch, daß die betroffenen Länder entsprechende Verpflichtungen übernehmen und Abkommen untereinander abschließen. Solche Zonen könnten als Beitrag zu einer politischen Entspannung von großer Bedeutung sein, vor allem, wenn es sich um weite benachbarte Gebiete handelt und Mächte einbegreift, die über starke Militärkräfte verfügen, aber selbst keine Kernwaffen besitzen. Selbstverständlich müssen Abkommen über kernwaffenfreie Zonen ... so konstruiert sein, daß sie keinem Staat oder keiner Staatengruppe einen einseitigen militärischen Vorteil bieten und daß die militärische Balance dadurch erhalten bleibt ... Was die schwedische Haltung angeht ... möchte die schwedische Regierung ihre Bereitschaft ausdrücken, Schweden ... zum Teil einer kernwaffenfreien Zone von größtmöglicher Ausdehnung in Europa zu machen, die Staaten in Zentral- und Nordeuropa umfaßt, welche keine eigenen Kernwaffen besitzen ..."

In der Bundesrepublik hat man allerdings nichts Eiligeres zu tun gehabt, als diese schwedische Initiative als „stark umstritten und unrealistisch" hinzustellen; so hat die dem Bundestagspräsidenten nahestehende Zeitung „Christ und Welt" den für den Plan verantwortlichen Außenminister Östen Undén als einen 75jährigen Greis bezeichnet, der noch in seinen alten Tagen den Ehrgeiz habe, eine Art „Nehru des Nordens" zu werden, und im übrigen pensionsreif sei.

Pensionsreif ist aber längst ein anderer, der nicht so weit weg wohnt, und was in Wirklichkeit unrealistisch ist, das ist die bundesdeutsche Verteidigungspolitik. Sie hält an einer Abschreckungstheorie fest, die nicht mehr funktionieren kann,

seit die USA in den Bereich der möglichen Vernichtung einbezogen wurden und nach amerikanischen Berechnungen darauf gefaßt sein müssen, beim ersten Schlag 60—96% ihrer Bevölkerung zu verlieren. Was immer darüber theoretisiert und verkündet werden mag, beide — die USA und die Sowjetunion — werden nur dann den großen Schlag gegeneinander auslösen, wenn sie glauben, vor einem unmittelbaren Angriff auf ihr eigenes Kernland zu stehen.

Wie soll die Bundesrepublik verteidigt werden, wenn also die Abschreckung mißlingt. Deshalb der Schrei nach der NATO als vierter Atommacht — was nichts anderes bedeutet, als daß man nach einem atomaren Automatismus strebt, der territorial begrenzt auch dann funktionieren soll, wenn es nicht gleichzeitig zu dem großen Schlagaustausch zwischen Washington und Moskau kommt. Man hat nun die Forderung aus politischen Gründen etwas abgemildert, nachdem man einsehen mußte, daß das westdeutsche Drängen nach Atomwaffen ganz erheblich die Bereitschaft für das Gegenteil erhöht hat. Man spricht nun von der „atomaren Partnerschaft", und Strauß hat hier drei Punkte aufgestellt über Information, Mitspracherecht und Garantie. Niemand wird an dem Bedürfnis nach Information darüber, was eigentlich auf unserem Staatsgebiet stationiert ist (wir sind heute das Hauptlager der amerikanischen Atomwaffen in Europa, nachdem Frankreich jede Lagerung untersagt hat), etwas auszusetzen haben. Auch das Mitspracherecht ist, zumal von der Verweigerung eines Einsatzes her, durchaus vertretbar. Kern aber der neuen Vorschläge ist das Verlangen nach Garantie „dafür, daß die in Europa stationierten Kernwaffen nicht gegen den Willen der betreffenden Länder abgezogen werden". Die Atomwaffen müssen in Reichweite bleiben, sonst fühlt sich dieses Staatsgebilde, das ein Amerikaner einmal mit der Verwaltung eines Grundstückes verglichen hat, nicht sicher. Angeblich wäre es das einzige Mittel, den Krieg zu verhindern. Entspannung, atomwaffenfreie Zone, Abrücken der westlichen und östlichen Atommächte aus dem ganzen Zentraleuropa, zentraleuropäischer Sicherheitspakt, internationale Kontrollen, Verlegung der UN nach Zentraleuropa, eine deutsche Friedenspolitik des Ausgleichs mit West und mit Ost: Gott bewahre, das alles verhindert natürlich den Krieg nicht. Nach der Meinung unserer Regierung gibt es nur ein Mittel: die Stationierung von Atomraketen in Zentraleuropa und die Bildung einer regionalen Abschreckungsmacht, wenn schon die Bundeswehr nicht direkt mit Atomwaffen ausgerüstet werden kann.

Worauf wir damit zusteuern, ist der territorial begrenzte Atomkrieg in Zentraleuropa, wie ihn auch der Vater der amerikanischen Wasserstoffbombe, Edward Teller, in seinem neuen Buch „Legacy of Hiroshima" empfiehlt. Für die Amerikaner und Sowjets mag das ein Mittel sein — für die Mitteleuropäer, gleich welcher Sprache und Weltanschauung, wäre es das Ende.

Der territorial begrenzte Atomkrieg, bei dem weder West noch Ost ihre Kernländer riskieren, ist nicht nur möglich, er ist wahrscheinlich, wenn die Mitte Europas diesseits und jenseits der ideologischen und machtpolitischen Trennungslinie sich nicht aufrafft, ehrlich miteinander Frieden zu machen. Dieser Frieden kann und wird nicht in einem einzigen Vertragsakt hergestellt werden. Die Kluft ist hierfür zu tief. Er sollte aber nicht unmöglich sein, wenn wir ihn mit unserem ganzen Sein wollen und bereit sind, dafür jedes Opfer, sofern es nicht der Wahrheit und Gerechtigkeit widerspricht, auf uns zu nehmen.

Die erste Stimme in Zentraleuropa, die die Richtung einer neuen und eigenständigen Friedenspolitik aufzeigte, war die Polens. Unterschätzen wir den Vorschlag des polnischen Außenministers nicht! Jede Entspannung kann heute nur dort beginnen, wo die letzte Gemeinsamkeit zwischen West und Ost existiert: beim Wunsche, die Kernwaffen zumindest für Dritte zu beschränken oder auszu-

schließen. Mag darin auch hegemoniales Streben verborgen sein, für uns ist es eine Chance.

Es ist ein heilsamer Prozeß, der nun auf internationaler Ebene in Gang kommt. Dem deutschen Volk werden die Illusionen zerschlagen und es wird zu Entscheidungen gezwungen werden. Es kommt das

Ende der Zweideutigkeiten

Wir alle werden wählen müssen: Entweder Fortsetzung der westlichen Integrationspolitik militärischer Art, dann aber ohne die geringste Hoffnung, daß das in Zukunft noch jemals etwas mit der Wiedervereinigung, Gerechtigkeit für die Vertriebenen u. dgl. zu tun hat. Die Verteidigungspolitik, wie sie uns heute präsentiert und zur Verhinderung des Krieges angepriesen wird, trägt das Risiko eines begrenzten Atomkrieges in sich und damit der Totalvernichtung unseres Landes und Volkes. Auch das wird klar werden. — Oder aber das Wagnis einer zentraleuropäischen Entspannung und Zusammenarbeit über alle Schranken hinweg. Es erfordert von uns eine grundlegend neue Einstellung zu West und zu Ost, nicht im Sinne einer Parteinahme, schon gar nicht in dem einer Feindschaft nach dieser oder jener Seite, nicht das Wechseln der Fronten, sondern einen bis auf den Grund unserer Existenz hinabreichenden Willen, unser und das Schicksal unseres Volkes an den wirklichen Frieden zu wagen, so sehr heute auch mit diesem Wort gelogen werden mag.

Wir sollten nicht wie gebannt auf die nationalstaatliche Wiedervereinigung und auf die beiden deutschen Teilstaaten starren, die noch heute glauben, alles zu sein, und morgen vielleicht schon gar nicht mehr existieren werden. Um einmal die dialektische Terminologie auf Zentraleuropa und seine Ausweglosigkeit anzuwenden: „quantitative" Aufstauungen werden den „qualitativen" Sprung vorbereiten. Die Ohnmacht ist dort, wo man an den Status quo glaubt und die Zeit stillstehen lassen will. Wir aber sind guten Mutes.

In seinem ausgezeichneten Buch „Mut zu einer neuen Politik" sagt Hermann Rauschning:

> „Wir stehen am Beginn, nicht am Ende neuer Umwälzungen, deren Tragweite niemand abzuschätzen imstande ist. Wir stehen in der Dämmerung eines neuen Morgens, in dem alle Umrisse ungewiß sind. Das ist die Lage, in der sich die Deutschen als Volk vorfinden, in dem schärfer noch als bei anderen alles fragwürdig und vorläufig bleibt und dessen Schicksal im Werden nichts abträglicher wäre, als die gegenwärtigen Regelungen und Ordnungsversuche als endgültig zu betrachten."

Hans W. Goldschmidt

Genfer Zwischenbilanz

Dokumente zur Konferenz des Abrüstungsausschusses

Seit dem 14. März verhandeln in Genf die Vertreter von 17 Staaten auf einer „Achtzehn-Mächte-Konferenz" mit dem Auftrag der UN-Vollversammlung, ein „Abkommen über allgemeine und vollständige Abrüstung bei wirksamer internationaler Kontrolle" (Entschließung vom 20. 12. 1961) auszuarbeiten. Fristgerecht

haben die beiden Co-Präsidenten der Konferenz Dean (USA) und Sorin (UdSSR) ihren zum 1. Juni fälligen Zwischenbericht „über die erzielten Fortschritte" nach New York übermittelt, wenig später beschlossen die Delegationen auf Vorschlag der acht Neutralen, vom 15. Juni bis zum 16. Juli eine Pause einzulegen. Drei Monate diplomatischer Tätigkeit in Vollkonferenz, einer Hauptkommission und Unterausschüssen lagen zwischen diesen Daten.

Die Direktiven der Vollversammlung

Die Vorbereitungen für die Genfer Konferenz begannen recht vielversprechend im Herbst des letzten Jahres. Unter direkter Aufsicht ihrer Regierungschefs arbeiteten amerikanische und sowjetische Sonderbeauftragte gemeinsame Richtlinien (Wortlaut in „Blätter" Heft 10/1962) aus, „die in Zukunft bei den Abrüstungsverhandlungen angewendet werden" sollten. Das angestrebte Abkommen — so hieß es — soll garantieren, „daß die Abrüstung allgemein und vollständig und daß der Krieg kein Mittel mehr für die Lösung internationaler Probleme ist". Für das Verfahren galt die folgende Bestimmung: „Das Abrüstungsprogramm sollte nach einem gemeinsam vereinbarten Plan etappenweise in Kraft gesetzt werden, bis es vollständig ausgeführt sein wird, wobei jede Maßnahme und jede Etappe innerhalb einer bestimmten Frist ergriffen, bzw. zurückgelegt werden soll."

Dieser „Grundsatzerklärung" folgte, ebenfalls im Rahmen der Vereinten Nationen, eine Vereinbarung über die Zusammensetzung des neuen Ausschusses. Die Vollversammlung beschloß am 20. Dezember 1961, fünf Staaten des Westens und Mitglieder der NATO (USA, Großbritannien, Kanada, Frankreich, Italien), fünf Staaten des Ostens und Mitglieder des Warschauer Paktes (UdSSR, Tschechoslowakei, Polen, Rumänien, Bulgarien) und acht „blockfreie" Länder (Persien, Burma, Äthiopien, Indien, Mexiko, Nigeria, Schweden, VAR) mit der Ausarbeitung des Abkommens zu beauftragen.

Die Mitglieder der Vereinten Nationen erteilten den 18 Staaten auch einige wichtige, aber heute fast vergessene „Verhandlungsdirektiven". Mit der Resolution vom 24. November 1961 und der Aufforderung an die Mitgliedstaaten, auf dem afrikanischen Kontinent keine atomaren Waffen zu stationieren und Experimente mit ihnen zu unterlassen, machte sich die UNO zum ersten Mal den Gedanken regional begrenzter „entatomisierter" Zonen zu eigen. Am 4. Dezember 1961 billigte die Vollversammlung einstimmig (!) eine irländische Resolution, in der an alle Länder appelliert wird, jede Weitergabe von Kernwaffen zu unterlassen und einen entsprechenden Vertrag darüber zu schließen. In New York trug auch der schwedische Außenminister Unden seinen Plan vor, der sich ebenfalls gegen die weitere Ausbreitung der Kernwaffen richtete.

Zur gleichen Zeit beschäftigte sich ein noch von Dag Hammarskjöld eingesetztes Komitee mit den „wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen der Abrüstung". In den ersten Märztagen und kurz vor Beginn der Genfer Konferenz veröffentlichten die Wissenschaftler aus Ost und West (darunter die Professoren Aboltin, Moskau, und Leontief, New York) ein gemeinsames Gutachten, das die Möglichkeit der totalen Abrüstung ausdrücklich bejahte und für deren wirtschaftliche Auswirkungen optimistische Prognosen stellte.

Die Vertragsentwürfe von Ost und West

Wer die amerikanischen und sowjetischen Abrüstungspläne — die wir im folgenden einander gegenübergestellt haben — vergleicht, wird viele Berührungspunkte, aber auch wesentliche Unterschiede finden. So geht der amerikanische Entwurf von einer prozentualen Herabsetzung der Rüstungen aus. Hier ist zu berücksichtigen, daß beim gegenwärtigen Umfang der Waffenvorräte auf beiden Seiten auch ein verminderter Prozentsatz noch ausreichen könnte, um einen Geg-

ner „auszulöschen". Der sowjetische Stufenplan wählt ein anderes Verfahren und sieht die jeweils völlige Verminderung bestimmter Waffenkategorien (zunächst der Kernwaffenträger, dann der dazu gehörigen Sprengsätze usw.) vor. Unterschiedliche Bestimmungen betreffen auch den Unterhalt ausländischer Militärstützpunkte im Prozeß der Abrüstung sowie Organisation und Aufgaben der vorgesehenen „Friedensstreitmacht" der Vereinten Nationen.

Die Initiative der „Blockfreien"

Zu den wichtigsten und aktuellsten Themen der ersten Konferenztage gehörte das Problem der Kernwaffenversuche. Frankreich hatte in Genf vor allem deswegen auf seinen Platz verzichtet, um die Aufstellung der eigenen „Nuklear-Streitmacht" ungestört zu forcieren. Die sowjetische Testserie im vergangenen Jahr, laufende amerikanische Versuche unter der Erde und die drohende Wiederaufnahme der englisch-amerikanischen Explosionen im Pazifik führten zu einer gemeinsamen Initiative der neutralen Staaten. Sie konfrontierten die „Kernwaffen-Nuklear-Inhaber" mit einem eigenen Plan (siehe Anhang) und fanden darin eine Synthese der bisherigen west-östlichen Positionen. „Verdächtige Explosionen" würden nach diesem Vorschlag einer doppelten Überwachung unterliegen: nationalen Kontrollstationen (sowjetische Forderung) und einer internationalen Kommission (westliche Forderung). Die Kommission soll sich nach Anregung der Neutralen nur aus Wissenschaftlern, möglichst aus den „nicht engagierten" Ländern zusammensetzen. Die Vertreter der drei Atommächte nahmen das Dokument als Verhandlungsgrundlage entgegen. Ausdrücklich lehnten die acht Delegationen das Ersuchen der USA und Großbritanniens um „weitere Erläuterungen" zu ihrem Kompromißvorschlag ab, weil „die Gefahr heraufbeschworen wurde, daß das Problem selbst in einer Masse taktischer Details untergehe und so nicht zu einer Lösung" (Erklärung vom 19. 4. 61) gelangen könne.

Gemeinsame sowjetisch-amerikanische Anträge

Auch in Genf legten die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion den übrigen Delegationen gemeinsame Anträge vor. Im Auftrage der Konferenz formulierten Sorin und Dean die Präambel (siehe Anhang) für den Abrüstungsvertrag. Nichts zeigt den Grad der Verfremdung beider Großmächte deutlicher als ein Blick auf die Passagen, über deren Auslegung man sich nicht einigen konnte. Das gleiche gilt auch für ein zweites sowjetisch-amerikanisches Dokument: den Entwurf einer Erklärung über das Verbot jeder Kriegspropaganda (siehe Anhang). Der Text geht auf einen sowjetischen Antrag zurück, und zunächst bezeichnete der Westen ein solches Verbot als „Eingriff in die Presse- und Meinungsfreiheit". Nachdem Dean und Sorin sich überraschend geeinigt hatten, forderte der sowjetische Delegationschef wenige Tage später verschiedene Erweiterungen und Präzisierungen in der Vorlage, was nun wiederum westliche Sprecher ablehnten.

Die Verhandlungen gehen weiter

Die hier erwähnten und wiedergegebenen Dokumente dürften den Experten in Genf und auch der kommenden UN-Vollversammlung als Vorlagen dienen, denn trotz aller Meinungsverschiedenheiten scheinen sich Ost und West über die Fortführung der Abrüstungsgespräche einig zu sein. Der amerikanische Präsident hat erst kürzlich Kritikern auf die Frage, ob er die Sondierungen mit den Sowjets über die neuralgischen Punkte der Weltpolitik auch angesichts der vielschichtigen Schwierigkeiten weiterzuführen gedenke, mit einer Äußerung Winston Churchills geantwortet. „Jaw, jaw", so meinte Kennedy, sei besser als „war, war", was sich am besten in die Formel „konferieren ist besser als kriegführen" übertragen läßt.

Die auf der Genfer Abrüstungskonferenz vorgelegten Pläne von Ost und West zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung in drei Stufen

— Eine vergleichende Übersicht —

	Entwurf der Vereinigten Staaten	Entwurf der Sowjetunion
Ziele des Vertrages:	Allgemeine und vollständige Abrüstung innerhalb eines mehrjährigen, zeitlich nicht genau festgelegten Prozesses, der „auf ein Gleichgewicht abzielt, das jeden Staat daran hindert, einen militischen Vorteil zu gewinnen" —	Allgemeine und vollständige Abrüstung innerhalb eines Zeitraumes von vier Jahren — „so durchzuführen, daß kein Staat und keine Staatengruppe in einer der Etappen militärische Vorteile erhält und für alle Teilnehmerstaaten des Vertrages in gleichem Maße die Sicherheit gewährleistet ist" —
	durch folgende Maßnahmen: — Auflösung aller Streitkräfte und Vernichtung aller Waffen mit Ausnahme der zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und für die Friedensstreitmacht der Vereinten Nationen notwendigen Mannschaften und Bewaffnung; — Allmählicher Ersatz der nationalen Streitkräfte durch eine Truppe der Vereinten Nationen zum Einsatz bei Streitigkeiten und Konflikten.	durch folgende Maßnahmen: — Auflösung aller Streitkräfte, Vernichtung aller Vorräte und Produktionsverbot für Waffen (mit Ausnahme einer begrenzten Menge leichter Schußwaffen für Milizverbände), Fortfall der militärischen Ausbildung und des Rüstungsetats; — Beibehaltung „nur streng begrenzter Polizei- (Miliz-) Kontingente, die für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und zur Erhaltung des internationalen Friedens bestimmt sind".
Erste Stufe:	Kernwaffen: — Einstellung der Versuche mit atomaren Waffen; — Reduzierung der Kernwaffenträger um 30 Prozent; — Verbot der Produktion spaltbaren Materials für militärische Zwecke; — Verpflichtung der Atommächte, keinem Staat bei der Produktion atomarer Waffen behilflich zu sein und diese Waffen keiner „unsachgemäßen Körperschaft" zu übergeben.	Kernwaffen: — Einstellung der Kernwaffenversuche; — Vernichtung aller Beförderungsmittel für Kernwaffen (einschließlich der dazu verwendbaren Militärflugzeuge und Unterseeboote).
	Streitkräfte und herkömmliche Rüstungen: — Verminderung der Streitkräfte der USA und der UdSSR auf je 2,1 Mill. Mann. Die gleiche Stärke gilt auch für andere „bezeichnete Vertragspartner". Alle übrigen Staaten	Streitkräfte und herkömmliche Rüstungen: — Reduzierung der Streitkräfte der USA und der UdSSR auf je 1,7 Mill. Mann. Für die übrigen Teilnehmerstaaten ist eine Höchststärke zu vereinbaren. Waffen und Einrich-

	Entwurf der Vereinigten Staaten	Entwurf der Sowjetunion
	sollten ihre Truppen auf 100 000 Mann oder 1 % ihrer Bevölkerung begrenzen; — Herabsetzung der wichtigsten konventionellen Waffen (darunter aller Raketen mit einer Reichweite von weniger als 10 km, aller über 15 t schweren Militärflugzeuge, Fahrzeuge und Schiffe) um 30 Prozent; — Begrenzung der Produktion bestimmter Kategorien von Waffen auf ein vereinbartes Maß.	tungen der aufgelösten Verbände werden vernichtet oder friedlichen Zwecken zugeführt; — Reduzierung der Produktion herkömmlicher Waffen entsprechend der Herabsetzung der Mannschaftsbestände.
	Sonstige Maßnahmen: — Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung des Weltraums und Verpflichtung aller Staaten, keine Massenvernichtungswaffen in eine Kreisbahn um die Erde zu bringen. Begrenzung des Reservoirs an Treibsätzen für Raumschiffe; — Vorherige Bekanntgabe großer Militärmanöver; — Militärische Beobachterposten an vereinbarten Stellen, wie Häfen, Eisenbahnzentren, Heeresstraßen und Luftbasen; — Ständige Verbindungen zwischen den Regierungschefs und mit dem UN-Generalsekretär.	Sonstige Maßnahmen: — Auflösung aller ausländischen Militärstützpunkte und Rückzug der Truppen von fremden Territorien; — Eingesparte Mittel dürfen nicht anderen militärischen Zwecken zugeführt werden; — Start von kosmischen Raketen nur für friedliche Zwecke; — Kriegsschiffe und Militärflugzeuge, die Massenvernichtungsmittel befördern können, dürfen Hoheitsgebiet und -gewässer des Eigentümerstaates nicht verlassen; — Alle Staaten schließen mit dem UN-Sicherheitsrat einen Vertrag über die Gewährung von Hilfe und stellen zu diesem Zweck nationale Streitkräfte, die auf ihrem Territorium verbleiben, zur Verfügung.
Dauer der ersten Stufe:	Drei Jahre.	Fünfzehn Monate.
Zweite Stufe:	Kernwaffen: — Vernichtung der noch verbliebenen Kernwaffenträger um weitere 50 Prozent; — Verringerung der verbliebenen Vorräte spaltbaren Materials für Rüstungszwecke; — Innerhalb der letzten sechs Monate der zweiten Stufe sollen die Kernwaffen und Spaltstoffvorräte durch die internationale Abrüstungsbehörde registriert werden.	Kernwaffen: — Vernichtung aller Kernwaffen und Übergabe alles spaltbaren Materials für friedliche Zwecke; — Produktionsverbot atomarer Waffen und spaltbaren Materials für militärische Zwecke.
	Streitkräfte und herkömmliche Rüstungen: — Verringerung der Truppenstärke der USA und der UdSSR auf je 1,05	Streitkräfte und herkömmliche Rüstungen: — Reduktion der Truppenstärke der USA und der UdSSR auf 1 Mill.

	Entwurf der Vereinigten Staaten	Entwurf der Sowjetunion
	Mill. Mann. Für andere Staaten gelten „vereinbarte Prozentsätze"; — Einstellung der Rüstungsproduktion „mit Ausnahme der Ersatzziele".	Mann. Für die übrigen Staaten ist ein Stand zu vereinbaren. Aufgelöst werden sollen vor allem die Bedienungseinheiten der Kernwaffen; — Einschränkung der Rüstungsproduktion im Verhältnis zur Herabsetzung der Streitkräfte.
	Sonstige Maßnahmen: — Liquidierung „bestimmter Militärstützpunkte"; — Aufstellung und fortschreitende Verstärkung der Friedensstreitmacht der Vereinten Nationen.	Sonstige Maßnahmen: — Verstärkung der Streitkräfte zur Verfügung des Sicherheitsrates.
Dauer der zweiten Stufe	Drei Jahre.	Fünfzehn Monate.
Dritte Stufe:	Kernwaffen: — Beseitigung der Kernwaffen und ihrer Produktionsanlagen.	
	Streitkräfte und herkömmliche Rüstungen: — Herabsetzung der nationalen Streitkräfte auf ein „für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung erforderliches Maß". — Einstellung jeder Rüstungsproduktion „mit Ausnahme der für die Friedensstreitmacht der UN erforderlichen Waffen".	Streitkräfte und herkömmliche Rüstungen: — Auflösung aller Streitkräfte bis auf ein begrenztes Polizei- (Miliz-) Kontingent, „um die innere Ordnung aufrechtzuerhalten und die internationale Sicherheit zu gewährleisten".
	Sonstige Maßnahmen: — Alle Militärstützpunkte — „mit Ausnahme der zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung" — werden aufgelöst.	Sonstige Maßnahmen: — Unterstellung nationaler Milizeinheiten unter das Kommando des Sicherheitsrates.
Dauer der dritten Stufe	Zeitlich nicht festgelegt.	Ein Jahr.
Kontrolle des Vertrages:	Gründung einer Internationalen Abrüstungskommission (International Disarmament Organization = IDO), deren Inspektionen „im Verhältnis zu der Höhe der unternommenen Abrüstung" stehen sollen. Einteilung des Territoriums jedes Vertragspartners in Zonen, von denen in den einzelnen Stufen „fortschreitend eine vereinbarte Zahl zu Boden und aus der Luft" inspiziert werden müßten. Am Ende der drit-	Errichtung einer internationalen Abrüstungskommission im Rahmen der UN, deren Personal auf internationaler Basis so auszusuchen ist, „daß alle drei in der Welt bestehenden Staatengruppen entsprechend vertreten sind". Jede Abrüstungsmaßnahme wird von „solchen Kontrollen begleitet, die für die Prüfung der Durchführung der betreffenden Maßnahme notwendig sind".

	Entwurf der Vereinigten Staaten	Entwurf der Sowjetunion
	ten Stufe würde sich die Inspektion auf das ganze Territorium ausdehnen.	
Übergang von Stufe zu Stufe:	Der Vertrag tritt nach Ratifizierung in Kraft. Über den Beginn der zweiten Stufe — nachdem „alle militärisch wichtigen Staaten dem Abrüstungsabkommen beigetreten sein werden" — entscheidet der Kontrollrat der Abrüstungskommission. Streitfragen unterliegen dem Sicherheitsrat (und damit also dem Veto der Großmächte). Das gleiche Verfahren gilt für den Übergang zur nächsten Stufe.	Die erste Stufe beginnt sechs Monate nach Ratifizierung des Vertrages. Im Verlaufe der letzten drei Monate jeder Stufe „zieht die internationale Abrüstungsorganisation das Fazit über die Verwirklichung der (beschlossenen) Maßnahmen, um dem Sicherheitsrat und der Vollversammlung zu berichten". Im Kontrollrat der Organisation haben die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates Sitz und Stimme.

Anmerkung: Die vorstehende tabellarische Übersicht beruht auf den offiziellen Konferenzdokumenten der in Genf vertretenen Delegationen. Im Namen der sowjetischen Delegation legte Außenminister Gromyko am 15. März einen detaillierten „Entwurf eines Vertrages über allgemeine und vollständige Abrüstung unter internationaler Kontrolle" vor. Die amerikanischen Vorschläge erläuterte Außenminister Rusk in der Eröffnungssitzung, und Botschafter Dean unterbreitete am 18. April ebenfalls einen ausgearbeiteten Vertragsentwurf.

Vorschlag der acht neutralen Mitglieder des Abrüstungsausschusses für die Kontrolle eines Vertrages über die Einstellung der Kernwaffenversuche

Die Delegationen Brasiliens, Burmas, Äthiopiens, Indiens, Mexicos, Nigerias, Schwedens und der Vereinigten Arabischen Republik bei der Abrüstungskonferenz der 18 sind zutiefst besorgt, daß bisher noch kein Abkommen über ein Verbot der Kernwaffenversuche erzielt worden ist, und richten an die Nuklearmächte einen ernsten Appell, in ihren Bemühungen zu beharren, möglichst bald zu einem Abkommen zu gelangen, das Kernwaffenversuche für alle Zeiten verbietet. Die acht Delegationen sind überzeugt, daß sie bei ihrem Appell nicht nur im Namen ihrer eigenen Länder, sondern auch der überwiegenden Weltmeinung sprechen, da Kernversuche jetzt ein Anliegen aller Völker und Nationen sind. Die Delegationen stellen fest, daß trotz der bestehenden Differenzen innerhalb des Subkomitees über einen Kernwaffenversuch auch gewisse Gebiete der Übereinstimmung vorhanden sind. Sie glauben, das Recht zu haben, zu erwarten, daß diese Gebiete weiter ausgewertet und erweitert werden, und legen in diesem Zusammenhang die folgenden Vorschläge und Ideen zur Erwägung den nuklearen Mächten vor:

Sie glauben, daß Möglichkeiten dafür bestehen, durch ein Abkommen ein System für dauernde Beobachtung und effektive Kontrolle auf rein wissenschaftlicher und nicht politischer Basis zu schaffen. Ein solches System könnte auf den bereits bestehenden nationalen Netzen von Beobachtungsposten und Institutionen basiert und aufgebaut werden oder, wenn dies geeigneter schiene, auf bestehenden Posten, die durch eine Vereinbarung zu diesem Zweck bezeichnet würden, falls notwendig, zusammen mit neuen Posten, die auf Grund einer Vereinbarung errichtet würden.

1. Das bestehende Netz schließt bereits in seine Wirksamkeit die Entdeckung und Identifizierung von durch Menschen ausgelösten Explosionen ein. Zweifellos könnten Verbesserungen erzielt werden, indem man diese Posten mit moderneren Instrumenten ausrüstet.

2. Ferner sollte erwogen werden, ob die Schaffung einer internationalen Kommission,

die aus einer begrenzten Zahl hochqualifizierter Wissenschaftler — möglicherweise aus nichtgebundenen Ländern — bestehen würde, eine geeignete Lösung wäre.

3. Diese Kommission sollte mit der Aufgabe, alle Daten, die sie von dem vereinbarten System von Beobachterposten erhält, zu verwerten, betraut werden und über jede Kernexplosion oder verdächtiges Geschehen auf der Grundlage einer eingehenden und objektiven Prüfung aller verfügbaren Daten berichten.

4. Alle Vertragsparteien sollten die Verpflichtung akzeptieren, der Kommission die notwendigen Fakten bekannt zu geben, um die Natur irgendeines verdächtigen und bemerkenswerten Geschehnisses festzustellen.

5. Gemäß dieser Verpflichtung könnten die Vertragsparteien die Kommission einladen, ihre Gebiete bzw. den Ort des Geschehnisses zu besuchen, dessen Natur zweifelhaft ist.

6. Sollte die Kommission zu dem Ergebnis kommen, daß sie nicht in der Lage ist, eine Schlußfolgerung über die Natur eines bemerkenswerten Geschehnisses zu ziehen, so würde sie jene Partei informieren, auf deren Territorium sich dieses Geschehnis zugetragen hat, und gleichzeitig die Partei über alle Punkte informieren, in welchen eine dringende Klärung notwendig erscheint.

7. Die Partei und die Kommission sollten einander konsultieren, welche weiteren Klärungsmaßnahmen, einschließlich einer Verifizierung an Ort und Stelle, die Beurteilung erleichtern würden. Die betreffende Partei würde gemäß ihrer Verpflichtung, die im vorstehenden Paragraphen 4 erwähnt wird, eine rasche und volle Zusammenarbeit betätigen, um die Beurteilung zu erleichtern.

8. Die internationale Kommission würde nach völliger Prüfung der Fakten und Berücksichtigung aller zusätzlichen Daten, die ihr gemäß vorstehenden Vorschlägen zugänglich gemacht werden, die Vertragsparteien über alle Umstände des Falles und ihre Beurteilung des betreffenden Geschehnisses informieren.

9. Die Vertragsparteien würden die Freiheit haben, ihre Handlungsweise bezüglich des Vertrages auf Basis der von der internationalen Kommission erstatteten Berichte zu bestimmen.

Genf, den 16. April 1962.

Entwurf einer Präambel des Vertrages über allgemeine und vollständige Abrüstung

Vorgelegt von den Delegationen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion auf der Genfer Abrüstungskonferenz am 17. April 1962.

Die Staaten der Welt

1. handeln in Übereinstimmung mit den Wünschen und dem Willen aller Völker;

2. bekräftigen ihre Treue zu den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen;

3. wünschen Verhältnisse zu schaffen, in denen alle Menschen frei und in Frieden die Verwirklichung ihrer berechtigten Wünsche anstreben können;

4. erkennen die Gefahr, die für die Menschheit das Wettrüsten, insbesondere in Anbetracht der Entwicklung der Kern-, der Raketenwaffen und anderer Typen moderner Massenvernichtungswaffen bildet;

5. sind überzeugt, daß der Krieg nicht mehr als Mittel zur Lösung internationaler Streitfragen dienen kann und auf immer aus dem Leben der menschlichen Gesellschaft ausgeschaltet werden muß;

6. sind fest entschlossen, die gegenwärtige und kommende Generation von Kriegskatastrophen und von den Gefahren des Wettrüstens zu erlösen;

7. sind überzeugt, daß die Abrüstung allgemein und vollständig unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle erfolgen muß und daß diese Abrüstung von der Einführung verläßlicher Verfahren für die friedliche Lösung von Streitfragen und effektiven Maßnahmen für die Aufrechterhaltung des Friedens im Einklang mit den Prinzipien der UNO-Charta begleitet sein muß;

8. sind überzeugt, daß die allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger internationaler Kontrolle ein verläßlicher und realer Weg ist, der zur Erfüllung des jahrhundertealten Traums der Menschheit — zur Sicherung des ewigen und unverletzlichen Friedens auf Erden — führt;

9. wünschen, auf immer Schluß zu machen mit der schweren Bürde, die der Menschheit auferlegt wird durch die Ablenkung von Menschen und Material für die Schaffung von Mitteln zur Vernichtung von Menschen und zur Zerstörung materieller und kultureller Werte;

10. sind bestrebt, alle Ressourcen für die Sicherung des weiteren wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts in allen Ländern der Welt und für die Gewährleistung dessen einzusetzen, daß die Ressourcen der Nationen dem materiellen, kulturellen und geistigen Fortschritt des Menschen gewidmet werden;

11. sind überzeugt, daß die durch die allgemeine und vollständige Abrüstung freigewordenen Ressourcen es den auf diese Weise abgerüsteten Staaten ermöglichen werden, in größerem Maße zur wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung aller Länder und Völker der Welt und zur stärkeren Zusammenarbeit zwischen ihnen beizutragen;

12. erkennen die Notwendigkeit, die Beziehungen zwischen den Staaten nach den Prinzipien des Friedens, der guten Nachbarschaft, der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung und der Achtung der Unabhängigkeit und der Souveränität aller Staaten zu gestalten;

13. wünschen, Verhältnisse zu schaffen, in denen die Gerechtigkeit und die Achtung der aus Verträgen und dem Völkerrecht entspringenden Verpflichtungen gewahrt werden können;

14. bestätigen, daß es zur Erzielung der Forderung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung (in Verhältnissen des Friedens in der ganzen Welt)*) wichtig ist, daß alle Staaten die geltenden internationalen Abkommen einhalten, auf beliebige Handlungen verzichten, die die internationale Spannung verschärfen könnten, und danach streben, alle Streitfragen mit friedlichen Mitteln zu lösen;

15. (erklären, daß ihr Ziel eine freie, gesicherte und ruhige Welt unabhängiger Staaten ist, die die allgemeinen Normen des internationalen Verhaltens befolgen; eine Welt, in der die Anpassung an die Veränderungen in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen erfolgt);

16. haben daher beschlossen, folgenden Vertrag über allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger und effektiver internationaler Kontrolle (in Verhältnissen des Friedens in der ganzen Welt) zu schließen.

Gemeinsamer amerikanisch-sowjetischer Antrag zur Verurteilung jeder Kriegspropaganda vom 25. Mai 1962

Die Regierungen der Staaten, die im Komitee der 18 Nationen an der Genfer Abrüstungskonferenz vertreten sind, stellen fest, daß in der Präambel der UN-Charta die Völker ihren Entschluß zum Ausdruck bringen, „Toleranz zu üben und als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben". Artikel 2 Paragraph 4 der Charta verpflichtet die Mitglieder, in ihren internationalen Beziehungen auf Drohungen oder auf Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates zu verzichten.

Die Regierungen

erinnern an die in der vereinbarten Grundsatzerklärung über die Abrüstungsverhandlungen enthaltene Versicherung, daß es für die Verwirklichung der Abrüstung wichtig ist, daß sich alle Staaten jeder Aktion enthalten, die die internationalen Spannungen verschärfen könnte;

sind davon überzeugt, daß die heutige junge Generation im Geiste des Friedens, der

*) In Klammern gesetzt sind Zusätze, die von der amerikanischen Delegation gewünscht wurden.

gegenseitigen Achtung und der Verständigung zwischen den Völkern erzogen werden sollte;

sind entschlossen, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten zu fördern, entsprechend den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen;

anerkennen, daß die Kriegspropaganda, welches auch ihre Form sei und welches Land sich ihrer bedienen mag, zu einer Bedrohung oder Verletzung des Friedens, zu Angriffs- und Kriegshandlungen führen kann und mit der UN-Charta unvereinbar ist.

Die Regierungen anerkennen, daß die Einstellung einer derartigen Propaganda den Abschluß eines Abkommens über allgemeine und vollständige Abrüstung erleichtern könnte.

1. Sie bekräftigen daher feierlich, daß sie die Resolution 110 der UN-Generalversammlung unterstützen, die alle Formen der Propaganda — ohne Rücksicht auf das ausübende Land — verurteilte, die dazu bestimmt ist, eine Bedrohung des Friedens, eine Verletzung des Friedens oder eine Angriffshandlung hervorzurufen oder zu ermutigen.

2. Sie verurteilen Aufrufe zum Krieg und zur Gewaltanwendung bei der Regelung von Konflikten zwischen den Staaten sowie Erklärungen, wonach der Krieg notwendig oder unvermeidlich sei.

3. Sie bekräftigen ihre Überzeugung, daß in unseren Tagen der Krieg nicht mehr als Mittel zur Regelung internationaler Konflikte dienen kann, und ihren Wunsch, die junge Generation in dieser Überzeugung zu erziehen und die Ideen des Friedens, der gegenseitigen Achtung und Verständigung zwischen den Völkern zu fördern.

4. Sie verpflichten sich, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die größtmögliche Verbreitung von Nachrichten, Ideen und Meinungen zu fördern, die geeignet sind, den Frieden und die Freundschaft zwischen den Völkern zu stärken sowie die kulturellen, wissenschaftlichen und pädagogischen Beziehungen zu erweitern, im Hinblick auf eine bessere Verbreitung der Gedanken über die friedliche und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten und über die allgemeine und vollständige Abrüstung.

5. Sie fordern alle Staaten auf, im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Systeme angemessene praktische Maßnahmen zu ergreifen, einschließlich Maßnahmen gesetzgeberischer Art, falls die Staaten eine derartige Form als geeignet ansehen, um der vorliegenden Erklärung gegen die Kriegspropaganda Wirksamkeit zu verleihen.

6. Sie fordern alle anderen Staaten auf, diese Erklärung zu unterstützen.

Kurt Hirsch

SPD und Wiederaufrüstung

„Wir haben mehr solche Nationalliberale, die nationalliberale Politik machen, die die Partei ins nationalliberale Lager führen wollen, zum Bruderbund mit derselben Partei, die wir seit Jahrzehnten auf Tod und Leben bekämpfen . . .

Ich sage, die Parteigenossen müssen darüber wachen, daß die Parteiführer der Partei keinen Schaden tun . . .

Seht den Führern auf die Finger . . ."

(August Bebel auf dem Magdeburger Parteitag der SPD im September 1910.)

Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches

„Solange Faschismus und Militarismus in Deutschland nicht restlos vernichtet sind, wird es keine Ruhe und keinen Frieden bei uns und in der Welt geben. Unsere ersten Anstrengungen müssen darauf gerichtet sein, alle gesellschaftlichen Erscheinungen dieser blutigen Unterdrückung des Lebens für immer zu beseitigen . . . Ebenso ist die hitlerische Wehrmacht mit allen ihren Institutionen aufzulösen. Den Bedürfnissen der öffentlichen Sicherheit kann durch eine Miliz genügt werden . . ."

(Aus dem „Manifest der demokratischen Sozialisten des ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald" vom 13. April 1945, das u. a. auch von Hermann Brill und Benedikt Kautsky unterzeichnet war.)

Im Mai 1946 wandte sich Kurt Schumacher, ungeachtet seiner eindeutigen antikommunistischen Einstellung, auf dem ersten Parteitag der SPD nach dem Zusammenbruch in Hannover dagegen, daß Deutschland durch eigene politische Aktivität zu einem Objekt des Kalten Krieges werde:

> „Wir brauchen keine Ostorientierung, und wir lehnen es auch ab, uns gegebenenfalls in eine Westorientierung hineintreiben zu lassen . . ."

Noch deutlicher wurde er ein Jahr später:

> „Die ahnungslosen Leute, die glauben, es gehe nur um Deutschland, müssen wissen, daß es um das Verhältnis der Siegermächte geht, das auf deutschem Boden geklärt werden soll. Und wir müssen uns davor hüten, uns als Kanonenfutter von der einen oder anderen Macht gebrauchen zu lassen." (1)

Im Dezember 1948 nahm der Parteivorstand der SPD zum Problem der „westdeutschen Sicherheit" Stellung und erklärte hierzu u. a.:

> „Die Frage der deutschen Wehrverfassung liegt nicht im Bereiche der deutschen Zuständigkeit. Die allein dafür zuständigen alliierten Militärgouverneure haben Behauptungen über eine deutsche Wiederaufrüstung dementiert. Soweit eine Bedrohung Westdeutschlands durch den östlichen Totalitarismus besteht, ist der wirksamste politische Schutz dagegen eine konsequente demokratische und soziale Politik in Westdeutschland selbst . . .
>
> Die Sozialdemokratie wendet sich auf das schärfste gegen alle Versuche, die Frage einer künftigen militärischen Position Deutschlands mit den Repräsentanten des alten Militarismus zu behandeln, ganz gleich, ob es sich dabei um nazistische oder nationalistische Elemente handelt." (2)

Am 16. Dezember 1949, nachdem es Bundeskanzler Dr. Adenauer für opportun gehalten hatte, „in einem Presseinterview die Frage einer eventuellen deutschen Wiederaufrüstung zu behandeln", gab Erich Ollenhauer im Namen der sozialdemokratischen Fraktion im Bundestag folgende Erklärung ab:

> „Die sozialdemokratische Fraktion lehnt es ab, eine deutsche Wiederaufrüstung auch nur in Erwägung zu ziehen . . .

Der Hinweis auf die militärische Ausbildung und Bewaffnung der sogenannten Volkspolizei in der russischen Besatzungszone ist keine Rechtfertigung für das Eingreifen des Bundeskanzlers in der Wiederaufrüstungsdebatte . . .

Es geht nicht um Wiederaufrüstung oder Waffenlosigkeit. Die Frage ist, welchen Beitrag die deutsche Bundesrepublik zu einer friedlichen Lösung heute schon leisten kann. Die uns gegebenen Möglichkeiten und Aufgaben liegen außerhalb des Militärischen. Der gegenwärtige Kalte Krieg um Europa ist nicht zuletzt ein ideologischer Krieg. Das bedeutet, daß moralische Faktoren entscheidendes Gewicht haben . . ." (3)

Im Mai 1950 hieß es in einer einstimmig angenommenen Entschließung des SPD-Parteitages in Hamburg:

„Die SPD lehnt eine Wiederaufrüstung und die Einführung einer militärischen Dienstpflicht ab." (4)

Einige Monate später begründete Kurt Schumacher die ablehnende Haltung der SPD gegenüber dem Projekt der Bewaffnung im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (Pleven-Plan). Vor dem Bundestag erklärte er am 8. November 1950:

„Man darf die Angst vor dem Osten nicht als Propagandainstrument für eine Militarisierung unter den heute gegebenen Voraussetzungen einspannen . . .

Ungern zitiere ich die Äußerung des französischen Verteidigungsministers vom 4. August: ‚Wir müssen für uns die Verteidigung des Glacis sichern, welches der Sieg von 1945 uns erlaubt hat zu besetzen. Unsere dauernde Sorge muß die Schaffung eines Manövrierfeldes zwischen Elbe und Rhein sein . . .'"

Am 20. Januar 1952 befaßten sich Parteivorstand und Parteiausschuß erneut mit der Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrages und erklärten u. a.:

„Form und Inhalt der gegenwärtigen Regierungspropaganda für die militärische Aufrüstung und den sogenannten Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik entsprechen nicht dem tatsächlichen Stand der internationalen Verhandlungen.

Bisher ist keine der Voraussetzungen erfüllt, von denen nach Auffassung der SPD überhaupt jede Verhandlungsmöglichkeit über einen deutschen Verteidigungsbeitrag abhängt . . ." (5)

Im Mai des gleichen Jahres erklärten der Parteivorstand und die Bundestagsfraktion in einer gemeinsamen Resolution:

„Der Vorstand der SPD und seine Bundetstagsfraktion, die am 15. Mai 1952 zur Beratung der politischen Lage zusammengetreten sind, stellen voll Sorge und Empörung fest, daß Bundeskanzler Adenauer den Generalvertrag für den Teil Deutschlands zwischen Saar und Elbe sowie die Verpflichtung, Deutsche als Soldaten zu bewaffnen, voreilig unterschreiben will . . .

Das Verhalten des Bundeskanzlers steht in schärfstem Gegensatz zu den Notwendigkeiten der deutschen Politik . . .

Ohne vorangegegangene Ergänzung und Änderung des Grundgesetzes ist jede auf Bewaffnung gerichtete Maßnahme verfassungswidrig und ein Schritt in die Illegalität. Die Unterschrift des Bundeskanzlers wird sich als null und nichtig erweisen.

Diese Politik sperrt den Weg zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit . . .

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands warnt die Bundesregierung. Sie wird den Kampf gegen die verhängnisvolle Politik Dr. Adenauers mit aller Entschiedenheit weiterführen. Sie erwartet von allen Organisationen und Mitgliedern der SPD weiterhin größte Aktivität zur Unterstützung des Kampfes der SPD-Bundestagsfaktion." (6)

Diese Auffassungen wurden im September 1952 vom SPD-Parteitag in Dortmund bestätigt.

Die ablehnende Politik der SPD gegenüber der „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft" fand bei den Mitgliedern und Wählern der Partei, aber auch darüber hinaus in weiten Kreisen der Bevölkerung weitestgehende Zustimmung

und kam auch in verschiedenen Reden der Parteiführer zum Ausdruck. So erklärte z. B. Prof. Carlo Schmid in München:

> „Lieber in heilen Kellern sowjetisiert werden, als noch einmal das Schicksal der verbrannten Erde erleiden." (7)

Die Wahlerfolge der SPD im Herbst 1950 in der damaligen amerikanischen Zone zeigten, daß die ablehnende Haltung der Partei gegenüber der bundesdeutschen Aufrüstung Verständnis bei dem Kreis von Wählern fand, der es bisher aus den verschiedensten Gründen abgelehnt hatte, der SPD ihre Stimme zu geben. Diese Wahlerfolge waren so groß, daß Schumacher die Auffassung vertrat, die Zusammensetzung des Bundestages entspräche „nicht mehr dem Willen des Volkes, sondern er müsse aufgelöst werden."

Am 12. Dezember 1952 warnte der SPD-Vorstand neuerlich vor den Pariser Verträgen und erklärte:

> „Der Bundeskanzler versuchte ohne Rücksicht auf das Grundgesetz und auf die außenpolitischen Tatbestände die Ratifikation der Verträge durch Praktiken zu erzwingen, die für die Demokratie verhängnisvoll sind." (8)

Die Paulskirchen-Bewegung

„Mit der Unterzeichnung der Pariser Verträge übernehmen wir zum ersten Male in dieser entscheidenden und weittragenden Weise aus freiem Entschluß die Verantwortung für eine Außenpolitik, die die große Gefahr einer Versteinerung der Spaltung Deutschlands in sich schließt."

(Erich Ollenhauer bei der Paulskirchen-Kundgebung am 29. Januar 1955.)

Um die spätere Entwicklung, d. h. den Verzicht der SPD auf eine selbständige außenpolitische Konzeption zu verstehen, muß daran erinnert werden, daß sich damals Erich Ollenhauer, ungeachtet der Ablehnung der EVG-Verträge, im Namen seiner Partei von jeder Neutralitätspolitik distanzierte. In der Bundestagsdebatte, bei der es um die Annahme des Wehrergänzungsgesetzes ging, erklärte er am 26. März 1954 als Sprecher seiner Partei:

> „Wenn so die Sozialdemokratische Partei ihren ablehnenden Standpunkt gegenüber der ‚Europäischen Verteidigungsgemeinschaft' aufrechterhalten muß, so möchte ich noch einmal und, wie ich hoffe, damit zur endgültigen Ausmerzung des Unfugs des Geredes über die angebliche Ohne-mich-Politik oder Neutralisationspolitik der Sozialdemokratie feststellen, daß die Ablehnung der ‚Europäischen Verteidigungsgemeinschaft' nicht die Ablehnung einer Politik der militärischen Sicherheit für unser Volk bedeutet." (9)

Die ablehnende Haltung der SPD gegenüber den Aufrüstungsplänen der Bundesregierung wurde von den Wählern ernster genommen, als sie in vielen Fällen gemeint war, und dementsprechend gut honoriert — ein Honorar, das seinen Ausdruck in neugewonnenen Stimmen fand. Die Landtagswahl im September 1954 in Schleswig-Holstein brachte der SPD einen beachtlichen Wahlerfolg. Während sie bei den Bundestagswahlen im Jahre 1953 357 798 Stimmen (26,5 %) verzeichnen konnte, vereinigte sie bei den Landtagswahlen 396 073 (32,2 %) Stimmen auf sich. Der Stimmenanteil der CDU sank hingegen in Schleswig-Holstein seit den Bundestagswahlen von 636 570 (47,1 %) auf 384 875 (32,2 %) Stimmen.

Die hessischen Landtagswahlen im November 1954 bestätigten weitgehend, daß ein Teil der politisch nicht festgelegten bundesdeutschen Wähler den Aufrüstungsbemühungen der Bundesregierung ablehnend gegenüberstand. Die SPD erhielt 1 065 733 (42,6 %) Stimmen, während sie bei den Bundestagswahlen 1953 nur 862 701 (33,7 %) der Wählerstimmen verzeichnen konnte. Auch die im gleichen Monat durchgeführten bayerischen Landtagswahlen brachten der SPD beachtliche

Erfolge. Sie konnte ihren Stimmenanteil von 23,3 % im Jahre 1953 (2 588 549) auf 28,1 % (2 733 964) erhöhen.

Nicht zuletzt unter dem Eindruck der in weitesten Kreisen der Bevölkerung verbreiteten ablehnenden Haltung gegenüber der bundesdeutschen Aufrüstung kam die sogenannte Paulskirchen-Bewegung zustande, die sich in erster Linie „gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik" wandte. Die erste Kundgebung wurde am 29. Januar 1955 in der Frankfurter Paulskirche durchgeführt und war von den Veranstaltern und Teilnehmern als der Beginn einer großangelegten Aktion gegen die Außenpolitik der unter der Führung Bundeskanzler Dr. Adenauers stehenden Bundesregierung gedacht. Der stellvertretende Vorsitzende des DGB, Georg Reuter, forderte in seiner Ansprache zu einer Massenaktion gegen die Aufrüstungspläne auf:

> „Die Frage der Wiederaufrüstung ist von so großer und schicksalshafter Bedeutung für jeden einzelnen Menschen, daß man diese Entscheidung nicht in die Hände von 500 Abgeordneten legen kann. Bundesregierung und Bundestag wären nach meiner Auffassung gut beraten, und sie leisteten unserem Volk einen großen Dienst, wenn sie sich dazu verstehen könnten, die Entscheidung dieser Frage in die Hände des Volkes selbst zu legen."

Die Forderung nach einer Volksabstimmung zu diesem lebenswichtigen Problem des Volkes wurde auch von anderen Männern vertreten. So warnte Prof. D. Helmut Gollwitzer vor den „unabsehbaren Folgen", die die „historische Entscheidung" des Bundestages heraufbeschwören könnte, und der bedeutende Heidelberger Soziologe Prof. Alfred Weber verlangte „die Ausklammerung Deutschlands aus dem Spannungsfeld Ost-West".

In dem einstimmig akzeptierten „Deutschen Manifest" wurden „Viermächteverhandlungen zur Wiederherstellung der deutschen Einheit vor der Ratifizierung der Pariser Verträge" gefordert. Ungeachtet dieser und vieler anderer Protestaktionen fand das im Oktober 1954 von Bundeskanzler Dr. Adenauer unterzeichnete Pariser Vertragswerk am 27. Februar 1955 im Bundestag die erforderliche Mehrheit. Am 4. März des gleichen Jahres nahmen Parteivorstand und Parteiausschuß der SPD zu dieser Situation in der folgenden Entschließung Stellung:

> „Die Annahme der Verträge ist ein neuer Beweis dafür, daß die Bundesregierung und ihre Bundestagsmehrheit trotz aller feierlichen Bekenntnisse zur deutschen Einheit der Wiederaufrüstung den Vorrang geben . . .
>
> Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sieht es als entscheidende Aufgabe an, zu verhindern, daß die beiden Teile Deutschlands in die beiden Machtblöcke der Welt integriert werden. Wenn junge deutsche Menschen einander in Uniformen der beiden Machtblöcke gegenüberstehen, so widerspräche dies den elementarsten Lebensinteressen des deutschen Volkes. Eine Verschärfung der internationalen Spannungen und eine Erhöhung der Kriegsgefahr in der Welt wären die unausbleiblichen Folgen, wenn statt einer friedlichen Regelung der deutschen Wiedervereinigung die endgültige Einschmelzung der Teile Deutschlands in die Machtblöcke vorgenommen würde . . ."

Nun überstürzten sich die Aufrüstungsbemühungen der Bundesregierung: Im Mai 1955 traten die Pariser Verträge in Kraft, und bereits Mitte Juni des gleichen Jahres legte die Bundesregierung — unmittelbar vor der Genfer Konferenz, die der Entspannung dienen sollte — dem Parlament das Freiwilligengesetz vor, das nach Ansicht der SPD „in einer kaum beratungsfähigen Fassung" in das Grundgesetz aufgenommen wurde.

Im Herbst 1955 wurden die ersten freiwilligen Soldaten eingestellt und am 1. März 1956 dem Bundestag das Wehrpflichtgesetz zugeleitet, das am 6. März gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen wurde.

Die SPD stimmt der Änderung des Grundgesetzes zu

„Die Zustimmung zu den Wehrgesetzen verschlechtert die Perspektive der deutschen Wiedervereinigung noch mehr. Ich lehne sie auch aus diesen Gründen ab und billige den Ratschlag der evangelischen Kirche, der von der Verpflichtung spricht, an der Beseitigung der sozialen, wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Ursachen, die zum Krieg führen können, mitzuwirken."
(SPD-Bundestagsabgeordneter Arno Behrisch im März 1959 (10).)

Selbstverständlich läßt sich darüber streiten, wann die Kapitulation der sozialdemokratischen Parteiführung in der Frage der bundesdeutschen Aufrüstung begann und wie ernst der Widerstand gegen diese Aufrüstung von einem Teil der Parteiführung überhaupt genommen wurde. Unbestreitbar ist es aber, daß die Zustimmung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion am 6. März 1956 — mit Ausnahme von 20 Stimmen — zur Änderung des Grundgesetzes einen Meilenstein dieser Kapitulation darstellte. Diese der bisherigen Politik widersprechende Zustimmung wurde mit der Begründung gegeben, die SPD halte es für ihre Aufgabe, für „die Sicherung der demokratischen Grundordnung und des Schutzes der Staatsbürger in Uniform" zu sorgen.

Die praktische Folge dieser Zustimmung war, daß sozialdemokratische Abgeordnete in den Bundestagsausschüssen mitarbeiteten, die sich mit dem Auf- und Ausbau der Bundeswehr beschäftigten und daß damit jede Opposition gegen die Aufrüstung außerhalb des Parlaments an Glaubwürdigkeit verlor. Zu den 20 Abgeordneten, die damals trotz des Druckes des Parteivorstandes ihre Zustimmung zur Änderung des Grundgesetzes verweigerten, gehörte, wie schon erwähnt, das jetzige Vorstandsmitglied der DFU, Arno Behrisch, der seine ablehnende Haltung in der damals von ihm herausgegebenen sozialdemokratischen „Oberfränkischen Volkszeitung" schon vor der Abstimmung begründete. Der folgende Auszug aus dem seinerzeit erschienenen Artikel beweist, wie wenig diese Ausführungen an Aktualität eingebüßt haben:

> „Bei der Schaffung des Grundgesetzes war eine Wiederaufrüstung nicht nur nicht vorgesehen, der Kanzler erklärte vielmehr am 24. November 1949 kategorisch:
>
> ‚Die Bundesregierung erklärt ihre feste Entschlossenheit, die Entmilitarisierung der Bundesrepublik aufrechtzuerhalten und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Neubildung irgendwelcher Streitkräfte zu verhindern.'
>
> Inzwischen wurde die Regierung wortbrüchig, und im Gegensatz zu ihren Versprechen betreibt sie die Remilitarisierung mit allen Mitteln . . .
>
> Nach allem, was ich im Bundestag in 6 Jahren erlebt habe, sind mir die ‚Sicherungen', die die SPD erreicht hat, absolut keine Sicherheit. Wir haben das skandalöse Verhalten in der Frage der Mitbestimmung in Erinnerung. In diesem Bundestag fände sich jeden Tag eine Zweidrittelmehrheit, die den Einsatz des Militärs gegen streikende Arbeiter beschließt. Es gibt auch Beispiele in Bonn, wie man einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß mattsetzen kann. Und diese zentralistische Beamtenhierarchie, autoritär und freiheitsfeindlich vom Kanzlerbevollmächtigten Globke gesteuert, wird im Bunde mit der Militär-Bürokratie auch mit einem Parlamentsbeauftragten fertig werden. In Bonn ist die ganze Richtung falsch. Ich gebe mich nicht dazu her, dem Kanzler für seine Aufrüstung gegenüber dem demokratischen Teil unseres Volkes und der freien Welt das Feigenblatt zu liefern.
>
> ‚Die Weltlage ist noch niemals so kritisch gewesen wie gerade jetzt', erzählte der politische Märchenonkel Adenauer im Deutschen Presseklub in Bonn. Das ist der Trick, den der Braunauer stets in petto hatte. Man macht den Hühnern im ganzen Land Angst, und dann mißbraucht man sie."

In einem Appell des Parteivorstandes der SPD anläßlich der Bundestagswahl im Jahre 1957 hieß es u. a.:

„Die SPD fordert die Einstellung der Atombombenversuche, sie verlangt ein Ab-

kommen, das die Lagerung atomarer Waffen in beiden Teilen Deutschlands verhindert und in Europa einen atomwaffenfreien Raum schafft." (11)

Bei einem Gespräch zwischen Angehörigen der SPD und der Bundeswehr im gleichen Jahr erklärte der Bundestagsabgeordnete Erler:

„Der Preis für die russische Zustimmung zur Wiedervereinigung solle . . . die Lösung einseitiger militärischer Bindungen an die USA und an den Atlantikpakt sein, sobald die Zone aus dem Warschauer Pakt-System freikommt." (12)

Auf dem Parteitag 1958 in Stuttgart sagte Erich Ollenhauer:

„Diese Aufrüstung schützt uns nicht, sie bringt uns der Katastrophe näher . . . Die Politik des atomaren Wettrüstens ist eine Politik der Sackgasse und der Aussichtslosigkeit . . ." (13)

In der Entschließung dieses Stuttgarter Parteitages hieß es u. a.:

„Die Einbeziehung der Bundesrepublik in das atomare Wettrüsten gefährdet die Sicherheit des deutschen Volkes und zerstört die Aussicht auf eine friedliche Wiederveinigung Deutschlands . . .

Deshalb widersetzt sich die Sozialdemokratische Partei einer Politik, welche die Hälfte unseres Landes systematisch in einen Militärblock einschmilzt." (14)

Im „Deutschland-Plan" der SPD im März 1959 wurde die folgende Forderung erhoben:

„Die Streitkräfte in den beiden Teilen Deutschlands dürfen keine Atom- und Wasserstoffwaffen besitzen. Es muß eine Entspannungszone frei von Fremdtruppen und von Atom- und Wasserstoff-Waffen geschaffen werden."

Selbst auf der im November des gleichen Jahres in Bad Godesberg abgehaltenen Tagung, die im Zeichen des Überbordwerfens der noch verbliebenen Grundsätze stand, verlangte die SPD noch: „Die Bundesrepublik darf weder atomare noch andere Massenvernichtungsmittel herstellen oder verwenden."

Auf dem Parteitag in Hannover im Jahre 1960 erklärte Erich Ollenhauer an einem Dienstag-Vormittag unter dem Beifall der Delegierten:

„Die Bundesrepublik darf atomare und andere Massenvernichtungsmittel weder herstellen noch verwenden. Es gibt seit Godesberg keine Entwicklung, die uns veranlassen könnte, diesen Standpunkt zu ändern. Wir lehnen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr ab."

Zwei Tage später, am Donnerstag, bejahte der gleiche Parteitag in seiner Mehrheit — mit unwesentlichen Einschränkungen — die atomare Aufrüstung der Bundeswehr und stimmte Willy Brandt zu, der erklärte:

„. . . daß eine sozialdemokratische Regierung sich nicht an das bisherige Parteidogma von der Ablehnung der allgemeinen Wehrpflicht halten werde, ja, daß man sich zwar nicht nach Atomwaffen drängen solle, aber auch nicht nein sagen dürfe, wenn die Entwicklung und die NATO sie forderten."

Der „Rheinische Merkur" kommentierte diese neue Brandt-Politik mit dem Vorschlag, daß der „Partei-Werbespruch künftig abgewandelt werde: Geh mit der CDU — wähl aber SPD." (15)

Im März 1961 befürwortete in der Fernsehsendung „Unter uns gesagt" Helmut Schmidt, einer der Wehrexperten der SPD, taktische Atomwaffen. Einem Bericht über diese Diskussion entnehmen wir die folgende Stelle:

„Zu der Äußerung Schmidts über die Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen betonten Regierungskreise, es zeige sich, daß sich die Sozialdemokraten Schritt für Schritt zu einer Befürwortung der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr durchrängen, gegen die sie noch bis vor kurzem die ‚Atomtod-Kampagne' entfesselt hätten . . .

Ein anderer Fragesteller stieß nach und fragte, ob Schmidt auch dafür wäre, taktische Kernwaffen in Deutschland selbst zu belassen, und zwar auch in irgendwie integrierten und in einem besonderen Befehlsstrang untergebrachten deutschen Verbänden. Schmidt stimmte wiederum zu . . ." (16)

Vor zehn Jahren konnte man in einem Informationsblatt der SPD folgende Sätze lesen:

> „Das Wettrennen zwischen den Russen und den Amerikanern um die Einbeziehung Deutschlands in die westliche Verteidigungsmaschinerie oder um die Heraushaltung Deutschlands aus diesem System nach den Vorschlägen der Russen-Note vom 11. März überschattet alle anderen europäischen Probleme der jüngsten Zeit. Wird es gelingen, dieses Wettrennen zu beendigen und durch Verhandlungen zu einem für alle annehmbaren Kompromiß zu kommen? Kann man bei allen Beteiligten ein ehrliches und starkes Interesse an solcher Kompromißlösung voraussetzen? Das sind die Fragen, von deren vernünftiger Beantwortung die Erhaltung des Weltfriedens und das Schicksal Europas abhängen und die für Deutschland schlechthin entscheidend sein werden." (17)

Die „Fragen" zu beantworten, ob die maßgebenden Männer der SPD das Bestreben, „zu einem für alle annehmbaren Kompromiß zu kommen" unterstützen und ob sie durch ihre Politik „ein ehrliches und starkes Interesse an einer solchen Kompromißlösung" zum Ausdruck bringen, oder ob die sozialdemokratische Parteiführung in ihrer Wehrpolitik nicht amerikanischer als die Amerikaner, regierungstreuer als die Bundesregierung selbst ist und ob als ihre einzige Konzeption die zum Prinzip erhobene Konzeptionslosigkeit gewertet werden kann, die Antwort auf diese Fragen, „von deren vernünftiger Beantwortung die Erhaltung des Weltfriedens und das Schicksal Europas abhängen und die für Deutschland schlechthin entscheidend sein werden", glauben wir dem Leser selbst überlassen zu dürfen.

Quellen-Hinweise

(1) Fried Wesemann, „Kurt Schumacher — ein Leben für Deutschland", Herkul GmbH Verlagsanstalt, Frankfurt am Main, 1952.
(2) „Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1948/49", herausgegeben vom Vorstand der SPD.
(3) „Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1948/49", herausgegeben vom Vorstand der SPD.
(4) „Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1950/51", herausgegeben vom Vorstand der SPD.
(5) „Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1952/53", herausgegeben vom Vorstand der SPD.
(6) „Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1952/53", herausgegeben vom Vorstand der SPD.
(7) Claus-Peter Schulz „Sorge um die deutsche Linke", Verlag für Politik und Wirtschaft, 1954.
(8) „Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1952/53", herausgegeben vom Vorstand der SPD.
(9) „Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1954/55", herausgegeben vom Vorstand der SPD.
(10) Aus dem Protokoll des Deutschen Bundestages.
(11) „Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1956/57", herausgegeben vom Vorstand der SPD.
(12) „Vorwärts", 7. Juni 1957.
(13) Aus dem Prokotoll des Stuttgarter Parteitages 1958.
(14) Aus dem Protokoll des Stuttgarter Parteitages 1958.
(15) „Rheinischer Merkur" vom 2. Dezember 1960.
(16) „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 17. März 1961.
(17) „Der SPD-Redner — Informationen und Unterlagen", Juni 1952, herausgegeben vom Parteivorstand der SPD.

Heinz Abosch

Im Zeichen des Nihilismus

Das große Stichwort bundesdeutschen Geistes ist die Ent-Ideologisierung. Politiker, Wirtschaftsführer, Gewerkschaftsfunktionäre, Soziologen sind sich weitgehend in der Forderung nach der „Abkehr von Ideologien" einig. Keine hohen Ziele mehr, predigen sie, keine philosophisch bestimmten Wertungen in Sachgebieten, keine „Weltanschauung". Laßt uns pragmatisch vorgehen, die Dinge an sich betrachten, einen Schritt nach dem andern setzen, statt großen Wunschvorstellungen nachzuhängen. Die Kriegserklärung an die Ideologie wird gleichgesetzt mit einem Bekenntnis zur Wahrheit. Der Schritt hat, oberflächlich betrachtet, etwas Bestechendes. Was ist nicht schon im Namen von Ideen gesündigt, gemordet, gelogen worden! Eine solche Einstellung mußte sich angesichts des von den Nazi-Ideologen aufgeführten grausamen Spektakels gerade vielen Deutschen aufdrängen. Der Gedanke wurde volkstümlich: Wie wäre es, wenn man ein für allemal dem ganzen weltanschaulichen Ballast aufkündigte, um sich an nichts weiter als an die konkrete Wirklichkeit zu halten? Das war eine natürliche Reaktion auf die bis zum Paroxismus entartete Ideologie des Nationalsozialismus. In ihr steckt eine erste spontane Abwehr, aber schließlich verbirgt sich dahinter eine Tendenz zur Flucht vor der Wirklichkeit, der man gerade einen Tribut zu zollen vorgibt.

Ohne Zweifel stellte das nazistische Experiment das Problem der Ideologie geistig und praktisch in den Vordergrund. Was mußte geschehen, um eine solche Entartung in Zukunft zu verhindern, um es unmöglich zu machen, daß Menschenmassen irgendwelchen ideologischen Wahnvorstellungen von neuem zum Opfer fielen? Dieses Problem steht nach wie vor zur Debatte. Doch sind wir der Meinung, daß keine proklamierte Abkehr von der Ideologie, keine Überbetonung des Pragmatischen seine Lösung bedeutet. Am Zustand der Bundesrepublik läßt sich die Richtigkeit dieses Satzes darstellen.

Obwohl dem Pragmatismus seit 1945 das Wort geredet wird, setzte er sich nicht sogleich durch. Solange um Konzeptionen für den Aufbau eines neuen Deutschland gerungen wurde, konnte von reiner Pragmatik keine Rede sein. Es handelte sich darum, Grundsätze zu entwerfen, Zielvorstellungen zu schaffen, an denen sich die Praxis erst zu orientieren vermochte. Die Vorstellungen, die für den Staatsaufbau, die Wirtschaftsgestaltung maßgeblich sein sollten, entsprachen Ideologien. Die Option für die Demokratie war eine ideologische, desgleichen die für den Parlamentarismus, für eine starke Exekutive. Die Entscheidung zwischen einer kapitalistischen oder sozialistischen Wirtschaft war gleichfalls der einen oder anderen Ideologie verpflichtet. Materielle Interessen waren dabei gewiß im Spiel, aber auch eine lange europäische Überlieferung politischer Geschichte, philosophischer Erkenntnisse, staatswissenschaftlicher Praxis. Das Bonner Grundgesetz mit seiner Proklamation „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus" wäre ohne diese Quellen nicht denkbar. Es weist auf die Kette bürgerlich-demokratischer Revolutionen und deren umfassende Geisteskonstruktion hin. 1949 war es denn auch nicht anstößig, sich auf 1848 und 1789 zu berufen.

Es wurde anders, nachdem die Entscheidung in Grundfragen gefallen war und der Prozeß sich beschleunigte, den man als Restauration bezeichnet. Jetzt wurde die Fahne des Pragmatismus gehißt und jeder Unbequeme als Ideologe (mit dem Unterton, er hänge törichtem Wunschdenken an) verketzert. „Hin zur Praxis" hieß die neue Losung. Allen, die da meinten, daß die gesellschaftlich-politische Problematik unteilbar sei, daß sich Mittel und Ziel wechselseitig bedingten, daß die

„Versachlichung" bestenfalls zur Verflachung, schlimmstenfalls zu einer neuen Barbarei führen müsse, wurde dringend eine Entideologisierungs-Kur empfohlen. Die „Praktiker" der Regierungsparteien, der Wirtschaftsführung, der Interessenverbände umgaben sich statt dessen selber mit der Aureole des Wahren. Die Abwertung der Ideologie verfolgte das Ziel, die geschaffenen gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse zu befestigen. Keine Grundsatzfragen sollten mehr behandelt werden. Jede Debatte solcher Art wurde als ideologisch, der Lüge verdächtig verurteilt. Nachdem der eingeschlagene Kurs als richtig vorausgesetzt war, durfte nur noch Tagespolitik, minimale Reformarbeit betrieben werden. Je „praktischer", ideenloser dabei vorgegangen wurde, um so besser war es. Unter der Losung des Pragmatismus wurde die Sicht bis zur Nasenspitze heiliggesprochen. Daß diese Aktion erfolgreich verlief, steht außer Zweifel. Die geistige Trägheit der Bundesbürger, das Schattendasein der Parteien, das Ausbleiben wirklicher Debatten, das selbstgefällige und stumpfsinnige Kleinbürgerglück, in dem sich eine ganze Gesellschaft spiegelt, sind ihr Ausdruck.

Noch etwas bedeutete die pragmatische Kampfstellung: Unter ihrem Vorzeichen vollzog sich eine Abkehr von den Ideen, die sich im Grundgesetz bekundeten. Die freiheitlichen Bekenntnisse, die an die großen vergangenen Revolutionen anknüpften, gerieten in den Hintergrund, wurden durch eine Tätigkeit verdrängt, in der die Betonung täglich mehr auf „Ordnungsprinzipien" lag. Die Offensive der Pragmatiker machte Platz für die Autorität, in den Hohlraum drang die Macht der Institutionen. Der Niedergang des Parlaments, das Übergewicht der Staatsexekutive waren andere Resultate des gleichen Prozesses.

II.

Doch erhebt sich die Frage, wie es eigentlich um die bekundete Ideologiefeindschaft unserer Pragmatiker bestellt ist. Haben sie wirklich der Ideologie abgesagt, sind sie nichts als sachlich, bewegen sie sich im Raum des Wahren? Es bedarf keiner langen Untersuchung, um die Unsinnigkeit der so allgemein aufgestellten Behauptung zu erkennen. Wohl noch nie ist eine Prätention so unbegründet und irreführend erhoben worden wie diese. Ist das bundesdeutsche Denken wirklich sachlich? Hat es der Ideologie abgeschworen? Sagt es Wunschvorstellungen ab? Indem das behauptet wurde, glaubte man mit einem Plus zu starten, vor jeglicher Tat Vertrauen für sich buchen zu können. Nach der verkündeten These würden Politik und Geist der Deutschen, die so lange Wahngebilden nachjagten, dem endlich absagen und sich praktisch-sachlich der Wirklichkeit zuwenden.

Allein, die Praxis unserer Pragmatiker widersprach ihrer Behauptung. Unter der Fahne des Pragmatismus zog eine Ideologie ein, die um so selbstherrlicher war, als man sie verschwieg. Man wollte sachlich sein — doch der Begriff der Demokratie wurde stillschweigend durch einen anderen ersetzt, der die Debatten durch die Freund-Feind-Stellung erstickt. Man wollte sachlich sein — doch die Politik, die seit einem Dutzend Jahren den „Todfeind" verfolgt, ist so irreal, so mystisch, so wahnsinnbestimmt wie in den schlimmsten Epochen deutscher Geschichte mit Einschluß des Dritten Reichs. Aber nicht nur die Politik unterliegt dem ideologischen Wahn. Er versucht, sich alle Gebiete des öffentlichen und privaten Daseins zu unterwerfen. Unter seinen Vorzeichen wird Brecht boykottiert, darf Oistrach kein Gastspiel geben, werden die Schulen stramm ausgerichtet, die Zeitungen gleichgemacht, die Bürger in die Fesseln des Betrugs und der Angst geworfen, der Film bis zur Lächerlichkeit entwürdigt. Das alles geschieht unter der Berufung auf das Pragmatische und die Abkehr von Ideologien! Selten durchtränkte eine Ideologie rückhaltloser das ganze gesellschaftliche Gefüge. Und der Prozeß verlief um so

schneller, als er mit den Attributen des Sachlichen und Wahrheitsgemäßen geschmückt wurde. Was haben wir unter diesem Firmenschild nicht alles erlebt! Der Lüge sollte abgeschworen werden: Und die Sozialdemokratie warf ihre eigenen Vorstellungen als ideologischen Kehricht fort und nahm diejenigen der Regierung an — deren bestes Einvernehmen mit der Wahrheit jedem bekannt ist. Auf die Abrüstungsforderung wurde verzichtet und die Aufrüstung gutgeheißen, als ob die erste Ideologie wäre und die zweite nicht. Nach dieser Weisheit ist Neutralität ein ideologisches Wahngespinst, die Atombewaffnung dagegen der Wink des Sachlichen selbst. Die „Versachlichung" ist zu einem dichten Lügengewebe geworden, das jede Sicht verfälscht. In den Gewerkschaften wurden damit ähnliche Folgen hervorgerufen. Die Pragmatiker haben angeblich die Ideologen ersetzt. Doch wurde unter ihrer Herrschaft die Ideologie des Antikommunismus zur Grundlage der gesamten Aktivität. Die von den Pragmatikern heraufbeschworene geistige Wüste rief die Interesselosigkeit der Mitglieder und die ausschließliche Macht der Bürokratie so sehr hervor, daß die Gefahr des Leerlaufs den Apparat selbst beunruhigte. Die „Versachlichung" hat jedes große Ziel beseitigt und kleinste Versorgungsnöte in den Vordergrund gerückt. So fanden in Gewerkschaftskreisen Gedanken von Walter Dirks Einlaß, der zum „Mut zu einer Utopie" aufrief und vor dem „Versacken" warnte[1]). Was in den Arbeitnehmerorganisationen geschieht, ist jedoch nur ein Ausschnitt eines allgemeinen gesellschaftlichen Vorgangs. Das „Versacken" macht sich überall bemerkbar, verschont niemanden. Sind die Pragmatiker auch Ideologen, so sind sie es doch auf eine besondere Art. Ihre Herrschaft reduziert den Geist auf primitive Rudimente, verdammt Debatten als Spitzfindigkeiten und Analysen als Intellektuellen-Zeitvertreib, preßt das Denken in die enge Formel der Schwarz-Weiß-Technik. Der Geist der Pragmatiker ist der materiellen Sache um ihrer selbst willen verbunden, er liebt das Institutionelle, das „gut arbeitende" bürokratische Getriebe. Er ist der Sache untertan und frönt der Macht. Solche Erscheinungen gehören gerade zum Charakter der Bundesrepublik.

Minister Hans-Joachim von Merkatz plauderte nicht schlecht aus der Schule, als er feststellte:

> „Mit der Abkehr von den Ideologien als den entscheidenden Wegweisern in die Zukunft von Staat und Gesellschaft ist nämlich zwangsläufig die Hinwendung zu einem politischen Denken und Handeln verbunden, das gar nicht anders kann, als die Richtung zum konservativen Verhalten einzuschlagen, auch wenn es sich nicht dieses Namens für den unideologischen Weg in die Zukunft bedient. Denn sobald die ideologischen Wunschbilder verblassen, treten bei der rein sachbezogenen Regelung der politischen Fragen nur noch die alten Macht- und Interessenkämpfe als Konkurrenten jener Grundbedingungen auf den Plan, denen jede Politik ohne rational-triebhafte Wunschbilder erfahrungsgemäß zu ihrem Recht zu verhelfen sucht . . . Damit wäre aber auch das Zeitalter des modernen Rationalismus beendet[2])."

v. Merkatz enthüllt ziemlich treffend die Entwicklung der Bundesrepublik: Die Entideologisierung war nur eine scheinbare. Tatsächlich bedeutete sie den Triumph konservativen Denkens, das wiederum nur den Weg für die Entfaltung der „alten Macht- und Interessenkämpfe" freilegt. Deutlich kommt dabei zum Ausdruck, daß die Ideologie nur insoweit verworfen wird, als sie dem „Zeitalter des modernen Rationalismus" verpflichtet ist, nicht jedoch als Dienstmagd im Ringen um die Macht. Natürlich operiert auch Herr v. Merkatz mit der bequemen These der Sachlichkeit und der Ablehnung von Wunschbildern. Doch kommt klar genug zum

[1]) Walter Dirks: „Die geschichtliche Aufgabe der Gewerkschaften in unserer Zeit", ÖTV, 1961.

[2]) Hans-Joachim von Merkatz: „Die konservative Funktion", Isar Verlag, 1957, S. 82—83.

Vorschein, daß die Verdammung rational begründeter Wunschbilder solchen rein triebhafter Natur dienen soll: die die Durchführung der „alten Macht- und Interessenkämpfe" erlauben. Man darf dem Verfasser immerhin für soviel Offenherzigkeit verbunden sein. Sie ist selten genug: Endlich hat einer die Katze aus dem Sack des Pragmatismus gelassen und erklärt, was es eigentlich damit auf sich hat.

III.

Mit seinen Feststellungen sind wir inmitten bundesdeutscher Praxis. v. Merkatz selber hat uns wissen lassen, was er unter der Rückkehr zu konservativem Denken versteht, als er Hitlers Ritterkreuzträger den „Adel des Volks" nannte, die Tradition der Nazi-Wehrmacht pries und Franco als Schild christlicher Zivilisation lobte. Indem er dem Rationalismus den Krieg ansagt und den „Ideen von 1789" vorwirft, „Intoleranz, Atheismus, Tyrannei, Nationalismus und Krieg" hervorgerufen zu haben[3]), drückt er eine offiziell gepflegte Meinung aus, die gewöhnlich jedoch das Licht der Öffentlichkeit scheut. War das Grundgesetz den Ideen der bürgerlich-demokratischen Revolutionen noch verpflichtet, so ist die Entwicklung seitdem diesen tatsächlich entgegengesetzt. Sie wird bestimmt von der Feindschaft gegen den Rationalismus, das heißt ein an die Vernunft gebundenes Denken. Die Quelle, aus der sie gespeist wird, ist, im Gegensatz zu den aus Opportunitätsgründen vorgeschickten Angaben, keine demokratische. Unter dem Vorwand der Versachlichung wurde der Kampf gegen die auf Vernunft beruhenden fortschrittlichen Ideologien geführt, während an ihre Stelle mystische Wunschbilder „alter Macht- und Interessenkämpfe" traten. Damit wurde an die jüngste Vergangenheit unmittelbar angeknüpft. Mit seinem „Adel des Volks" ist v. Merkatz durchaus kein Außenseiter, er ist auf dem offiziellen Kurs — nur ein wenig freimütiger vielleicht als manche seiner Kollegen, die (vor allem aus Rücksicht auf das mißtrauische Ausland!) ihrem intimen Denken demokratische Dämpfer aufsetzen.

Aber solche aus taktischen Erwägungen vorgenommenen Schachzüge vermögen die Wirklichkeit nicht zu verschleiern, geschweige denn zu verändern. Noch beruft sich die Bundesrepublik, wie 1949, auf ihren demokratischen Charakter, aber im letzten Jahr durfte D. Gerstenmaier vor feierlich versammeltem Bundestag von der „unvergänglichen Idee des Reichs" schwärmen; Bismarcks ehernes Standbild, das Generationen autoritätsgläubiger Untertanen geprägt hat, rückt wieder nach vorn; die Demokratie wird nicht der Freiheit, sondern der Autorität gleichgesetzt, und um diese zu krönen, soll die Verfassung prompt als Ballast abgeworfen werden; statt Friedensbemühungen gibt es „alte Macht- und Interessenkämpfe", die nicht weniger schamlos sind, wenn man sie „demokratisch" oder „menschlich" zu verkleiden sucht. In ihrer Außenpolitik beruft sich die Bundesrepublik auf die Achtung des Rechts. Sie behauptet, demokratisch zu sein, aber die Verbindung mit Franco und Salazar ist besonders freundschaftlich. Die Bundesrepublik beruft sich auf das Prinzip des Antikolonialismus, doch Spanien und Portugal sind Kolonialstaaten, auch Frankreich, Belgien und Großbritannien. Das führte nicht einmal zu einem Protest. Dagegen wurde Nehru begeifert, weil er wagte, die Kolonie Goa anzutasten. Wurde in Bonn einst der Verzicht auf Waffen proklamiert, so wird jetzt die Nuklearbewaffnung als Zeichen der Souveränität verlangt. Seit 1949 hat sich Wesentliches verändert. Die Berufung auf die Demokratie ist immer äußerlicher und fadenscheiniger geworden. Die Entwicklung verlief im Sinnn des Herrn v. Merkatz. Den Idealen von 1789, die an der Wiege der

[3]) Hans-Joachim von Merkatz, ebd., S. 50.

Bundesrepublik standen, wurde der Rücken gekehrt. Der „Adel des Volks" sind keine Demokraten mehr, sondern Autoritätsgläubige.

IV.

Vorerst gibt es Widersprüche in der bundesrepublikanischen Ideologie. Der Strom trägt verschiedenartige Elemente mit sich. Obwohl die Richtung feststeht, ist die Einheit noch nicht vorhanden. Aber sie ist kräftig dabei, sich herauszubilden, ihre wichtigsten Tendenzen sind sichtbar. Sie heißen Antikommunismus, Autorität, Aufrüstung. Alles, was ihnen nützt, ist von Vorteil; alles andere ist „staatsfeindlich". Die letzte Logik dieses Prozesses ist die Aufhebung der Demokratie — natürlich im Namen der Demokratie; die Unterhöhlung des Friedens — natürlich im Namen des Friedens. Was ihn bremst, hin und wieder verschleiert, ist nichts anderes als machtpolitisch bestimmte Rücksicht: Im westlichen Ausland gibt es nicht nur den Busenfreund Franco; die Demokratie wird dort ernster genommen als in Bonn; international genießen Rassegesetz-Fachleute ein weniger großes Ansehen als bei Konrad Adenauer. Das hemmt den Prozeß der Entideologisierung, will sagen des Fortschreitens der autoritär-reaktionären Ideologie, und ist wahrscheinlich der Hauptgrund für ihren noch nicht totalen Sieg. Jeder Schritt zum Obrigkeitsstaat muß demokratisch bemäntelt werden. Nach wie vor wird unter falschen Fahnen gekämpft. Wie v. Merkatz es richtig feststellte, ist das eigentliche Bewegungsgesetz der Bundesrepublik das der „alten Macht- und Interessenkämpfe". Die Ideologie wird ihnen völlig untergeordnet. Daher wird mit ihr unbekümmert und ganz nach dem Zweck des Augenblicks umgegangen. Entsprechend der Notwendigkeit, ist man mal mehr, mal weniger demokratisch, beruft man sich auf den SS-Adel der Nation oder auf echte Antinazis, droht man mit deutscher Macht oder beteuert deutsche Friedensliebe. Präsident Lübke kann innerhalb weniger Wochen von der Gefahr eines sowjetischen Vorstoßes zum Atlantik sprechen und sich vom Friedenswillen der Sowjetunion überzeugt zeigen. Kanzler Adenauer darf vor den letzten Wahlen eine Konferenz mit der UdSSR befürworten und danach unermüdlich tätig sein, damit sie nicht zustandekommt. Und der wendige Brandt kann einmal die Atombewaffnung gutheißen und sie ein andermal verurteilen.

Das geistige Reich, in dem der Primat der Macht vorherrscht, ist das des N i h i l i s m u s. Er bedient sich aller Werte und erkennt keinen an. Alle sind sie nur Mittel zum Zweck; ihr einziger Wert besteht darin, der Machtpolitik zu dienen. Die „Revolution des Nihilismus", die Hermann Rauschning im Dritten Reich sich vollziehen sah, ist noch nicht zu Ende. Die böse Hinterlassenschaft ist nicht abgebaut. Trotz feierlicher Verbeugungen vor schönen Werten wird keinem anderen Gott gefrönt als dem, der seit je den „alten Macht- und Interessenkämpfen" vorsteht.

V.

Das Hinwenden zur traditionellen Machtpolitik bedingt die Übernahme ihrer klassischen Waffen. Die Feindschaft, die v. Merkatz dem Rationalismus bekundet, zeichnete Deutschland bis zum Zusammenbruch des Nazi-Reichs aus. Statt vernunftgemäß mit realen Größen zu rechnen, schlug sie den Schaum der Gefühle, berauschte sich am „Deutschtum", schrieb den Mythen von Reich, Rasse, Volk eine Kraft zu, die sie nicht hatten, da sie nichts als Produkte ratiofeindlicher Hirne gefühlsbesessener Protzen waren. In einer scharfsinnigen Untersuchung schrieb Alexander Mitscherlich,

> „daß der deutsche Niedergang mit seiner spezifischen Form des Wahnes längst vor Hitler völlig sichtbar war, daß nicht einmal die Inhalte der Projektionen wechselten und selbst die Formulierungen die gleichen blieben . . .[4])."

[4]) Alexander Mitscherlich: „Endlose Diktatur?", Verlag Lambert Schneider 1947, S. 16.

Wenn Hitler nicht das Verhängnis war, zu dem Bonner Thesen ihn abstempeln, wenn er selbst nur der Gipfel eines lange vor ihm bestehenden Verhängnisses war, erhebt sich die Frage, was davon jetzt lebendig ist. Ist die bundesrepublikanische Machtpolitik wirklichkeitsnäher, weniger phantasie- und gefühlsbetont als die Adolf Hitlers? Ich möchte das verneinen und sogar sagen, daß sie noch um einige Grade phantastischer ist. Denn schließlich, als der „Führer" den Russen den Fehdehandschuh hinwarf, standen seine Truppen in Polen und auf dem Balkan, während die Rote Armee heute in Berlin steht. Es war wahnsinnig genug, wenn Göring versicherte, daß kein feindliches Flugzeug Deutschland überfliegen werde. Wie soll man jedoch solche Reden kennzeichnen, die sich wie selbstverständlich auf den „Verteidigungsfall" einstellen, die Lüge verbreiten, daß Berlin militärisch verteidigt werden könne, und schamlos versichern, daß „jeder eine Chance" im Atomkrieg habe?

Um dieser Haltung das Wahnwitzige zu nehmen, wird das Bündnis mit dem Westen angeführt. Endlich wird an e i n e r Front gekämpft, mit starker Rückendeckung, sagt man. Aber es wird übersehen, daß dieses Bündnis nicht stark genung ist — eine lange Praxis hat es bewiesen —, die UdSSR im Frieden zur Kapitulation zu zwingen, während im Kriege solche Verwüstungen zu erwarten sind (Kennedy unterstrich es mehrfach), daß es vermessen ist, von möglichen Siegern und Besiegten zu reden. Als Beispiel der neuen und alten Verblendung sei Michael Freund (FAZ) angeführt:

> „Aber die Deutschen stehen zweihundert Jahre unter der Verzauberung des Dämons der Übermacht. Im Grunde hört Deutschland mit dem Atlantikpakt auf, sich mit der Minderheit zu verbünden, die Zahl und die Wahrscheinlichkeit zu verachten[5])."

Wir dürfen das als eine typische Darstellung des jetzt üblichen Selbstbetrugs betrachten: Man glaubt, der „Verzauberung" entgangen zu sein, und ist doch nichts weiter als deren neues Opfer. So sehr der Atlantikpakt Bonn auch stützt, es heißt sich der Illusion hingeben, wenn man übersieht, daß er sich keineswegs mit den Zielen der Bundesrepublik identifiziert. Das zeigte sich sowohl in der Berlinfrage wie auch in der Verweigerung von Nuklearwaffen. In einem künftigen Krieg würde Deutschland trotz des Westbündnisses gründlicher vernichtet werden als im vergangenen. Was Michael Freund als Realpolitik anpreist, ist es keineswegs. Vielleicht dämmerte das ihm selbst auf, denn er schließt mit der vorsichtig beunruhigenden Frage:

> „Wann wird für Deutschland die Anziehungskraft des Daseins im Unmöglichen enden?"

Dieser Frage möchte ich mich anschließen. Die gesamte Politik der Bundesrepublik, vom „Todfeind" über „Berlin-Verteidigung" bis zur „Ernstfall"-Vorbereitung, beweist, daß sie der Anziehungskraft des Unmöglichen erlegen ist. Der Realitätsverlust, der die deutsche Politik seit mehr als einem halben Jahrhundert kennzeichnet, wurde von Bonn als Erbschaft übernommen und wird mit geradezu rührender Pflege gehütet.

VI.

Unter dem Vorwand der Versachlichung wurde die Herrschaft der Wunschbilder, die 1945 zerbrachen, wiedererrichtet — und im wesentlichen sind es die gleichen. Die Losung „Zurück zur Realität" deckte eine neue Flucht vor der Realität. Das Verwerfen der rationalen Analyse der Wirklichkeit kann nur den Kult der Gefühle bewirken. Die Mystiker der Machtpolitik setzen sich über mate-

[5]) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. 1. 1962.

rielle Tatbestände, vorhandene Kräfte hinweg und blähen Gefühle auf. Die UdSSR ist stärker als Westdeutschland, der Ostblock nicht schwächer als der Atlantikblock; das stört sie nicht im geringsten. Sie lehnen Verhandlungen ab, bereiten sich auf den „Verteidigungsfall" vor und berauschen sich an Adenauers Versicherung, daß „wir der stärksten Militärkoalition aller Zeiten" angehören. Kein Verantwortlicher im Westen denkt daran, die DDR zu zerstören; auch das macht nichts: Man tut so, als sei das doch der Fall, und bestätigt sich, ungeheuer kräftig zu sein. In Berlin wird die Mauer errichtet, und die Politik der Stärke erweist sich als sehr schwach. Gibt das etwa zu denken? Mitnichten. Denn unsere Regierungsmänner sind ja über den Rationalismus erhaben, zeigen sich taub gegenüber Vernunftargumenten und treiben statt dessen Gefühlsschaum auf Höhepunkte: Fahrt nach Berlin, seht euch die Mauer an, bringt euere Emotionen zum Kochen, fürchtet, haßt, siedet — doch hütet euch, zu denken. Das wäre Rationalismus. Die Machtpolitiker ziehen Emotionen vor.

Aber dieser emotionale Antrieb der bundesdeutschen Politik verrät mehr, als ihren Repräsentanten recht sein kann. Der Schaum des Gefühls wird hochgeschlagen, auf daß er am Sehen verhindere. In der DDR wird der „Todfeind" symbolisiert, sie sei ein „Ulbricht-KZ"; und Herr Lemmer spricht vom „Krematorium der Freiheit", womit er nicht Auschwitz meint, sondern Berlin. Nach der Rehabilitierung der SS benutzt die Bundesrepublik die ungesühnten Verbrechen im Dienste ihrer Machtpolitik. Sie hat mit den Globkes Frieden geschlossen; aber sie ist gegen Ulbricht. Sie hat ungezählte KZ-Organisatoren kein Härchen gekrümmt; aber sie ist gegen das „Konzentrationslager" der DDR. Dieser Begriffsverschleiß ist bedeutsam genug. In dem die DDR als nazistisch verteufelt wird, werden die Nazigreuel selbst abgeschwächt. Man will sich des Teufels entledigen, indem man ihn dem anderen anhängt. Diese Methode ist aus der mittelalterlichen Dämonologie nur zu bekannt. Eine Karrikatur der „Bewältigung der Vergangenheit" wird geliefert, indem man diese den Kommunisten aufhalst. Damit wird sie freilich nicht bewältigt, sondern konsequent fortgeführt. Mit einem Zuge sollen mehrere Ziele erreicht werden: 1. befreit man sich von der psychischen Malaise, 2. tritt man als Antinazi auf, 3., last not least, werden die Nazis befriedigt.

Während dem Rationalismus abgeschworen wird, erstehen die primitiven Praktiken der Verteufelung, der Beschwörung, der Hexenaustreibung — Praktiken, die das Dritte Reich mit Virtuosität ausübte. Die Übermacht der Gefühle, die die Wirklichkeit negieren, führt auch dazu, daß bestimmten Worten, Formeln und Gesten ein sakraler Wert beigemessen wird. Jeder weiß, mit welcher Systematik der Nationalsozialismus sich dieser Mittel bediente, welche Resonanz er Worten wie Führer, Jude, Volk gab. Auch heute wird in das Wort Bolschewismus eine möglichst große Zahl von Angst- und Haßkomplexen hineingepreßt. Chrustschow wird zum leibhaftigen Teufel, bei der Anrufung der roten oder gelben Gefahr rieselt es der Masse der Denkfaulen und Gefühlbesessenen kalt über den Rücken. Bestimmte Worte fürchtet man sich auszusprechen, als ändere sich dadurch die Wirklichkeit, die sie repräsentieren. Die DDR ist die „Zone". Was sie leistet, ist durchweg negativ, muß negativ sein, da ansonsten die Welt der Verteufelung zusammenbrechen würde. Das Positive wird durch Schweigen ausgelöscht. Gewiß hat das mit rationalem Denken nichts zu tun — ich gebe das Herrn v. Merkatz gern zu —, es führt zurück in die Vorzeit von Magie und Tabu.

VII.

„In der Ideologie der Diktatur werden alle verwerflichen, einer moralischen Kontrolle nicht standhaltenden Neigungen der Einzelpersönlichkeit und der Kollektiv-

person der Masse in der Figur eines teuflischen, gefährlichen, mit tödlichen Aggressionen geladenen Gegners formuliert. Er wird zum Erb- und Erzfeind erklärt und ist doch bei genauerer Betrachtung nichts anderes als die Projektion unbewußter eigener Qualitäten auf ein Opfer[6])."

Die hier von A. Mitscherlich beschriebene Herrschaftsmechanik läßt sich analog auf die Gegenwart des Bonner Staates übertragen, womit bewiesen ist, wie gering dessen wirklicher demokratischer Gehalt eigentlich ist. Ohne Abwandlung wurde von der Diktatur der sowjetische „Erb- und Erzfeind" übernommen, desgleichen seine Verfemung, die auf der Projektion eigener Verfehlungen beruht.

Der heutige Nihilismus der Machtpolitiker ist dem der zwanziger und dreißiger Jahre verwandt, weil die Bundesdeutschen, ähnlich wie die Bürger von Weimar, vor der Realität fliehen, statt sich ihr zu stellen. Konrad Adenauer darf als Symbol gelten, wenn er anläßlich der Herstellung diplomatischer Beziehungen 1955 in Moskau folgendes erklärte:

„Ich meine, wenn wir in eine neue Periode unserer Beziehungen treten — und das ist unser ernstlicher Wille —, daß wir dann nicht zu tief in unsere Vergangenheit hineinsehen sollten, weil wir dann nur Hindernisse vor uns aufbauen. Der Beginn einer neuen Periode setzt auch eine psychologische Reinigung voraus[7])."

Was der Kanzler psychologische Reinigung nennt, ist ihr Gegenteil: „nicht zu tief in unsere Vergangenheit hineinzusehen." Daran hielt der Staat, den er mustergültig repräsentiert, sich strikt. Seine Innen- und Außenpolitik kann nicht anders verstanden werden. Es ist so bequem — wenigstens eine Zeitlang! —, über einen „Todfeind" zu verfügen. Viel schwieriger ist es, in sich zu dringen, Ordnung im eigenen Haus zu schaffen. Das wird von Bonn genauso verworfen wie in der Weimarer Zeit.

In ihrer Untersuchung über das Versagen nach dem Ersten Weltkrieg schreibt Eva Reichmann:

„Statt die früher herrschenden Klassen anzuklagen und damit eine innere Reinigung in politischer und psychischer Beziehung einzuleiten, wurde versucht, die Schuld an der Niederlage vollständig von sich abzuwälzen[8])."

Seit 1949 wird der gleiche Weg gegangen. Die innere Reinigung wurde unterdrückt, die aufgestauten Kräfte werden statt dessen wieder nach außen in den Machtkampf umgesetzt.

„Von Deutschland reden, heißt heute von der Anarchie der Handlungen und vom Nihilismus der Inhalte reden[9])."

Diese Feststellungen traf Alexander Mitscherlich 1947. Sie ist leider heute noch gültig.

---

[6]) Alexander Mitscherlich, ebd., S. 28.

[7]) Nach Wilhelm Cornides: „Die Weltmächte und Deutschland", Rainer Wunderlich Verlag, 1957, S. 297.

[8]) Eva Reichmann: „Die Flucht in den Haß", Europäische Verlagsanstalt, S. 218.

[9]) Alexander Mitscherlich, ebd., S. 7.

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften

Der Volksbunker
Ein Briefwechsel

Esslinger Zeitung, 17. 3. 1962:

„Der Leiter der Abteilung Luftschutz beim städtischen Hochbauamt Karlsruhe, Oberbaurat B., entwickelte in monatelanger Arbeit einen Kleinluftschutzbunker Karlsruhe! Der Bunker kostet nach den Voranschlägen pro unterzubringende Person rund 500 DM, so daß eine vierköpfige Familie nicht mehr als 2000 DM aufbringen müßte. Er wird in numerierten Fertigteilen geliefert und kann von jedermann in mehrtägiger Arbeit ohne besondere Kenntnisse zusammengesetzt werden. Die einzelnen, 30 cm starken Betonteile, sind nach dem Baukastensystem zusammengesetzt, für die Verbindung wird ein besonders harter Klebstoff verwandt. Der Volksbunker soll 1,80 m hoch werden und pro Person einen Quadratmeter Raum bieten. Nach den Plänen enthält seine Einrichtung neben einer Nottoilette und einem Notausgang ein Konsistorgerät mit eingebautem Geigerzähler sowie ein Belüftungsgerät, das an einen Elektromotor angeschlossen ist."

*

Leserbrief an die Esslinger Zeitung von Helmut B., Pianist, Stuttgart:

„Zu dem Projekt eines in monatelanger Arbeit von Herrn Oberbaurat B. entwickelten Volksbunkers (welch fatale Nähe zum Vokabular des Dritten Reiches!) gestatte ich mir einige gezielte Fragen ... Die die nackten Tatsachen eines evtl. Atomkrieges weitgehend ignorierenden Versuche der offiziellen Stellen, einen wirkungsvollen Luftschutz aufzubauen, grenzen in der Wahl der Mittel manchmal zu sehr an Zynismus, um nicht mit Ironie beantwortet zu werden:

a) Wo soll dieser für 4 Menschen gedachte Volksbunker z. B. in Städten aufgebaut werden, die doch als Ballungsgebiete am meisten gefährdet sind? (Vielleicht in den Hinterhöfen der Mietshäuser, deren Trümmer ihn ggf. begraben werden und ihn zu einem Volkssarg avancieren lassen!)

b) Ist der gepriesene „besonders harte Klebstoff" auch so hitzebeständig, daß er die alles in Brand setzende Hitzewelle, welche bei einer Atombombenexplosion sich ausbreitet, überdauern könnte? (Der Volksbunker könnte sonst vielleicht aus dem Leim gehen!)

c) Wie verhält es sich mit der Abschirmung harter Gammastrahlen, die erfahrungsgemäß Bleiplatten von 10 cm Dicke und mehr durchschlagen? (Vielleicht sollten sich die Finanzkräftigen unter uns doch zusätzlich und vorsorglich noch Bleiplatten zur Innenverkleidung besorgen!)

d) Was tut man, wenn das sinnigerweise an einen Elektromotor (!) angeschlossene Belüftungsgerät nicht mehr funktioniert, weil der Strom ausgefallen ist? (Empfehlung: Nicht mehr weiteratmen!)

e) Angenommen, das Zentrum des Atomschlages ist soweit entfernt, daß der Volksbunker einigermaßen heil davonkommt — wie lange muß man dann auf Nahrung und Trinkwasser verzichten, bis man den Volkssarg wieder verlassen darf, um sich dann in einer Umgebung zu sehen, in der das organische Leben weitgehend vernichtet oder verseucht ist?

f) Kann man die Haltung der Bundesregierung verantwortungsbewußt nennen, wenn sie direkt oder indirekt befürwortet, daß die Bevölkerung mit derartigen Projekten irregeführt wird? Ist angesichts der verheerenden Wirkung einer Wasserstoffbombe das Schlagwort Jeder hat eine Chance nicht Blasphemie?

Lassen wir uns nichts vormachen! ... Diejenigen, die ein derartiges Projekt befürworten, sind entweder Geschäftemacher oder Betrüger, denn sie täuschen die Bevölkerung über die nachweisbaren Tatsachen bewußt hinweg, aus denen zu entnehmen ist, daß es einen effektiven Schutz gegen einen Atomkrieg nur in Sonderfällen geben wird — und das bestimmt nicht mittels eines Volksbunkers für 2000 Deutsche Mark."

*

Leserbrief an die Esslinger Zeitung von Eugen Sch., Oberst der Schutzpolizei a. D., örtlicher Beauftragter für den Luftschutz:

„Die Stellungnahme des Einsenders H. B. zu dem Vorschlag des Oberbaurats B. ist ein typisches Beispiel dafür, wie Einwohner der Bundes-

republik das Opfer des Kalten Krieges, nämlich der psychologischen Kriegsführung der anderen Seite werden können. Diese andere Seite gibt zwar in ihren Fachzeitschriften genaue Anweisungen über die Herstellung behelfsmäßiger Schutzräume und ist stolz darauf, bereits 24 Millionen in luftschutzmäßig richtigem Verhalten ausgebildet zu haben, tut aber in der Bundesrepublik alles, um den Luftschutz als völlig sinn- und nutzlos darstellen zu lassen. Der Zweck dieser Propaganda ist, bei der deutschen Bevölkerung falsche Vorstellungen und damit ein falsches Verhalten und somit große Verluste im Ernstfall herbeizuführen. Daß auf diese Taktik noch immer Menschen hereinfallen, zeigt die Zuschrift von Herrn H. B.

Alles hat seine Grenzen, auch die Wirkung der Atomwaffen. Zwar gibt es keinen hundertprozentigen Schutz, doch ist die Rettung auch nur eines Menschen wert, daß Schutz- und Hilfsmaßnahmen vorbereitet werden. Der zivile Bevölkerungsschutz kämpft für die Substanz des Ganzen, dabei erhält der einzelne eine Chance, aber keine Garantie. Die Behauptung, daß man sich gegen die Wirkung der atomaren Waffen nicht schützen könne, ist ein dummes Geschwätz. Forschung und Wissenschaft kennen keinen Rückschritt. Ihre Erkenntnisse und Erfahrungen sind die Grundlage des Luftschutzes, der übrigens nicht nur in der Bundesrepublik, sondern ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu einem Block auch von den Neutralen, wie der Schweiz und Schweden, durchgeführt wird ...

Geschäftemacher mit dem Tode und Betrüger am Volk sind diejenigen, die wider besseres Wissen behaupten, daß es keine Schutzmöglichkeiten gebe und dadurch ihre Mitmenschen abhalten, sich im Ernstfalle richtig zu verhalten. Die durch das falsche Verhalten vermehrten Verluste haben dann diese falschen Propheten zu verantworten. Sie nahmen ferner Anstoß an der Bezeichnung Volksbunker, die übrigens nicht von dem Konstrukteur, sondern von der Presse geprägt worden ist. Nehmen Sie auch Anstoß an der Bezeichnung Volkswagen oder am Volke überhaupt?"

*

Leserbrief an die Esslinger Zeitung von Oberbaurat B., Karlsruhe:

„... (Herr H. B.) versucht, in gezielten Fragen den Sinn und Zweck des Schutzraumes für jedermann zu zerpflücken. Es ist mir gestattet, diese gezielten Fragen zu beantworten:

Zu a) Der Schutzraum soll da gebaut werden, wo es ohne Gefahr der Verschüttung möglich ist. Zu b) Es ist doch anzunehmen, daß der besonders harte Klebstoff erst dann verwendet wird, wenn er alle Erfordernisse der Haltbarkeit und des Widerstandes gegen die Hitze überdauern kann ... Zu d) Der Elektromotor im Belüftungsgerät ist nur für die Zeit vor dem Stromausfall vorhanden. Mit einigermaßen vernünftigem Denken könnte man auf die Idee kommen, daß es durch Handbetrieb auch nachher zu betreiben ist ...

Es ist richtig, wenn Herr B. schreibt, daß es angesichts der verheerenden Wirkung einer Wasserstoffbombe in einem gewissen Gebiet keine Chance mehr gibt und daß ein Bunker niemand vor dem Grauen bewahren kann, das ein Atomkrieg mit sich bringt. Man muß aber trotzdem feststellen, daß im Augenblick der Gefahr sogar ein Kaninchen versucht, ein Loch zu seinem Schutz zu finden, dagegen ein Mensch (das größte aller denkenden Tiere) nur deshalb stehen bleibt, weil er glaubt, gegen die Gefahr sein zu müssen. Mein Vorschlag eines Kleinschutzraumes für jedermann hat weder mit Geschäftemacherei noch Betrug zu tun und soll auch die Bevölkerung nicht darüber hinwegtäuschen, daß der effektive Schutz gegen einen Atomkrieg ein Problem ist. Er soll nur eine Lücke schließen zwischen den furchtbaren Wirkungen der Atomwaffen und einer verantwortungslosen Stellungnahme der verantwortlichen Leute, die durch bewußte Propaganda aus dem anderen Teil Deutschlands glauben, auch die letzte Möglichkeit eines Schutzes abstreiten zu müssen."

*

Zweiter Leserbrief an die Esslinger Zeitung von Helmut B., Pianist, Stuttgart (nur auszugsweise abgedruckt!):

„Die Notwendigkeit eines Luftschutzes an sich habe ich nicht in Zweifel gezogen. Wohl aber bin ich der Ansicht, daß mit dem genannten Volksbunker und etlichen in der Schrift Jeder hat eine Chance angepriesenen Methoden jener Schutz vor atomaren Explosionen keinesfalls erreicht werden kann, der suggeriert wird ... Übrigens bin ich in dieser Meinung gerade durch die jüngsten Äußerungen von Herrn Prof. C. F. von Weizsäcker bestärkt worden, in wel-

chen dieser Wissenschaftler den von Eduard Teller gemachten Vorschlag des Bunkerbaus unter der Erde mit entsprechender Vorsorge für 2 Jahre als eine wirksame Schutzmaßnahme zitiert, die allerdings für die Bundesrepublik 60 bis 120 Milliarden DM kosten würde und aus wirtschaftlichen Gründen nicht durchgeführt werden kann. Er spricht in diesem Zusammenhang von einer umfassenden, wirksamen Aufklärung der Bevölkerung über die tatsächlich drohenden Gefahren und fordert im Grunde dasselbe wie ich in meiner bewußt provozierend gehaltenen Zuschrift, nämlich: Nicht die Augen vor der fatalen Wirklichkeit eines Atomkrieges zu schließen und zu glauben, mit Projekten, wie etwa dem genannten Volksbunker, sei ein effektiver Schutz zu erhalten. Ich darf Ihnen deshalb ... vielleicht doch empfehlen, sich ernsthaft mit den in meiner Zuschrift aufgeworfenen konkreten Fragen zu beschäftigen, bevor Sie mich summarisch einer Klassifizierung unterziehen, der gegenüber ich mich energisch verwahren müßte, wäre sie nicht in einer sachlich so wenig fundierten Form vorgebracht. So ist kein fruchtbares Gespräch möglich. Das ist schade, denn ich glaube mindestens in einem Punkte mit Ihnen einig zu sein, in der echten Sorge, welche wirksamen Maßnahmen ergriffen werden sollten, um einer evtl. atomaren Katastrophe zu begegnen."

*

Wegen der oben erwähnten Kürzung des Leserbriefes schrieb Herr B. einen Brief an Herrn Oberst a. D. Sch., in dem zuerst der von der Redaktion gestrichene Teil zitiert wird:

„Um einer Fragestellung, die den Wesenskern einer Sache anvisiert, aus dem Wege zu gehen, ist die Wahl der verallgemeinernden Phrase noch immer am bequemsten und billigsten. Viel ehrlicher, aber auch schwieriger wäre es, dem Gesprächspartner nicht von vornherein zu unterstellen, er plappere, gleichsam vom Bazillus des Kommunismus infiziert, nur die Propaganda des Ostens nach. Zum mindesten sollte man seine Ansichten, wenn man sie schon einer Beantwortung für würdig erachtet, genau lesen. Das haben Sie unterlassen, sonst könnten Sie nicht zu so lapidaren Schlüssen gekommen sein ...

Nun folgt der Teil, den Sie sicherlich bereits gelesen haben ... Da Sie mich nun schon einmal als Kommunisten oder kommunistenhörig oder kommunistisch infiltriert bezeichnet haben, will ich Ihnen die Stellungnahme des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Högner (SPD) im bayerischen Landtag anläßlich einer Luftschutzdebatte zur Kenntnis geben, die ich ihrer Totalität halber als viel weitreichender betrachte als meine speziell auf den Volksbunker zugeschnittene Kritik. Damit müßte Herr Dr. Högner noch viel mehr als kommunistisch infiltriert erscheinen als ich. Sie können ihm das ja einmal schreiben! Dr. Högner im bayerischen Landtag 1961:

‚Der Luftschutz im Atomzeitalter ist für die Katz. Das Geld für ihn wird sinnlos hinausgeworfen. Es ist ein Verbrechen, das Volk so zu belügen. Man kann nur immer wiederholen, daß im Atomkrieg jeder Luftschutz sinnlos ist. Da kommt keine Maus durch, geschweige denn ein Mensch!'

Ich darf betonen, daß ich diese krasse Ansicht nicht absolut teile, denn es gibt schon wirkungsvolle Schutzmaßnahmen, aber diese sind wegen der Opfer, die man dem Volk damit auferlegen würde, von der Bundesregierung vorläufig noch nicht in Erwägung gezogen worden. Jedenfalls sind die b i s h e r i g e n, teilweise recht hilflosen Bemühungen meiner Ansicht nach für die Katz, wie Dr. Högner es so drastisch bezeichnet.

Wenn Sie im Luftschutz tätig sind, dann ist es Ihre Aufgabe, die von vorgesetzten Stellen auf Sie zukommenden Ideen, Gedanken und Maßnahmen nicht einfach kritiklos zu übernehmen, sondern nach Maßgabe Ihrer Möglichkeiten konstruktive Kritik zu üben, um den letztmöglichen Wirkungsgrad herauszuholen. Auf Grund Ihres Leserbriefes darf ich jedoch mit Recht bezweifeln, daß Sie dieser von der Demokratie an Sie gestellten Aufgabe genügen können."

Der „Runde Tisch" in Brüssel

„Die einzig wirksame Form der nationalen Verteidigung ist heute die Abrüstung!" Unter dem spontanen Beifall aller Anwesenden wurden diese Worte von Philip Noel-Baker, M. P., Nobelpreisträger, auf der sechsten Konferenz des „Runden Tisches" im Mai in Brüssel ausgesprochen. Im Kongreßpalast hatten sich Persönlichkeiten aus 17 Ländern zusammengefunden, um freimütig die politischen und militärischen Pro-

bleme Europas zu erörtern. Vor sechs Jahren trat diese Konferenz durch die Initiative des belgischen Staatsministers und Senators Henri Rolin und seines Freundes Senator Karel Van Cauwelaert in Verbindung mit dem schwedischen Senator Georg Branting ins Leben. Die jährlichen Diskussionen fanden bisher in Brüssel, London, Rom, Warschau und Paris statt.

In den vier Konferenztagen war es das Bestreben der Teilnehmer, in der Kontroverse zwischen West und Ost eine exakte Analyse unserer politischen, militärischen und wirtschaftlichen Situation zu erarbeiten und daraus sehr konkrete Stellungnahmen abzuleiten. Das mag anspruchsvoll klingen, doch der „Runde Tisch" kann mit Namen aufwarten, die bestätigen, daß es hier nicht um Deklamationen und Resolutionen ging. Neben dem Präsidenten des jugoslawischen Parlaments, Mladen Ivekovic — vormals Botschafter seines Landes in Bonn —, saßen u a. die früheren französischen Minister Jules Moch, Pierre Cot, General Pierre Billotte und Prof. Léo Hamon. Neben Noel-Baker und dem führenden Labour-Mitglied Jan Mikardo, M. P., nahmen an den Diskussionen die Unterhausmitglieder Eric Lubbock, John Mendelson, Sidney Silverman, George Morgan Thomson und Konni Zilliacus teil. Aus Norwegen war Finn Moe gekommen, Präsident der Kommission für auswärtige Angelegenheiten im dortigen Parlament. Der Abgeordnete Riccardo Lombardi und der Sekretär für internationale Angelegenheiten der Sozialistischen Partei Italiens, Paolo Vittorelli, vermißten an ihrer Seite den Bürgermeister von Florenz, La Pira, der in letzter Stunde am Kommen gehindert worden war. Neben Frau Branting, für ihren erkrankten Gatten anwesend, waren aus Stockholm Senator Larsson und das Mitglied des schwedischen Reichstages Alemyr, dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten angehörend, erschienen. Die Abgeordneten des Obersten Sowjets D. Goriunov und M. A. Kharlamov waren von dem Nationalökonomen Prof. Modest Rubinstein, dem General und Professor der militärischen Wissenschaften N. Talenski und dem Schriftsteller I. Ehrenburg begleitet. Aus den Vereinigten Staaten war das Ehepaar Cyrus Eaton herübergekommen, zusammen mit dem befreundeten Direktor Dr. Joubin aus Kanada, einem Minen-Ingenieur und Spezialisten für radioaktive Stoffe. Zu den Teilnehmern aus Polen gehörten der Rektor der Warschauer Universität, Prof. Stanislav Turski, und der Parlamentsabgeordnete Ostap Dluski, Präsident der polnischen Gruppe der Interparlamentarischen Union — in der auch der Bundestag vertreten ist — und Direktor des Polnischen Institutes für auswärtige Angelegenheiten. Der Publizist Pirinsky (Bulgarien), die Professoren Laszlo Boka und Laszlo Hay (Ungarn), der Prof. und Präsident der Rechtskommission der Großen National-Versammlung, Trajan Ionasko, und Chefredakteur Georges Ivasco (Rumänien) sowie der Nationalökonom Prof. Vladimir Kaigl (Tschechoslowakei) gehörten zu den Teilnehmern der Konferenz.

Es sind noch die deutschen Teilnehmer zu erwähnen: Prof. Helmut Ridder, Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bonn, der sich insbesondere für das Verantwortungsbewußtsein und die Zusammenarbeit der Wissenschaftler im Dienste der Menschheit einsetzte, kam, ebenso wie der Autor dieses Berichts, aus der Bundesrepublik. Aus dem Osten unseres Vaterlandes waren der Präsident der Deutschen Liga für die Vereinten Nationen, Prof. Peter Alfons Steiniger, und der Schriftsteller Harald Hauser nach Brüssel gekommen. „An der Spitze der Teilnehmerliste war die Gleichstellung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik bereits vorgenommen", erschrickt angesichts des Namensverzeichnisses die Süddeutsche Zeitung in ihrem Bericht über die Konferenz. Immerhin, andere Zeitungen in der Bundesrepublik schwiegen sich — im Gegensatz zur belgischen und internationalen Presse — ganz aus, als sei es etwas Suspektes, wenn die großen und ernsten Lebensfragen unserer Zeit, aus denen sowohl Ängste und Gefahren als auch Möglichkeiten und Hoffnungen uns zuwachsen, von deren Behandlung die Zukunft Europas abhängt, gemeinsam von den Betroffenen in West und Ost diskutiert werden. Der Präsident des Belgischen Abgeordnetenhauses, Van Acker, gab am Eröffnungstage der Konferenz für die Teilnehmer einen offiziellen Empfang im Parlament, an dem zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Brüssel teilnahmen.

Breiten Raum beanspruchte die Aussprache über die Abrüstung. Sie ist nicht nur ein strategisches Problem — die Vernichtungskraft eines Polaris-Unterseebootes

beträgt ein Mehrfaches der insgesamt im Zweiten Weltkrieg eingesetzten Sprengwaffen —, sondern vor allem eine politische Frage der Entspannung, die zudem in Hinsicht auf ihre wirtschaftlichen Aspekte und die technischen Modalitäten der Waffenverminderung und des Kontrollsystems eingehende Überlegungen erfordert. Eine besondere Rolle spielt die Überwindung des Mißtrauens und der Furcht vor Spionage und zeitweiliger militärischer Überlegenheit der Gegenseite in den Phasen der Abrüstung. Mit Hoffnung erfüllt die Tatsache, daß im Auftrag der Vollversammlung der UNO eine Abrüstungskommission in Genf tagt, bei der den neutralen Staaten eine neue Rolle von wachsender Bedeutung zukommt. Der Entspannung in Europa dient es, daß in den Verhandlungen zwischen den USA und der SU sich eine zumindest vorläufige Lösung der Berlin-Frage abzeichnet. Zu bedauern ist andererseits, daß die Abrüstungsdiskussion in Abwesenheit der Volksrepublik China geführt wird, obwohl es offensichtlich unmöglich ist, ohne sie zu einem Abkommen über eine allgemeine Abrüstung zu gelangen. Die Wiederaufnahme der atomaren Versuchsexplosionen durchkreuzt die Abrüstungsbemühungen empfindlich. Der technische Fortschritt und die den militärischen Allianzen eigenen Gesetzmäßigkeiten vergrößern das Risiko einer Ausbreitung der nuklearen Waffen auf weitere Staaten und vergrößern dadurch die Gefahr eines Atomkrieges.

In Konsequenz hieraus formulierte die Brüsseler Konferenz eine Reihe von Empfehlungen, die wir hier kurz wiedergeben:

A. Fragen politischer Natur

1. China sollte, und das ist dringlicher denn je, den ihm zustehenden Platz in den internationalen Institutionen einnehmen.

2. Deutsche Armeen in Ost oder West, integriert oder nicht, sollen keine Atomwaffen besitzen oder über sie Verfügungsrecht haben. Die Konferenz wiederholt ihre Überzeugung, daß eine, selbst begrenzte, regionale Abrüstung und die Schaffung rüstungsfreier bzw. -begrenzter Zonen, speziell in Zentraleuropa, wesentlich zur Erhöhung der Sicherheit beitragen, ein nützlicher Beitrag zur allgemeinen Abrüstung sind und für die Bundesrepublik und die DDR den Weg zur Annäherung und zur Wiedervereinigung öffnen würden.

3. Die Lösung der Berlin-Frage könnte erleichtert werden, wenn man es zuließe, unter der Autorität der UNO in West-Berlin künftig Truppen zu stationieren.

4. Es würde wünschenswert sein, wenn die großen Mächte sich durch einen Vertrag verpflichten würden, das Unabhängigkeitsverlangen der afro-asiatischen Staaten zu respektieren und die Entwicklungshilfe, die diese benötigen, nicht von politischen oder militärischen Bedingungen abhängig zu machen und andererseits durch bilaterale Vereinbarungen oder durch die UNO den Absatz ihrer Produkte zu annehmbaren Preisen zu regeln.

5. Der Abschluß eines Vertrages zwischen den Mächten der beiden Blöcke, im Geiste der Charta der UNO der Gewalt abzusagen und sich zu verpflichten, bei der Regelung ihrer Differenzen ihre Zuflucht zu genau festgelegten Prozeduren im Geiste der Versöhnung zu nehmen, würde den Völkern das beruhigende Gefühl der friedlichen Absichten der großen Mächte geben.

6. Die im Auftrag der Vollversammlung der UNO erfolgte Umfrage des Generalsekretärs, unter welchen Bedingungen die Länder, die keine Atomwaffen besitzen, sich verpflichten, keine herzustellen oder zu erwerben, und sich zu weigern, künftig auf ihrem Territorium solche Waffen für andere zu lagern, sollte für jene Länder, die dieses wünschen, durch die UNO in eine formelle Verpflichtung umwandelbar sein, deren Überwachung den Vereinten Nationen obliegen würde. Wenn dabei die öffentliche Meinung in allen Ländern, die noch keine Atomwaffen besitzen, auf ihre Regierungen einwirkt, einem solchen Protokoll ihre Zustimmung zu geben, würde das die anderen Staaten ebenfalls zur Unterordnung bestimmen.

7. In allgemeiner Hinsicht ist die Konferenz der Ansicht, daß die Regelung der internationalen Schwierigkeiten dadurch versucht werden sollte, daß die rivalisierenden Allianzen und das wie ein Rahmen die internationalen Beziehungen einengende System der Balance der Streitkräfte progressiv durch die Organisation der UNO ersetzt werden.

B. In wirtschaftlicher Beziehung

stellt die Konferenz mit Befriedigung fest, daß der „Bericht der Vereinten Nationen über die wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen der Abrüstung" die Einschät-

zungen bestätigt, die der „Runde Tisch" 1960 in Westminster erarbeitete: daß 1. die Umstellung der Rüstungsindustrie und die Eingliederung der Menschen der bewaffneten Streitkräfte in die friedliche Produktion heute nicht schwieriger zu realisieren ist als die in zahlreichen Ländern nach 1945 zu bewältigende Umstellung; 2. diese Umstellung sowohl in den kapitalistischen wie in den sozialistischen Ländern erfolgen kann, ohne die Ursache nennenswerter Arbeitslosigkeit oder wirtschaftlicher Unordnung oder der Vergeudung von Geldmitteln zu werden, wenn diese Umstellung im voraus exakt vorbereitet wird. Eine solche Umstellung würde in bedeutendem Maß erleichtert durch den in beträchtlicher Höhe anfallenden Zuwachs an Hilfsmitteln für die Entwicklungsländer. Eine interessierte Regierung sollte mit solchen Vorbereitungen beginnen; die Ankündigung einer solchen Arbeit würde in günstiger Weise die öffentliche Meinung beeinflussen und die bestehenden gegenwärtigen Befürchtungen über ungünstige Auswirkungen wirtschaftlicher Art zerstreuen.

Die Konferenzteilnehmer halten es für außerordentlich wichtig, daß diese Vorausplanungen die größtmögliche Verbreitung erfahren, nicht zuletzt zur Zerstreuung der Befürchtungen sowohl der Unternehmer als der Arbeitnehmer, daß die Abrüstung Verwirrung und Verluste nach sich ziehen könnte. Aus diesem Grunde besteht die Konferenz darauf, daß durch die Mitglieder der UNO zugesichert wird, daß der „Bericht der Vereinten Nationen über die wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen der Abrüstung" in einer bündigen Version, in sehr preiswerter einfacher Ausstattung, in größtmöglichem Umfang verbreitet und verteilt wird.

Die Konferenz sprach die Überzeugung aus, daß die Ausweitung des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Ländern der beiden Blöcke helfen wird, ein Klima des Vertrauens herzustellen, das sich günstig auf die Verwirklichung der allgemeinen Abrüstung auswirken wird.

An die Chefs der Delegationen der gegenwärtigen Genfer Konferenz wurde eine Reihe detailliert erarbeiteter Vorschläge zur Abrüstung gerichtet. In der Tat ist es das erste Mal, daß alle beteiligten Parteien darin übereinstimmen, einen Vertrag über eine vollständige Abrüstung abzuschließen und darin die einzelnen Etappen bis zum Abschluß der Operationen festzulegen. In der praktischen Durchführung allerdings gibt es bis jetzt noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Während die USA einen Zeitraum von neun Jahren für die Abrüstung verlangen, wollen die Russen sie in vier Jahren vollenden. Die schnellere Abrüstung scheint ihnen vor allem die Aufrechterhaltung der Balance der Kräfte in den Stufen des Prozesses zu gewährleisten. Sollte sich nicht während einer Stillhalteperiode in der ersten Etappe ein Kompromiß finden lassen? Dem Mißbrauch der Kontrolle zum Zwecke der Spionage ließe sich vielleicht dadurch begegnen, daß auf beiden Seiten das ganze Gebiet in Sektoren eingeteilt würde, die — militärisch zueinander ausgewogen — entsprechend dem Abrüstungsplan nunmehr nacheinander abgerüstet oder rüstungsvermindert werden, wobei die Kontrolle erst einsetzt, nachdem die Macht, in der der betreffende Sektor liegt, die Abrüstungsmaßnahmen der jeweiligen Phase durchgeführt hat. Die Kontrolle nimmt somit progressiv zu und ist vollkommen ausgebaut, wenn die Abrüstung ihrerseits vollendet ist. Das überaus diffizile Problem der nuklearen Abrüstung könnte durch eine Zwischenlösung gefördert werden, indem in der ersten Etappe die Atomwaffenträger soweit vermindert werden, daß die Führung eines totalen Angriffskrieges nicht mehr möglich ist, jedoch die Abschreckungskraft gewahrt bleibt. Es muß eine Kompromißlösung zwischen der Forderung der SU nach sofortiger Abschaffung der Trägerwaffen in der ersten Phase und dem Verlagen der USA nach Verminderung bis auf 30 % in einer mehrere Jahre länger dauernden ersten Phase gefunden werden. Im Fortschreiten auch der konventionellen Abrüstung müßten auch diese noch vorhandenen Trägerwaffen sodann beim Übergang von der ersten zur zweiten Phase der Abrüstung unter Kontrolle vernichtet werden.

Hier fehlt der Platz, weiter ins einzelne zu gehen. Waffen können heute nur noch Katastrophen bereiten. „Siege" gibt es nicht mehr. Die nicht abreißenden Kontaktgespräche zwischen den Atomgroßmächten in Ost und West und das Suchen nach einer Lösung der Berlin-Frage sind vielleicht in nächster Zukunft die Quelle einer wirklich fühlbaren politischen Entspannung — und diese erscheint heute geradezu als die Vor-

aussetzung für den wirklichen Beginn der Abrüstung (und nicht etwa umgekehrt). „Wenn die Politiker den Frieden wirklich wollen, dann können sie ihn haben!" formulierte Cyrus Eaton. Und ein englischer Abgeordneter knüpfte hieran an, wenn er forderte, daß die Parlamente nicht länger allein den Regierungen die Verhandlungen überlassen sollten.

Manfred Pahl-Rugenstein

Pikola und der falsche Schnauzbart

Rudolf Pikola wurde als mutiger Mann, der trotz politischer Intrigen vom Volksschullehrer zum Bürgermeister des oberbayerischen Städtchens Miesbach aufrückte, weit über die Grenzen unseres Landes bekannt. Innerhalb der Grenzen Bayerns ist er vor allem als Autor von Laienspielen, als Neuerer des Bauerntheaters und literarischer Gestalter bayerischer Mundart beliebt und bekannt geworden. So hat er sich an einem von der Bayerischen Jungbauernschaft ausgeschriebenen und seit Monaten propagierten Wettbewerb, bei dem es um Laienspiele mit den Themen „Jugend und Ausbildung", „Bäuerliche Familie" und „Zusammenarbeit auf dem Dorfe" ging, mit Freude beteiligt. Sein besonderes und schon bei vielen Aufführungen erfolgreich praktiziertes Anliegen ist eine zeitkritische Durchdringung des Bauernspiels, das er von Lederhosenschwank und Dorfdeppenromantik befreien möchte.

„Am stärksten ist die Erde" heißt das Spiel in sieben Bildern, das Rudolf Pikola einsandte, ein bäuerliches Stück, in dem der Konflikt eines Fabrikarbeiters, der schließlich zur heimatlichen Scholle als Bauer und Dorfbürgermeister zurückfindet, geschildert ist ... Die Jury war begeistert. Dem Autor wurde der 1. Preis (DM 1000,—) zugesprochen, doch nahm — wie wir noch sehen werden — die Preisverteilung ein unrühmliches Ende.

Rückblickend sei zunächst an die Pikola-Story erinnert, die im Jahre 1959 die Gemüter erhitzte: Oberlehrer Rudolf Pikola, der als Nonkonformist und Kriegsdienstgegner der bayerischen Regierung und dem Erzbischöflichen Ordinariat ein Dorn im Auge war, wurde mit der gedrechselten Begründung, „seine Mischehe errege Ärgernis" (er hatte nämlich vor zwölf Jahren eine protestantische Frau geheiratet), aus der Miesbacher Volksschule entfernt. Ergebnis: Der bei Eltern und Kindern beliebte Lehrer, der „an der katholischen Bekenntnisschule nicht mehr tragbar" war, zog bald darauf — von der Mehrzahl der Bevölkerung „getragen" — als SPD-Bürgermeister ins Miesbacher Rathaus ein. Den christlichen Herren in München, die sich vermanipuliert hatten, standen die Haare zu Berge: War doch dieser Pikola, den man hatte abservieren wollen, in aller Munde! Gelang es doch diesem Pikola, der sich ins Bürgermeisteramt einer „altkatholischen" Stadt gepflanzt hatte, viele neue Freunde zu gewinnen, weil er die sozialen Probleme seiner Gemeinde anpackt und — wenn ihn einer nach dem Sinn seines Tuns und Denkens fragt — mit Erich Kästner antwortet: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es!"

Bei einem Gespräch, das wir mit Rudolf Pikola führten, berichtete er von seinen bitteren Erfahrungen inmitten der Scheinheiligkeit eines politischen Lebens, das sich über die dem Bürger im Grundgesetz verbürgten Rechte der Glaubens-, Gewissens- und Meinungsfreiheit oftmals hinwegsetzt. Immerhin mag es dem aufrechten Demokraten, um den die militanten Kleriker am liebsten einen Stacheldraht ziehen würden, tröstlich erscheinen, daß die politischen Anwürfe und Verleumdungen wie ein Bumerang auf die Verleumder zurückschlagen: Gestern war es so mit dem Schullehrer Pikola, den man aus dem Schulhaus aussperrte, worauf er als legal gewählter Bürgermeister ins Rathaus einzog. Heute ist es so mit dem Laienspielautor Pikola, den man trotz ersten Preises beim Wettbewerb der Bayerischen Jungbauernschaft nicht als Preisträger vorstellen wollte, worauf sich ein Sturm der Entrüstung erhob. Wieder einmal scheiden sich die Geister. Und das ist gut so ...

Die Mitglieder der Jury, Dr. Hubert Laber vom Münchner Buchner-Verlag, Dr. Erich Geiersberger vom bayerischen Landfunk und Adolf Dinglreiter, der Geschäftsführer der Münchner Jungbauern, waren sich einig, daß allein das bäuerliche Spiel „Am stärksten ist die Erde" für eine Aufführung beim Landjugendtag in Kitzingen in Frage komme. Es wurde beschlossen, den Autor des Stücks mit dem ersten Preis auszuzeichnen. Als nun nach der einstimmigen Entscheidung aus dem mit Kennwort bezeichneten Couvert der Name RUDOLF PIKOLA rutschte, rutschte Herrn Dinglrei-

ters Jungbauernherz in die Hosentasche, und er sah sich gezwungen, in einem Brief an Bürgermeister Pikola zerknirscht zu gestehen: „Es bestand beim Zusammensein der Jury kein Zweifel darüber, Ihnen den ersten Preis beim Landjugendspiel-Autorenwettbewerb zuzusprechen. Aber es hat sich nun eine äußerst schwierige Sachlage daraus ergeben, daß bei der Aufführung in Kitzingen auch Ihr Prozeßgegner Herr Franz Josef Strauss zugegen sein wird, zumindest am Morgen des darauffolgenden Tages das Hauptreferat zu halten hat ..."

Adolf Dinglreiter spielte in seinem Brief auf das Strafverfahren an, das Strauss im Jahre 1959 gegen Pikola gestartet hatte, weil er sich beleidigt fühlte durch eine Zeitungsveröffentlichung Pikolas, in der ein fiktives Gespräch zwischen einem Rüstungsminister und einem Kardinal zum kritischen Nachdenken zwingen sollte. Zwar war Pikola 1961 freigesprochen, ja sogar die Kosten des Verfahrens von der Staatskasse getragen worden, doch schien es dem Geschäftsführer der Jungbauernschaft indiskutabel, unserem Verteidigungsminister einen Friedensapostel als Preisträger zu präsentieren, der in einem seiner Bücher geschrieben hatte: „Der Krieg ist nicht ein notwendiges Ringen zwischen Gattungen, sondern nur das Ablaufen einer konstruierten Maschinerie, das sinnloseste menschliche Leid, das uns treffen kann. Wird denn nie der Tag kommen, da wir alle zusammen aufstehen und die Maschine zerschlagen können?"

Schließlich versuchte Dinglreiter das Kind zu schaukeln, indem er nach Rücksprache mit den drei Juroren dem Preisträger Pikola empfahl, sein Stück unter Pseudonym zu veröffentlichen und auch in Kitzingen den Preis unter einem Tarn-Namen entgegenzunehmen. Rudolf Pikola, der sich spöttisch überlegte, ob er sich dazu einen falschen Schnauzbart ankleben sollte, war bereit, sich mit dem Namen des bajuwarischen Franz Xaver Permaneder aus den „Buddenbrocks" zu maskieren. Doch kam es nicht dazu, weil unterdessen der Chef der Jungbauernschaft, CSU-Abgeordneter Simon Nüssel, von der Sachlage erfuhr und diktatorisch erklärte: „Die Öffentlichkeit muß es verstehen, daß die Jungbauernschaft einen Mann, der politisch umstritten ist, nicht auf ihrer Landesversammlung groß herausstellen kann!" Wer etwa glaubt, der Jungbauernchef habe mit „politisch umstritten" den FIBAG-umwitterten Franz Josef Strauss gemeint, der in Kitzingen das Hauptreferat halten sollte, ist ein unverbesserlicher Optimist ...

Also hat Adolf Dinglreiter den preisgekrönten Rudolf Pikola ausgeladen und trotz Protestes der beiden Jury-Mitglieder Dr. Geiersberger und Dr. Laber ein anderes, aber alles andere als preisgekröntes Stück herausgekramt, das dann am 12. Mai am Festabend des Landjugendtags in Kitzingens „Florian-Geyer-Halle" von einem einsamen Schauspieler vorgelesen wurde. Aufgeführt wurde nichts ... Im übrigen hat Dinglreiter seinen Pikola ganz umsonst geopfert, denn Festredner Franz Josef Strauss ließ sich entschuldigen und blieb der Tagung fern. Mag sein, daß ihn ein Albtraum erschreckt hatte: Sahen ihn doch, als er vor die Versammlung des jungen Landvolks trat, lauter Pikolas an ...

Rolf Seeliger

Bemerkungen

Dr. Adam Rapacki wurde 1909 geboren. Er besuchte die Höhere Handelsschule in Warschau, bis 1939 war er in der revolutionären Jugendbewegung aktiv. 1939 geriet er in deutsche Kriegsgefangenschaft. Nach der Befreiung Polens 1945 wurde er Mitglied des Exekutivkomitees der polnischen sozialistischen Partei, 1947 Mitglied des Sejm. Seit 1948 ist er Mitglied des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. 1947 bis 1950 Minister für Schiffahrt. 1950 bis 1956 Minister für das Hochschulwesen. 1956 übernahm er das Amt des Außenministers der polnischen Volksrepublik. 1957 unterbreitete er den Vereinten Nationen seinen Plan über eine atomwaffenfreie Zone.

Rudolf Pikola, Bürgermeister von Miesbach in Oberbayern, von dem unser Beitrag „Pikola und der falsche Schnauzbart" auf S. 469 dieses Heftes handelt, zählt seit Jahren zu den gelegentlichen Mitarbeitern der „Blätter". So sind von ihm in unserer Zeitschrift in den zurückliegenden Jahren u. a. folgende Aufsätze erschienen: „Jesus und der Militärbischof", „Franziskus und die christliche Partei", „Kein Platz für Pestalozzi", „Manöverball und Totentanz", „Der Salto mortale der SPD" und „Ist Gott aus der Kirche ausgetreten?"

Die Fortsetzung des Abdruckes von Antworten auf unsere Umfrage („Die militär-politischen Aspekte des Deutschland-Problems", vergl. Heft 4/62 und 5/62) wird in Heft 7/62 fortgesetzt. Wir werden dann u. a. Antworten von Albert Schweitzer, Cyrus Eaton, Giorgio La Pira, Luftmarschall Sir John Slessor, James P. Warburg und Oreste Rosenfeld veröffentlichen.

Soeben erschienen als Sonderheft der „Blätter":

DOKUMENTATION ZUR GESCHICHTE DER WIEDERAUFRÜSTUNG DER BUNDESREPUBLIK

Preis DM 2,— für Abonnenten DM 1,50.
Vgl. die diesem Heft beiliegende Bestellkarte.

sei, weil es endlich evangelische Bischöfe gibt, weil eine Bibelrevision ins Werk gesetzt und evangelische Kirchentage unter wachsender Anteilnahme des „Kirchenvolkes" durchgeführt werden konnten, weil die Kirche ihren evangelistischen, seelsorgerlichen und diakonischen Dienst weithin noch tun kann mit wohlwollender Billigung und Unterstützung der politischen Mächte, dann können wir nicht mit. Damit werden bewußt oder unbewußt doch wieder Zugeständnisse an die Welt gemacht, die sich mit dem Evangelium nicht vertragen. Die Folgen kommen immer mehr zutage. Da z B. die Remilitarisierung Westdeutschlands, der man noch 1950 glaubte „nicht das Wort reden" zu können, nachträglich dadurch gutgeheißen wurde, daß man trotz vieler Warnungen „pflichtgemäß" eine Militärseelsorge aufbaute und den Militärseelsorgevertrag abschloß, hat man jetzt, da auch die DDR ihre Wehrpflicht einführte, keine Möglichkeit, für die ratend und helfend einzutreten, die aus Gewissensgründen den Wehrdienst meinen verweigern zu müssen. Die Kirche ist bis zur Stunde in dieser Frage zwiespältig geblieben. Auch das Buch von Otto Dibelius „Friede auf Erden" bleibt auf halbem Wege stehen, mochte es auch 1929 ein kühner Vorstoß sein. Immerhin konnte die Schrift auch den Nationalsozialisten gegenüber verteidigt werden.

Es wird auf viele einen tiefen Eindruck machen, daß die Lebenserinnerungen mit einem Gebet schließen, in dem über allen zurückgelegten Wegen, auch den schweren, der Dank laut wird. Gebete sind des Menschen Allerpersönlichstes und sollten keiner Kritik unterliegen. Doch kann nicht unterdrückt werden, was uns hier zu fehlen scheint, weil wir meinen, daß das über den besonderen Fall hinaus beachtlich sei. Wäre nicht auch ein Bußgebet am Platze gewesen, ein Rufen aus der Tiefe? Daß das im ganzen Buche fehlt, das bedrängt uns, — nicht so sehr für den Mann, als vielmehr für die Kirche und für die Welt, der diese Kirche verpflichtet ist. Unser Trost und unsere Hoffnung ist freilich, daß die sich erneuernde Kirche auch auf dem Wege ist, wenn sie auch nicht als „offizielle" Kirche in Erscheinung tritt und nicht als autoritäre Macht sich durchsetzen kann, sondern geduldig auf den Sieg der Wahrheit hofft und der ewigen Verheißung traut.

Heinrich Steege

Dokumente zum Zeitgeschehen

Washingtons Erklärung zu den Berlin-Gesprächen

Die vom Sprecher des amerikanischen Außenministeriums, White, am Dienstag abend verlesene Erklärung zu den Sondierungsgesprächen über Berlin hat folgenden Wortlaut:

„Während der letzten vier Jahre der durch die Sowjetunion herbeigeführten Krise um Berlin haben die Vereinigten Staaten und ihre westlichen Verbündeten eine Anzahl von Vorschlägen ausgearbeitet und der Sowjetunion vorgelegt, die dazu bestimmt waren, zur Lösung des Deutschland- und Berlin-Problems beizutragen.

Der Vorschlag einer internationalen Kontrollbehörde für den Zugang nach Berlin war, wie frühere Vorschläge, als Mittel gedacht, die bestehende Situation zu verbessern. Er wurde den westlichen Verbündeten von den Vereinigten Staaten vor annähernd sechs Monaten zur Begutachtung vorgelegt und wurde seit dieser Zeit erörtert. Die groben Umrisse des Vorschlags wurden durch Botschafter Thompson dem sowjetischen Außenminister Gromyko während der ersten Runde der zweiseitigen amerikanisch-sowjetischen Erkundungsgespräche übermittelt.

Während wir glauben, daß die Bildung einer internationalen Behörde zur Sicherstellung der freien Durchfahrt von Personen und Waren nach und von West-Berlin eine zufriedenstellende Lösung des Problems des freien Zugangs für die nächste Zukunft darstellen könnte, sind wir nicht mit einer bestimmten Formulierung dieses Vorschlages verheiratet. Wie immer sind wir für Anregungen und die Vorlage von Alternativvorschlägen unserer Verbündeten aufgeschlossen, die zur Lösung dieses Problems bestimmt sind.

Da solche Alternativvorschläge fehlen, glauben wir, daß der gegenwärtige Vorschlag als nützliche Grundlage für sondierende Gespräche mit der Sowjetunion dienen kann, um eine Lösung dieses sehr schwierigen Problem zu finden.

Was die Gespräche selbst betrifft, möchte ich gern daran erinnern, daß wir zu Beginn dieser Erkundungsgespräche klargestellt haben, daß wir nicht irgendwelche großen Erwartungen hegten, die Gespräche würden notwendigerweise zu einem sofortigen und weitreichenden Übereinkommen mit der Sowjetunion in der Deutschland- und Berlin-Frage führen.

Sowohl der Präsident als auch der Außenminister haben wiederholt erklärt, daß es angesichts der potentiell gefährlichen Natur des Berlin-Problems und der persönlichen Opfer, zu denen die amerikanische Bevölkerung zur Erfüllung unserer Verpflichtungen West-Berlin gegenüber aufgerufen wurde und noch aufgerufen werden kann, eine Pflicht der Regierung der Vereinigten Staaten war, jede Möglichkeit zu erkunden, um ein gewisses Maß von Übereinkommen mit der Sowjetunion über das Berlin-Problem zu finden. Wir sind immer noch überzeugt von der Richtigkeit dieser Politik und werden unsere Erkundungsgespräche mit der Sowjetunion nach eingehender Beratung mit unseren westlichen Alliierten fortsetzen."

FAZ v. 10. V. 62

Wiedervereinigung und Beziehungen Bundesrepublik — DDR
Ergebnisse einer Umfrage

Die Wiedervereinigung steht bei der Bevölkerung der Bundesrepublik und West-Berlins nach wie vor im Vordergrund aller Probleme. Zu diesem Ergebnis kommt eine Repräsentativerhebung des Frankfurter Divo-Institutes. 40 Prozent der Befragten in der Bundesrepublik und 34 Prozent in West-Berlin bezeichneten die Wiedervereinigung als das wichtigste deutsche Problem. Bei nur zehn Prozent stand ein unpolitisches Problem, meist ein wirtschaftliches, an erster Stelle.

Die Aussichten auf eine Wiedervereinigung wurden jedoch überwiegend pessimistisch beurteilt. Nur 15 Prozent hielten sie für gut oder sehr gut, 63 Prozent jedoch für schlecht oder sehr schlecht. Am optimistischsten sind die Heimatvertriebenen aus den Ostgebieten. Fast jeder Vierte sieht gute oder sehr gute Chancen für eine Wiedervereinigung. Flüchtlinge aus der Sowjetzone waren dagegen noch pessimistischer als die Einheimischen.

Für Verhandlungen mit Pankow

Nur geringe Unterschiede ergaben sich in der Beurteilung der verschiedenen Möglichkeiten, die Wiedervereinigung herbeizuführen. Verhandlungen mit der Pankower Regierung wurden von 40 Prozent der Befragten befürwortet und von 25 Prozent abgelehnt. 60 Prozent waren für direkte Beziehungen der Bundesregierung zur Regierung der Sowjetzone. Die Möglichkeit, die Wiedervereinigung durch einen Sicherheitspakt zu erreichen, wurde von 38 Prozent positiv und von 22 Prozent negativ beurteilt. Der dritte Vorschlag — Wiedervereinigung durch Stärkung der NATO — fand die Zustimmung von 35 Prozent der Befragten, während 26 Prozent dagegen waren.

Kölner Stadtanzeiger v. 21. V. 62

Gefrierpunkt unterschritten . . .

Das Bonn-Washington-Klima hat den Gefrierpunkt unterschritten. Tauwetter kann nur eintreten, wenn Bonn tatsächlich versucht, den eingefrorenen US-Präsidenten mit neuen Ideen aufzuweichen. Es ist schwer denkbar, daß wir immer nur stereotyp wiederholen: Wiedervereinigung! Die ist jetzt nicht realisierbar.

Abendpost v. 10. V. 62

Adenauers Standpunkt abgedroschen und gefährlich

Adenauer selbst hat keine Alternativpolitik anzubieten. Zehn Jahre lang hat er argumentiert, daß der Weg zur deutschen Einheit lautet, das ostdeutsche Regime verschleiert zu halten, bis es von selbst zusammenbricht. Alles, was damit erreicht wurde, ist eine ständige Verstärkung Ostdeutschlands durch die Sowjets und eine Versteifung der Teilung zwischen Ost und West.

Adenauers Standpunkt ist abgedroschen und gefährlich, da er nur zu einem separaten Friedensvertrag zwischen der Sowjetunion und Ostdeutschland führen kann und damit zur Vergrößerung der Schwierigkeiten über den Zugang nach Berlin.

The Guardian v. 10. V. 62

Solidarität mit den spanischen Demokraten

In Paris wurde eine Erklärung veröffentlicht, in der es u. a. heißt:

„Gegenwärtig wird in Spanien ein Manifest verbreitet, das von repräsentativen Männern aller Franco bekämpfenden Richtungen unterzeichnet ist. Die Tatsache dieses Zusammenschlusses bestätigt und zeigt, daß Spanien seine Freiheit ohne ein neues Blutbad wiedererobern kann. Im Bewußtsein der Bedeutung des jetzigen Kampfes des spanischen Volkes für den Weltfrieden und die Freiheit in Europa bekunden wir unsere völlige Solidarität mit den Streikenden, den Studenten und allen für die Freiheit Spaniens gemeinsam kämpfenden Kräften. Wir verpflichten uns, sie mit ganzer Kraft zu unterstützen. Wir werden uns jeder direkten oder indirekten Hilfe, die unsere Regierungen dem Franco-Regime geben könnten, widersetzen. Wir wollen beitragen, Spanien und die Welt von einem System zu befreien, das in der großen faschistischen Welle entstand, die Europa erobern wollte, und eine bedrohliche Bastion der Unterdrückung bleibt."

Zu den Unterzeichnern gehören: Louis Aragon, Raymond Aron, Simone de Beauvoir, Paul Boncour, Claude Boudet, André Breton, Francisque Gay, Daniel Mayer, Jules Moch, Picasso, Jean-Paul Sartre, Alfred Sauvy, Maurice Thorez, Henry Torrès usw.

Stellungnahme des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes zum Fall Heinz Brandt

Sozialistischer Deutscher Studentenbund — Bundesvorstand Pressereferat

Pressemitteilung

Frankfurt (M), 12. 5. 62

Am 10. Mai 1962 wurde der Redakteur der Zeitung METALL, Heinz Brandt, von der DDR-Justiz in einem nichtöffentlichen Verfahren zu 13 Jahren Zuchthaus verurteilt. Zusammen mit dem geschäftsführenden Vorstand der Sozialistischen Förderergesellschaft e. V. protestiert der Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) aufs schärfste gegen das brutale Vorgehen der stalinistischen Bürokratie. Wir richteten aus diesem Anlaß einen offenen Brief an den Minister für Staatssicherheit der DDR mit folgendem Wortlaut:

„Mit Empörung haben wir von dem Urteil gegen den Redakteur der Zeitung METALL, Heinz Brandt, gehört. Seine Verurteilung erfolgte unter Bedingungen, die jeder Gesetzlichkeit Hohn sprechen. Nach einer Untersuchungshaft von fast einem Jahr erfolgte seine Verurteilung unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Für uns ist es offensichtlich, daß das schlechte Gewissen der DDR-Justiz das Gericht dazu zwang, hinter verschlossenen Türen zu verhandeln. Die Umstände der Verhaftung Heinz Brandts sowie der Zeitpunkt seiner Verurteilung beweisen den rein politischen Charakter des Urteils. Es kam darauf an, die demokratische Opposition in der DDR einzuschüchtern.

Die Verurteilung erfolgte bezeichnenderweise in einer Zeit, in der man sich in Ost und West bemüht, zu einer Verständigung in den das Deutschland- und Berlin-Problem betreffenden Fragen zu gelangen. Das Vorgehen der DDR-Justiz gegen Heinz Brandt erschwert jede Möglichkeit einer internationalen Entspannung; es dient der weiteren Verhärtung der Position der in beiden Teilen Deutschlands herrschenden Kräfte und ist deshalb eine Maßnahme des Kalten Krieges.

In der DDR wird jede Verhaftung eines Ihrer Gesinnungsfreunde in der Bundesrepublik als „ungeheuerlicher Schlag gegen Frieden und Freiheit" verurteilt. Diese Agitation ist unglaubwürdig und scheinheilig, solange solche Unrechtstaten wie im Falle Heinz Brandt, der nur einer von Tausenden eingekerkerter Demokraten ist, geschehen.

Der Sozialistische Deutsche Studentenbund nimmt das ungeheuerliche Urteil gegen Heinz Brandt zum Anlaß, eine Amnestie für alle politischen Häftlinge in beiden Teilen Deutschlands zu fordern. Wir halten diese Tat aus humanitären und politischen Gründen für notwendig. Wir fordern Sie auf, durch entsprechende praktische Schritte zur Verwirklichung dieser Amnestie beizutragen.

Zum Schluß möchten wir Ihnen die Worte Rosa Luxemburgs ins Gedächtnis rufen: ‚Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für die Mitglieder der einen Partei — ist keine Freiheit. Freiheit ist immer nur Freiheit des Andersdenkenden.'"

gez. Hellmut Lessing (Pressereferent)

Bemerkungen

Dr. Adam Rapacki wurde 1909 geboren. Er besuchte die Höhere Handelsschule in Warschau, bis 1939 war er in der revolutionären Jugendbewegung aktiv. 1939 geriet er in deutsche Kriegsgefangenschaft. Nach der Befreiung Polens 1945 wurde er Mitglied des Exekutivkomitees der polnischen sozialistischen Partei, 1947 Mitglied des Sejm. Seit 1948 ist er Mitglied des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. 1947 bis 1950 Minister für Schiffahrt. 1950 bis 1956 Minister für das Hochschulwesen. 1956 übernahm er das Amt des Außenministers der polnischen Volksrepublik. 1957 unterbreitete er den Vereinten Nationen seinen Plan über eine atomwaffenfreie Zone.

Rudolf Pikola, Bürgermeister von Miesbach in Oberbayern, von dem unser Beitrag „Pikola und der falsche Schnauzbart" auf S. 469 dieses Heftes handelt, zählt seit Jahren zu den gelegentlichen Mitarbeitern der „Blätter". So sind von ihm in unserer Zeitschrift in den zurückliegenden Jahren u. a. folgende Aufsätze erschienen: „Jesus und der Militärbischof", „Franziskus und die christliche Partei", „Kein Platz für Pestalozzi", „Manöverball und Totentanz", „Der Salto mortale der SPD" und „Ist Gott aus der Kirche ausgetreten?"

Die Fortsetzung des Abdruckes von Antworten auf unsere Umfrage („Die militär-politischen Aspekte des Deutschland-Problems", vergl. Heft 4/62 und 5/62) wird in Heft 7/62 fortgesetzt. Wir werden dann u. a. Antworten von Albert Schweitzer, Cyrus Eaton, Giorgio La Pira, Luftmarschall Sir John Slessor, James P. Warburg und Oreste Rosenfeld veröffentlichen.

Soeben erschienen als Sonderheft der „Blätter":

DOKUMENTATION ZUR GESCHICHTE DER WIEDERAUFRÜSTUNG DER BUNDESREPUBLIK

Preis DM 2,— für Abonnenten DM 1,50.
Vgl. die diesem Heft beiliegende Bestellkarte.

Es schrieben bisher u. a.:

Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Wolfgang Baranowsky
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
General a. D. Dr. Franz Beyer
Lucie Beyer, MdB
Dr. Wilhelm R. Beyer
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Dr. Gerhard Caemmerer †
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Wolf Donner
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D. Dr. Fritz Eberhard
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
RA Erwin Fischer
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Frankfurt)
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i.R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Dr. Werner Gerth
Albrecht Goes
Prof. Gerhard Gollwitzer
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Walter Hagemann
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Esther Sophia Hayiron
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D. Dr. Arno Hennig
Dr. Elsa Hennings
Dr. Hans Henrich
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Dr. Walther Herbst
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromádka
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones
Dr. Viktor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Alexander Karev
Hans Helmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Wilhelm von Kleist
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Kogon
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Horst Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Pfr. Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Dr. Bodo Manstein
Wladimir Massitsch
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. c. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Botschafter a. D. Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB
Herbert Mochalski
Dr. Girya K. Mookerjee
Prof. Dr. Wilhelm Müller
Hans Nätscher
Peter Nellen, MdB
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz
Prof. Hermann Oberth
Prof. Dr. László Márton von Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Oreste Rosenfeld
Earl Bertrand Russell, O. M., F. R. S.
E. S. Sachs
Paul Schallück
Adolf Schmidt
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
Rolf von Schoen
Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara
Julius Silverman, M. P.
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Bertil Svahnström
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr. Hans-Joachim Tepe
Reinhard Tietz
P. A. Timberlake
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Hellmut Traub
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. D. Heinrich Vogel
Pfr. Peter Walter
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Philipp Wehr, MdB †
Johannes Weidenheim
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Max Winiger
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Abdelkader Zouari